

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienzahl: 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. In der Schweiz für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 1894.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenzeile und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Die gemeinsame Aktion.

Von
Jean Jaurès.

Die militaristische und chauvinistische Strömung, die sich über Europa ergießt, hat die Wirkung gehabt, das Band zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten womöglich noch enger und stärker zu knüpfen. Niemand hat sich ihre Kampfsolidarität glänzender und wirksamer befunden. Der Kampf der einen kommt dem Kampf der anderen zugute. Oder vielmehr — es ist ein und derselbe unteilbare Kampf. Als wir anlässlich der reaktionären Gesetzesvorlage über die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit im Parlament und im Lande einen machtvollen Protest erhoben, sagte uns die nationalistische und bürgerliche Presse: Frankreich wird die Haltung der französischen Sozialisten nach der der deutschen beurteilen. Diese werden gegen die Steigerung der Rüstungen nur, um den Anschein zu wahren, kämpfen. Sie werden nur einen schwachen Widerstand leisten und diesen noch mit dem heimlichen Wunsch, zu unterliegen. — Aber je mehr sich die Debatte entwickelt und je mehr die deutschen Sozialdemokraten alle Gefahren der unerlösten Rüstungspolitik enthüllen, desto mehr sind selbst diese Zeitungen gezwungen, die Tonart zu wechseln. So groß auch ihre Schamlosigkeit in der Regel sein mag, sind sie doch gezwungen, ihren Lesern zu bekennen, daß der Kampf der deutschen Sozialisten ernst ist und daß ihre Liebe sitzt. Die Enthüllungen über die Treibereien der großen Metallindustriellen haben in unserem Lande einen tiefen Eindruck gemacht. Sie haben auf einem anderen Gesichtsfelde das bestätigt, was wir selbst über die in der Duenza-Affäre offenbar gewordene nationale und internationale Intrige der Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten des Konfortiums Krupp-Schneider und über die Organisation der systematischen Preklüge gesagt hatten. Die schändlichen, vergifteten Quellen der chauvinistischen Feldzüge wurden bloßgelegt. In vielen Bürgern erwachte die Hoffnung, daß diese Enthüllungen die Bemühungen der Friedensfreunde, die Massen vor den unheilvollen Fehereien zu behüten, fördern würden. Und die Entwicklung der Aktion unserer deutschen Genossen hat die unsere in Frankreich fortschreitend ebenso erleichtert, wie ich hoffe, daß unser Kampf dem ihren nützt. Gleich den Alpen, die von ihren beiden Abhängen aus durchbohrt wurden, wird der Berg der Verleumdungen, der Frankreich und Deutschland trennt, durch die gleichzeitige verdoppelte Arbeit der französischen und der deutschen Proletarier, die, den Spaten in den Händen, durch den Gräuel aufgestirmt, Forturteile und Lügen hindurch einander zustreben, durchbohrt werden. Schon beginnt der Tag von einem Land zum anderen zu leuchten.

Was dem jetzigen Kampf der französischen und deutschen Sozialdemokratie ein ganz besonderes Interesse verleiht, ist die Tatsache, daß er sich, wenn ich so sagen darf, auf einem Feld gewaltigster, umfassendster Probleme abspielt. Es ist ein Kampf, der zugleich weit ausgebreitet und scharf umrissen, leidenschaftlich und aufs Detail gehend, allgemeiner und technischer Natur ist. Schiedsgerichtsfrage und Rüstungsbeschränkung; Bemühen um die Sicherung des Friedens mittels der internationalen Vereinigung der Arbeiter in der sozialistischen und proletarischen Aktion und gleichzeitig ehrliche Bereitschaft, die aufrichtigen Bemühungen zu unterstützen, die von Angehörigen aller Parteien und Klassen, in der endlich errungenen Erkenntnis der Schrecken des Krieges und des Unheils des bewaffneten Friedens gemacht werden könnten. Wichtige und auf Urkunden gestützte Anklage gegen die Skandale des Geschloß-, Kanonen- und Mitrailleurkapitalismus. Energisches Bemühen, um dem Volk neue Militärlasten zu ersparen und auch, um die ungeheuren Organismen der Abenteuer- und Angriffspolitik in der Richtung eines demokratischen und rein defensiven Volks-

heeres umzubilden. Bemühen, den Steuerapparat umzugestalten, um das finanzielle Gewicht der raffgierigen, voraussichtlos und anarchischen Politik auf die Schultern der besitzenden Klassen abzuladen, die sie betreiben und darum für die tiefgreifende Unordnung Europas verantwortlich sind. Die Schlacht entwickelt sich auf jeglichem Gebiet. Und sie setzt gleichzeitig einen großen revolutionären Elan und eine täglich an Genauigkeit und Schärfe zunehmende technische Kenntnis des ganzen militärischen, fiskalischen und diplomatischen Mechanismus voraus, den die herrschenden Klassen errichtet haben und handhaben. Das Wort Marzeng von der Diplomatie gilt heute von allen Gebieten. Das Proletariat muß fähig werden, nicht nur die diplomatische Intrige, sondern auch den ganzen militärischen, fiskalischen und journalistischen Apparat zu analysieren und das Rückwert seines Betriebes in allen seinen geheimen Details lernen zu lernen.

Auch in Frankreich hören wir nicht auf gegen das Wachstum der Rüstungen und gegen die Umtriebe der Kapitalisten der Metallindustrie zu kämpfen. Aber vor allem gilt es für uns, gegen die militarische Reaktion zu streiten, die uns vermittelst der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit und durch das System der gegen Prämien Angeworbenen zur Berufsarmee zurückführen will. Die Kampagne der Chauvinisten und Reaktionäre ist durch die Unruhe, die sich in den Massen verbreitet hat, erleichtert worden. Diese Massen wollen nicht den Krieg, aber man hat es dahin gebracht, sie glauben zu machen, daß Deutschland Angriffsabsichten habe und in jedem Fall davon träume, Frankreich eine Art Vasallentum aufzuerlegen durch die Drohung einer überlegenen Macht für den Fall, daß es sich nicht in allen Weltbegebenheiten gelehrig und gefügig dem Ehrgeiz und den Absichten des deutschen Imperialismus unterordnen wolle. Der Streit von Agabier, die Brutalitäten des Buchs des Generals v. Bernhardi, die wachsende Vermehrung der Effektivbestände in der Kaserne, die nach den eigenen Worten des deutschen Generalstabs dazu dienen sollen, mittels einer raschen Mobilisation Ueberrumpelungen zu erleichtern, die Gewalttätigkeiten und Beleidigungen der alldeutschen Presse — alles dies brachte Tausende Franzosen dazu, sich zu fragen, ob nicht von heute in einem oder in zwei Jahren eine verderbbringende Lawine der Invasion auf unser Land herabrollen würde. Viele, die die dreijährige Dienstzeit nicht als eine normale und dauernde Einrichtung annehmen möchten, erklären, daß sie eine notwendige Vorkehrung für die nächste Zeit, das einzige Mittel sei, Frankreich gegen den binnen kurzem bevorstehenden Angriff zu bedecken. Unsere abscheuliche, chauvinistische, den Kolonial- und Metallkapitalisten dienende reaktionäre Lügenpresse heizt diese dumpfe Unruhe aus und verschärft sie noch. Und die Gewalt der Sturmflut würde uns fortreißen, wenn wir nicht in der Tat bewiesen — und wenn wir es nicht in der Tat bewiesen — daß die Bürgerschaft für die Sicherheit, für die freie und friedliche Entwicklung Frankreichs nicht in der Rückkehr zu veralteten Maschinerien, nicht in einem blinden und ohnmächtigen Abklatsch des deutschen Militarismus und seiner Kasernenarmee, sondern in der Organisation eines gewaltigen Heeres auf demokratischer Grundlage gegeben ist, das in Wahrheit die ganze, zu ihrer Verteidigung organisierte und gleichzeitig von jedem Gedanken des Angriffs wie von jeder Furcht vor dem Angriff befreite Nation wäre.

Derart steht heute in Frankreich die Frage der Heeresorganisation im Vordergrund. Ich hätte dies seit Jahren vorausgesehen und darum noch, bevor die Krise ihre Schärfe angenommen hatte, einen Versuch der Darlegung und Pro-

paganda in diesem Sinne unternommen. Die Krise des Zweijähriges so wie es in der Hand der Generalstäbler geworden ist, die gerade das Beste in ihm verabscheuen, war unvermeidlich. Einerseits gibt es nicht und will es auch nicht genügende effektive Kasernenbestände geben, die den Kasernenbeständen der deutschen Armee ein Gleichgewicht bieten könnten. Da andererseits die reaktionären oberen Chefs, die das Gesetz, nachdem sie es bekämpft hatten, anzuwenden berufen worden waren, seine wesentlichsten Verfügungen und die in ihm enthaltenen Zukunftskerne vernachlässigten, und da weder die Erziehung der Jugend, noch ein ernsthaftes Entfremdung und eine schnelle Mobilisierung der Reservistenmasse organisiert wurde, stellt das Zweijähriges zu dieser Stunde ein Werkzeug dar, das zu stark und zu langsam ist. Trotzdem hat die zweijährige Dienstzeit eine starke Armee errichtet, mit der, wie ich ernstlich glaube, derzeit keine andere europäische Armee fertig werden könnte. Aber sie entspricht nicht mehr den täglich stärker drängenden neuen Bedürfnissen und den Bedingungen der Sicherheit Frankreichs in der Zukunft. Darum mag wohl in diesem Augenblick der Kampf zwischen den Verteidigern der zweijährigen Dienstzeit und den Anhängern der Rückkehr zur dreijährigen entbrannt scheinen, aber der wahre Kampf wird im Grunde geführt zwischen denjenigen, die zur Berufsarmee zurückgehen und jenen, die in der Richtung dessen, was man Miliz nennt, vorwärtsschreiten möchten — einer wahrhaften nationalen Volksarmee entgegen.

Ich bin tief überzeugt, daß die jetzige Krise selbst, mag sie auch in der scheinbaren Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit ihre Lösung finden, in Frankreich den Sieg des wahrhaft modernen Systems der bewaffneten Nation, des mächtig gerüsteten, vollständig kriegsgeübten und allgemein verwendbaren Volksheeres beschleunigen wird. Mag auch der Dreijahredienst und in welcher Form immer beschlossen werden, mag er unbeschränkt oder mit Zugeständnissen bewilligt werden, er wird sich bald als sozial und militärisch unbefähigt erweisen. Und so wird der in der Richtung der Berufsarmee unternommene Versuch nur auf einem merkwürdigen Umwege zur Idee des Volksheeres führen, das zugleich eine Bürgerschaft des Friedens und eine unergleichliche Bürgerschaft der Unabhängigkeit und Unerlethlichkeit der Nation sein wird. Die Militaristen Frankreichs und Deutschlands mögen nur nach Belieben spotten. Wenn die französische Demokratie als erste es fertig bringt, dieses Organisationsystem zu verwirklichen, wird sie eine nationale Verteidigungskraft erster Ordnung besitzen.

Auch auf dem finanziellen Gebiet stehen große Schlachten bevor. Die Regierung wird gezwungen sein, eine Anleiheoperation im Betrag von mehr als einer Milliarde und wenigstens vierhundert Millionen neuer Steuern zu beantragen. Unser Bestreben wird sein, diese Finanzkrise zu benutzen, um die Neugestaltung unseres ganzen Steuersystems zu fordern.

Es ist also in der Tat ein unermeßlicher Kampf, zugleich ein Eins und ein Vieles, zugleich revolutionär und technisch. Und in diesem Ringen selbst werden wir nicht ablassen, unsere Idee in der ganzen Fülle ihres Lichtes auszubreiten, nicht aufhören, mit dem wachsenden Glauben, den uns der Anblick des kapitalistischen Wahnsinns gibt, das schmähliche Grundlaster einer Gesellschaft aufzuzeigen, das die Völker zur erschöpfenden Barbarei des bewaffneten Friedens, zur immertwährenden Gefahr verbrecherischer Kriege und zum furchtbaren, uns mit Vorstellung von Ruinen, Verbrechen und Mord erfüllenden Alldruck verdammt.

Möge an diesem ersten Mailtage das internationale Proletariat sich höher und stärker als je über die Verderbtheit und die Verwilderung, über die verpesteten und blutigen Dünste erheben, die ringsum den Horizont erfüllen!

Ein entscheidender Tag.

Ist blutigerer Hohn und frechere Provokation je verübt worden? Heute am Ersten Mai, an dem Tage der Demonstration für Völkerfreiheit und Völkerfrieden, treten in London die Diplomaten zusammen und von ihrem Entschluß soll das Lebensschicksal der Nationen abhängen!

Die österreichische Regierung erklärt, die Völkervereinigung nur deshalb abwarten zu wollen, um den Mächten Gelegenheit zu geben, sich den österreichischen Zwangsmassnahmen anzuschließen. Sie sei aber entschlossen, unter allen Umständen vorzugehen. Unterdessen wird zwischen Rom und Wien ununterbrochen verhandelt. Italien will kein separates Vorgehen Oesterreichs und steht darin zunächst auf der Seite der Tripelentente und nicht auf der des Dreibundgenossen. Es scheint aber andererseits entschlossen, im Falle Oesterreichs Losgeht, selbst vorzugehen, um seine Interessen in Albanien wahrzunehmen. Aber nicht im Interesse Oesterreichs, sondern im eigenen. Schon spricht die italienische Presse von einem Vorgehen in Südalbanien, von einer Besetzung Valonas, der heischbegehrten Hafenstadt an der Adria. Und so könnte die erste Folge der österreichischen „Energie“ die Aufrichtung der italienischen Herrschaft in Südalbanien sein, also gerade das, was die österreichische Politik bisher stets als unerträglich bezeichnet hat. Aber selbst wenn es gelänge, vorerst eine gemeinsame italienisch-österreichische Aktion zustande zu bringen, diese Gemeinsamkeit wäre nicht von Dauer und bürge in sich die Keime schwerer künftiger Konflikte. Und eine solche Politik der Sprengung des Dreibundes sollte von der deutschen Regierung gefördert, sie sollte nicht vielmehr mit allen Mitteln verhindert werden?

Gerade die schwere Komplikation, die durch den Handstreich Essad Paschas in Albanien eingetreten ist, läßt jede Separation einer Macht unterantwortlich erscheinen, so unverantwortlich, daß man trotz all des Lobens der Wiener Presse noch immer nicht daran glauben möchte, daß keine andere Lösung als die gewaltsame gefunden werden wird.

Freie Hand für das österreichische Verbrechen.

Aus Wien wird uns vom 29. April geschrieben: Das Ultimatum, das Oesterreich-Ungarn Europa gestellt hat — man könnte schier von einem Erpressungsversuch reden — ist erfolglos geblieben und die gestrige Völkervereinigung hat den Beschluß, den Oesterreich gefordert hat, nicht gefügt. Also, erklären die Ballplatzoffiziösen, sei der Augenblick gekommen, daß Oesterreich selbständig handeln müsse und handeln werde. Es habe nun freie Hand erlangt und werde sie zu gebrauchen wissen. Was wird nun geschehen? Daß man sich in Wien auf den Krieg mit Montenegro allen Ernstes vorbereitet und die Kanonen schon förmlich geladen werden, daß also, militärisch betrachtet, der Einmarsch in Montenegro jeden Augenblick erfolgen kann, ist sicher; man macht auch kein Hehl daraus. Im Gegenteil, man demonstriert damit: offensichtlich zu dem Zwecke, dem Risiko heranzumachen, daß es, wenn er in seiner Stützbarkeit verbleibt, denn doch Ernst werden könnte, man unterstreicht all die Vorbereitungen, um ihn noch im letzten Augenblick einzuschüchtern. Aber ein gewisses Bögen deutet doch wieder darauf hin, daß man sich der weltgeschichtlichen Verantwortlichkeit dieses Krieges der Hinzugewinnung der Großmacht mit dem armeneligen Zwergstaat immerhin bewusst ist, und auch nicht recht weiß, wie der Krieg geführt werden solle, bei dem die Verzwingung des Gegners eigentlich nicht ins Auge gefaßt wird. Die Hoffnung, daß sich der Skutaristandal schließlich doch noch schlachten lassen werde, hat also im Augenblick zwei Chancen: erstens, daß der montenegrinische Diktator, die Auslöschungsaktion seiner „Eroberung“ ersehend, im letzten Moment doch noch einlenken werde, und zweitens, daß sich Oesterreich, den Untertun dieses „Krieges“ begreifend, den Ausgleichsversuchen verschiedener Mächte zugänglicher zeigen werde, als es jetzt der Fall ist, wo ihm das marktärenerische Bedürfnis, sich „stark zu zeigen“, um alle Vernunft gebracht hat.

Der Ausgleich könnte einleuchtenderweise nur darin bestehen, daß Montenegro für den Fall der freiwilligen Räumung irgendwelcher Kompensationen zugesichert werden, worauf offenbar der Wunsch Rußlands zielt und was, da an dem Skutaristandal niemandes Herz hängt, von allen Mächten akzeptiert werden würde, wenn Oesterreich-Ungarn zustimmen wollte. Natürlich hätte auch in Oesterreich kein Mensch etwas dagegen, wenn den Montenegrinern irgendwie der Mund gestopft werden könnte; doch ist man hier jetzt in dem Kaufsücht der Prestigepolitik so gefangen, daß man sich Gott weiß was zu vergeben fürchtet, wenn man das leiseste Zeichen von „Schwäche“ gäbe. Eine gewisse Hoffnung bietet Italien: ohne Zustimmung des Kompagnons bei der Gründung Albanien kann Oesterreich den Einmarsch eigentlich nicht wagen, und diese Zustimmung ist bisher recht fraglich geblieben. Bewahrt man sich in Rom die Besonnenheit und verharret der Wiener Abenteuerpolitik gegenüber in der bisherigen Zurückhaltung, so kann dem armen Oesterreich das Schauspiel dieses albernen Krieges vielleicht doch noch erspart bleiben.

Im übrigen können den genarzten Schwarzgelben noch weitere erschreckliche Verantwortlichkeiten blähen. Es ist zum Beispiel gar nicht ausgeschlossen, daß die Herrschaft des Herrn Nikita mit Skutari zugrunde geht, daß mit dem Verlust der „eroberten“ Stadt auch die Dynastie Negusch verloren sein wird. Was werden die Schwarzgelben dann machen? Dann könnte Montenegro an Serbien fallen, und dann, mit der Verschmelzung der beiden Serbenstaaten, käme Serbien an die Adria, was aber, wie man weiß, als österreichische Hauptgefahr ausgerufen ist. Dann aber wäre wieder die Erhaltung der Dynastie Negusch, die Erhaltung Montenegros die österreichische Lebensnotwendigkeit, und dann können die Schwarzgelben wieder mit Serbien Krieg führen für Montenegro! Und was wird sein, wenn Oesterreich Skutari besetzt haben wird, wem wird es Skutari übergeben? Das war bis vor wenigen Tagen, wenigstens auf dem Papier, keine Frage: Skutari gehört zu Albanien. Aber der Handstreich Essad Paschas — auch einer der Fäden der österreichischen offiziösen Presse — den zu preisen bis vorige Woche schwarze gelbe Pflicht war, wegen er von diesem Sonntag an von jedem guten österreichischen Patrioten zu verfluchen ist — hat in diesen Papierplan ein arges Loch gerissen. Den Essad Pascha, den Albanerkönig von Montenegros Gnaden, wird Oesterreich doch nicht an, und hinnehmen können; dem kann

es Skutari doch nicht übergeben. Aber Essad Pascha repräsentiert doch wieder das, was von Albanien militärisch existiert, und um das Albanien zu begründen, das auf dem Ballplatz ausgeheftet worden ist, muß seine Waffenmacht erst gebrochen werden. Offenbar gehört auch das zu Oesterreichs Zukunftsgaben, und so kann es noch ernstlich dahin kommen, daß Oesterreich, um den albanischen Staat zu begründen, mit den Albanern Krieg führen müssen! Wenn der Prätext auf dem Thron Albanien nicht aufzukäufen sein wird, so blüht Oesterreich allen Ernstes die Aufgabe, erst Skutari den Montenegrinern abzunehmen und dann die Albaner zu bekriegen, um sie zu veranlassen, Skutari zu nehmen! Und für diese Tollhanserei wird Gut und Blut der Völker in Oesterreich gefordert, und sie sollen es sein, um die sich ganz Oesterreich einmütig und begeistert zu scharen habe!

Und für diese Vernunftlosigkeiten eschauffert sich auch die bürgerliche Presse im Deutschen Reich und diese hohle Prestigepolitik nennt sie eine Offenbarung von Kraft! In Wahrheit ist mit dem Handstreich des Essad Pascha die Wiener Albanenpolitik vollends zusammengebrochen, und um der getäuschten Illusionen des Ballplatzes willen die europäische Welt dauernd in Unruhe zu halten, ist eine echte Anmaßlichkeit! Daß Deutschland gar so listern danach sein sollte, die Blamage seines Bundesbruders mitzutragen, zeigt die Gutmütigkeit an, die schon an Einfalt grenzt.

Die Auffassung in London.

London, 30. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Spannung, die das offiziöse Wiener Komunique zuerst in London herborief, hat merklich nachgelassen, was heute morgen auf der Börse deutlich zum Ausdruck kam. Einzelne Blätter reden von einem Bluff der österreichischen Kriegspartei, während andere die Gefahr offenbar übertreiben. Die „Times“ schreibt, daß der politische Himmel um einen Schatten dunkler geworden sei, mehr bedeute das Komunique nicht. Das Blatt zählt die Gründe auf, weshalb es nicht im Interesse Oesterreichs sei, einen übereilten Schritt zu tun:

Wir können uns nicht entschließen zu glauben, daß Oesterreich-Ungarn alle Früchte seiner Geduld und Mäßigung, die es bisher an den Tag gelegt, aufgeben wird, falls es nicht und bis es nicht findet, daß Europa es tatsächlich im Schilde gelassen hat. Es ist nötig zu sagen, daß wir jetzt nicht die geringste Spur einer solchen Abjcht von seiten Europas entdecken können. Im Gegenteil, die Mächte bezeugen samt und sonders den unbeugsamen Entschluß, von der einmal gefassten Entscheidung nicht abzugehen. Rußland ist in dieser Hinsicht ebenso fest entschlossen, als die übrigen. Wir erfahren von Paris, daß die russischen Völkervereiniger in allen wichtigen Hauptstädten identische Erklärungen abgegeben haben, die ausdrücklich besagen, daß, nachdem Rußland die Rolle unterzeichnet hat, die König Nikolaus zur Aufgabe Skutaris aufordert, es daran festhält, daß Montenegro den Ort nicht bekommen darf. Von Petersburg hören wir dasselbe. Nichts kann klarer oder kategorischer sein.

Die „Times“ schließt: „Die Mächte sind daher in bezug auf das Wesentliche einig und nur geteilt in bezug auf die Art des Vorgehens. Wir glauben nicht, daß eine von ihnen deswegen einen europäischen Krieg riskieren wird. In links-liberalen Kreisen, wo man anfänglich im Skutaristreit für den König Nikita eintrat, weil er gar so klein ist, hat sich in den letzten Wochen ein bemerkenswerter Meinungsumschwung vollzogen. Man sieht dort jetzt die Räumung Skutaris durch Montenegro als die einzig mögliche Politik an, um den verfahrenen diplomatischen Starren aus dem Dreck zu ziehen. Diese Vereinheitlichung der öffentlichen Meinung Englands ist eine weitere Bürgschaft für die Erfüllung der österreichischen Forderungen und es muß dies auch ein weiterer Grund sein, daß sich Oesterreich nicht zu übereilten Schritten hinreißen lassen sollte.“

„Daily Telegraph“, der die Lage sehr ernst auffaßt, appelliert an die deutsche Regierung, den Verbündeten zurückzuhalten oder ihm wenigstens starken und nachdrücklichen Rat zu erteilen.

Wahrungen der englischen Regierung.

London, 30. April. „Westminster Gazette“ schreibt: Die albanische Frage ist keine solche Frage, bei der die Mächte ein langes und breites reden und sodann von der Bühne abtreten dürfen in der behaglichen Ueberzeugung, daß für keine von ihnen eine Lebensfrage auf dem Spiele stehe. Gleichviel, ob ihre Worte wirksam wären oder nicht, das Abkommen, das sie erzielten, war ein Kompromiß zur Erhaltung des Friedens und ihrer Lebensinteressen. Wenn das Abkommen zusammenbricht, fällt die Lage in das gefährliche Chaos zurück, aus dem die Völkervereinigung sie befreite. Die Freunde Montenegros, die das Konzert beschwören, nicht zu handeln, werden dem König Nikolaus keine dauernde Stellung in Skutari verschaffen, sie könnten aber die Dinge so gestalten, daß nicht Albanien, sondern Oesterreich-Ungarn sein Nachfolger in Skutari sein wird, oder sie könnten einen Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland herbeiführen. Es besteht ein natürliches Empfinden zugunsten der schwächeren Partei, auch wenn sie im Unrecht ist. Aber hier müssen wir uns erinnern, daß Rücksicht gegen den König Nikolaus ein wirkliches Unrecht gegen Oesterreich-Ungarn bedeutet, das den verbündeten Balkanstaaten auf Veranlassung der Mächte und auf Grund ihrer Zusage, daß Skutari albanisch sein solle, sehr wesentliche Zugeständnisse gemacht hat. Oesterreich-Ungarns Stellung ist so stark, daß es Geduld beweisen kann in der Gewißheit, daß die Mächte ihr Wort halten werden, während es anderenfalls den Chauvinisten Rußlands einen erwünschten Vorwand gäbe, den Handel rückgängig zu machen. Wir hoffen, daß dieser Gesichtspunkt, sowie die komplizierten Verhältnisse, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien entstehen könnten, in Wien dauernd berücksichtigt bleiben. Andererseits müssen wir hier daran denken, daß Oesterreich-Ungarn entschlossen ist, die Mächte beim Wort zu nehmen, und daß sie, wenn sie sich brüden oder die Fatale des Aufschiedens verfolgen, den König Nikolaus in Skutari nicht halten, sondern seine Verteidigung nur zu einer gefährlichen Frage für sich selbst machen werden.

Das Vorgehen Oesterreichs.

Wien, 30. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Ueber den Verlauf der nächsten Tage verlautet: Die Aktion Oesterreich-Ungarns wird mit größter Raschheit durchgeführt. Morgen oder übermorgen erwartet man die Bekanntgabe des Entschlusses der italienischen Regierung. Sodann wird Oesterreich-Ungarn allein oder gemeinsam mit Italien an König Nikolaus eine befristete Aufforderung zur Räumung Skutaris richten. Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, wird der österreichisch-ungarische Gesandte in Cetinje abberufen, und die militärischen Operationen werden unerbittlich beginnen.

Oesterreichische Pressstimmen.

Wien, 30. April. Die bürgerlichen Blätter begrüßen freudig den Entschluß der Regierung, die Durchführung der internationalen Abmachung über Skutari jetzt selbst energisch in die Hand zu nehmen. Sie betonen dabei, daß das Vorgehen Oesterreich-Ungarns an die Stelle einer europäischen Gesamtkonvention treten und Oesterreich-Ungarn jeden Ansehens einer anderen Macht willkommen heißen würde. Sie erwägen auch die Möglichkeit, daß König Nikolaus in letzter Stunde nachgibt, wodurch ein Einschreiten gegen Montenegro mit bewaffneter Hand vermieden würde, halten es aber nicht für wahrscheinlich. Der eventuellen Beteiligung Italiens an dem Vorgehen der Monarchie stehen die Blätter mit großer Sympathie gegenüber. Die Beteiligung Italiens wäre ein großer Gewinn und würde dem diplomatischen Bündnis zunehmende Vollständigkeit sichern. Die Haltung der deutschen Regierung und die Stimmung des deutschen Volkes für Oesterreich-Ungarn wird mit aufrichtiger Genugtuung empfunden.

Eine italienische Darstellung.

Rom, den 30. April. Die offiziöse Tribuna veröffentlicht einen Artikel, in welchem die Schwierigkeit der Lage betont wird, deren Gefahren infolge des Handstreichs Essad Paschas sich vermehrt hätten, und in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, daß die morgige Vereinigung der Völkervereiniger endlich ein Uebereinkommen erzielen werde, das eine gemeinsame Aktion Europas gestatte, die allein ein Herauskommen aus der gegenwärtigen Sackgasse mit möglichst geringer Gefahr und kleinstem Schaden gestatten könne. Eine weitere Unschlüssigkeit oder Verzögerung könnte die Wirkung haben, die am meisten betroffen macht, zu alleinigem Vorgehen zu bestimmen, und fügt hinzu: Wir waren immer gegen ein isoliertes Vorgehen Oesterreichs und haben getan, was bei uns stand, um ein solches zu verhindern, nicht aus irgendeinem Gefühl des Argwohns, sondern weil wir immer der Ansicht waren, daß das isolierte Vorgehen einer Macht Gefahren in sich schließt, die jedermann klar vor Augen liegen.

Die Tribuna fragt dann, was Italien tun solle. Angeht dieser feierlichen Frage gäbe es und könne es im Volke und bei der Regierung keine Unentschiedenheit geben. Italien werde niemals zugeben können, daß die Lage auf der gegenüberliegenden Seite des Adriatischen Meeres ohne seine Teilnahme entschieden werde. Italien könne in diesem Entscheidungsaugenblick nicht beiseite bleiben. Wenn Italien sich nicht bereit zeigte, seine Pflicht zu tun und den ihm zufallenden Teil der Aufgabe zu erfüllen, würde es nur das Recht haben, sich über sich selbst zu beklagen, wenn die weitere Entwicklung der Lage auf dem Balkan zum Schaden seiner höchsten Interessen vor sich gehen würde. Die Tribuna beschränkt sich darauf, die Notwendigkeit hervorzuheben, daß Italien nicht untätig bleibe, und die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Notwendigkeit zu lenken. Die Wahl der Mittel und der Form komme ausschließlich der Regierung zu, welche die ganze Verantwortung trage.

Die Tribuna bemerkt dann weiter: Nach den letzten Ereignissen um Skutari und in Albanien, die einen byzantinischen Charakter tragen, ist der Weg für uns leichter. Wenn fühlige und Gefühlgründe gegen eine Zwangskolonisation Italiens gegen Montenegro sprächen, die nicht ein Teil einer europäischen Gesamtkonvention war, so gibt es keinerlei Einwand gegen unsere Teilnahme an einem Vorgehen, das darauf abzielt, die Herstellung der Ordnung und die Ausführung der Entscheidungen Europas in Albanien zu sichern. Nehmen wir für den Fall, daß das europäische Konzert versagt, Anteil an diesem Werke, so werden wir die internationale Würde wahren und zugleich unsere Interessen durch das einzige Mittel schützen, das auf internationalem Gebiete wirksam ist. Wir werden unsere Aktion in den Grenzen halten, die uns durch unsere Abmachungen gezogen sind. Wir werden demnach Grund haben, zu erwarten, daß auch Oesterreich, so sehr es für den Fall eines Versagens des europäischen Konzerts auf die Verteidigung seiner Interessen bedacht sein mag, sich gleichfalls in diesen von den älteren gegenseitigen Abmachungen klar gezogenen Grenzen halten werde. Die Herzlichkeit, in welcher diese Abmachungen sich entwickelt haben und immer respektiert worden sind, lassen uns in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel hegen.

Anarchie in Albanien.

Ermordung Niazi Bey's.

Rom, 30. April. „Giornale d'Italia“ meldet aus Brindisi: Niazi Bey und sein Adjutant schiffen sich gestern in Valona an Bord des Dampfers „Adriatico“ nach Brindisi ein, als sie auf der Landungsbrücke von einigen Revolverträgern geädelt wurden. Es scheint, daß die Räuber Jffa Ballestinaz und mehrere Begleiter waren, die sich nach der Tat ruhig entfernten. In Valona herrscht völlige Anarchie. Die Bevölkerung lebt in der größten Furcht, da sie Repressalien von Dschavid Pascha, der ein Freund Niazi Bey's war, befürchtet. Dschavid steht mit 25 000 Mann türkischer Truppen in der Gegend von Scieri. (?) Auch die Annahme erscheint als wahrscheinlich, daß Valona von Dschavid Pascha angegriffen wird. Der italienische Konsul hat die Regierung ersucht, schnelligst Kriegsschiffe zum Schutz der italienischen Interessen zu entsenden.

Niazi Bey hat neben Enver Bey als erster das Signal zur jungtürkischen Revolution gegeben. Im Jahre 1908 führte er seine Truppen von Resna, wo er als Bizemajor stand, in die Berge, womit der Kampf gegen Abdul Hamid begann. Im April 1909 führte er die Vorhut der Revolutionärsarmee nach Konstantinopel und nahm Abdul Hamid gefangen. Zwei Jahre später nahm er seinen Abschied aus der Armee.

Das Opfer- und Wunderjahr 1913.

Im Jahre 1913 wird der finanzielle Zusammenbruch des Reiches mit solcher Gründlichkeit vorbereitet, daß der Name „Opferjahr“ wohl für alle Zeiten erhalten bleibt. 1913 ist aber auch ein Wunderjahr. General Wandel und General-Dberarzt Schulz teilten am 29. April der erstauten Budgetkommission mit, daß man im Jahre 1913 beim Aushebungs-geschäft so viele für den Militärdienst Brauchbare gefunden habe, daß man nicht nur den durch die Vorlage geforderten

Rekrutenbedarf decken kann, sondern noch eine erhebliche Anzahl Ueberzähliger behält.

Die ist das möglich? Die Wehordnung ist nicht geändert. Die Wehordnung enthält ganz bestimmte Vorschriften, wonach die Stellungspflichtigen eingeteilt werden in Taugliche, künftig Taugliche, minder Taugliche, Untaugliche und Unwürdige. Wer ein bestimmtes Maß in Körperlänge, Brustumfang, gut entwickelte Muskulatur und keine oder nur geringere Fehler hat, ist tauglich und kann ausgehoben werden. Schwächere und solche mit etwas größeren Fehlern werden als künftig tauglich der Ersatzreserve überwiesen, aus denen im Mobilisationsfall die Ersatzmannschaften genommen werden sollen.

Solche mit größeren Fehlern werden als minder tauglich dem Landsturm überwiesen. Notorische Krüppel werden als untauglich bezeichnet, ferner werden mit Zuchthaus bestrafte Leute als unwürdig ausgeschlossen.

Für den Grad der Tauglichkeit hat die Wehordnung ganz bestimmte Vorschriften. An der Hand der Wehordnung kann schon jeder Arzt feststellen, ob ein Stellungspflichtiger brauchbar ist, oder ob er der Ersatzreserve oder dem Landsturm überwiesen wird. Sind mehr Taugliche vorhanden als Rekruten gebraucht werden, dann werden die Ueberzähligen der Ersatzreserve oder dem Landsturm überwiesen. Taugliche, die die einzigen Ernährer hilfsbedürftiger Eltern, oder die Betreuer von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben sind, können dem Landsturm oder der Ersatzreserve überwiesen werden. Bei Begründung der Heeresvorlage stellte es der Kriegsminister so dar, als könne der gesamte Mehrbedarf an Rekruten aus den Ueberzähligen entnommen werden. Er sagte in seiner Rede am 7. April:

„Wir verzichteten bisher auf einen großen Teil unserer wehrfähigen Bevölkerung zum aktiven Dienst. Wir überwiesen ihn den Ersatzreserven oder ließen ihn ganz unausgenutzt dem Landsturm überliefern.“

Der Kriegsminister unterließ es aber, für diese Behauptung Zahlen anzugeben. Offenbar hat er nicht daran gedacht, da man die genauen Zahlen aus der Statistik des Deutschen Reiches erfahren kann.

Das letzte Jahr, für welches genaue Zahlen vorliegen, ist das Jahr 1911. Von den Tauglichen wurden wegen bürgerlicher Verhältnisse also auf Reklamation 368 dem Landsturm und 7079 Ersatzreserve überwiesen. Von den Ueberzähligen wurden 182 dem Landsturm und 2460 der Ersatzreserve des Heeres oder der Marine überwiesen. Da man die bürgerlichen Verhältnisse auch ferner berücksichtigen will und den armen hilfsbedürftigen Eltern den einzigen Ernährer lassen will, so kommen für die Heeresverstärkungen nur die 2642 Ueberzähligen in Betracht, die aber nicht reichen, den Rekrutenbedarf der 1912 beschlossenen Vermehrung des Heeres zu decken. Ein weiterer Faktor ist das Wachstum der Bevölkerung. Sind in den Jahren 1893 und folgende so viel Knaben mehr geboren, daß man mit einer erheblichen Steigerung der Stellungspflichtigen rechnen kann?

Die Zahl der geborenen Knaben betrug:

| | |
|------------|---------|
| 1891 . . . | 990 816 |
| 1892 . . . | 958 748 |
| 1893 . . . | 992 466 |
| 1894 . . . | 979 076 |
| 1895 . . . | 998 929 |

Von diesen sind in Abzug zu bringen 3,4 Proz. als todegeboren. Ferner starben von 100 000 lebendgeborenen Knaben 34 961 vor Vollendung des 20. Lebensjahres. Auch sind unter den Geborenen Kinder der Ausländer und solche, die als Kinder auswandern. Wie das Verhältnis der Stellungspflichtigen zu den vor 20 Jahren Geborenen ist, kann man daraus ersehen, wenn man die Zahl der bei der Volkszählung gezählten männlichen Einwohner im Alter von 20 Jahren mit den Geburtenziffern von vor 20 Jahren vergleicht. 1890 wurden in Deutschland 908 579 Knaben geboren und 1900 wurden 513 624 männliche Einwohner im Alter von 20 bis 21 Jahren in Deutschland gezählt.

Die Geburtenziffer ist in den folgenden Jahren gestiegen, aber die Freude an den gestiegenen Geburten ist eine vorübergehende. 1901 wurden zwar 1 080 180 Knaben in Deutschland geboren, aber jetzt ist die Zahl wieder unter die Zahl gesunken, die wir schon Anfang der siebziger Jahre hatten.

Die Tauglichkeit ist aber auch nicht gestiegen. Von 100 Abgefertigten waren 1908 57,1 tauglich, 14,7 künftig tauglich, also Ersatzreserve, 19,5 minder tauglich, also Landsturm, 8,5 untauglich und 0,2 unwürdig. Die entsprechenden Zahlen für 1911 sind: 53,4 tauglich, 15,1 künftig tauglich, 25,1 minder tauglich, 6,3 untauglich und 0,1 unwürdig. Weder in der Geburtenziffer noch in dem Grad der Tauglichkeit sind Sprünge hervorgetreten. Nur die Militärverwaltung macht Sprünge. 1911 wurden 292 155 Mann ausgehoben oder traten freiwillig in das Heer oder in die Marine ein. 1912 tritt eine Aenderung des Militärgesetzes in Kraft, wodurch der Rekrutenbedarf um circa 11 000 Mann gesteigert wird, 1913 tritt eine weitere Steigerung von 63 000 Mann ein, auch die Marine braucht mehr Menschen und die Aushebung von 1913 beweist, daß allen Anforderungen entsprochen werden kann. Wie ist das zu erklären?

Zweifellos kann man in einem Jahre die Aushebung erheblich steigern. Weil die jungen Leute drei Jahre stellungspflichtig sind, werden wohl oft Brauchbare ein Jahr zurückgestellt, weil es wünschenswert ist, daß der junge Mann sich noch mehr entwickelt. Wenn die Leute, die bisher zurückgestellt wurden, ein Jahr früher genommen werden, dann hat man zwar in einem Jahre erheblich mehr Brauchbare, aber man verbraucht die Kräfte der Zukunft und schon im folgenden Jahre tritt der Rückschlag ein. Will man das erkennen, dann muß man es einmal an konkreten Zahlen untersuchen.

1909 stellten sich 534 310 zwanzigjährige junge Leute. Von diesen wurden 98 ausgeschlossen, 17 369 waren untauglich, 16 048 wurden als minder tauglich dem Landsturm überwiesen, 30 wegen bürgerlicher Verhältnisse und 6679 als künftig tauglich der Ersatzreserve des Heeres und 301 der Ersatzreserve der Marine, 100 721 als tauglich ausgehoben und 393 064 wurden ein Jahr zurückgestellt. Ferner stellten sich 361 739 21jährige, von denen 100 ausgeschlossen, 5580 als untauglich befunden, 13 100 in den Landsturm, 5207 in Ersatzreserve des Heeres, 389 in Ersatzreserve der Marine, 54 078 ausgehoben und 283 296 zurückgestellt wurden. Von den 283 674 22jährigen wurden 170 ausgeschlossen, 10 140 als untauglich befunden, 439 wegen bürgerlicher Verhältnisse, 87 als Ueberzählige und 100 782 als minder tauglich dem Landsturm, 7331 wegen bürgerlicher Verhältnisse, 4088 als Ueberzählige, 65 680 als künftig tauglich der Ersatzreserve überwiesen und 61 734 als tauglich ausgehoben. Dazu wurden noch 46 987 ältere abgefertigt.

Zusgesamt waren 230 698 Brauchbare ausgehoben. Wollte man 1909 die Zahl der Brauchbaren steigern, dann müßte man die nehmen, die 1909 zurückgestellt, aber schon 1910 als tauglich befunden wurden. Das waren aus dem Jahrgang der 20jährigen 53 292 und dem Jahrgang der 21jährigen 70 699. Die Zahl der Brauchbaren wäre nun 1909 auf 354 659 gesteigert, aber die Zahl der 1910 gestellten einundzwanzigjährigen und zweiundzwanzigjährigen wäre um die Zahl der 1909 mehr ausgehobenen vermindert worden. Verfährt man nun 1910 nach demselben Modus, dann bringt der Jahrgang der Zwanzigjährigen 154 442 und der Jahrgang der 21jährigen 72 379. Der Jahrgang der 22jährigen fällt ganz aus, weil alle Tauglichen dieses Jahrganges schon 1909 genommen sind. Man ist also wieder auf der Zahl angelangt, die man vor 1909 auch hatte.

Die Grundlage für die Rekrutierung bildet die Zahl der vor 20 Jahren geborenen Knaben. Von diesen werden in den nächsten Jahren 570 000 bis 580 000 das 20. Lebensjahr erreichen. Nimmt die Brauchbarkeit nicht noch mehr ab, dann werden wir im Durchschnitt auf 307 050 Taugliche rechnen können. Hieron werden durchschnittlich 7500 wegen bürgerlicher Verhältnisse nicht eingezogen. Der Rekrutenbedarf wird aber die Zahl 355 000 übersteigen. Um diese Zahl einstellen zu können, wird man die Wehordnung ändern und die Ansprüche an die Tauglichkeit erheblich herabsetzen müssen. Fast die ganze Ersatzreserve, in welche bisher reichlich 80 000 Mann überwiesen wurden, wird man als brauchbar erklären müssen. Da man aber die Ersatzreserve für den Mobilisationsfall gebraucht, so wird man den größten Teil des Landsturms in die Ersatzreserve überwiesen müssen.

Wird aber die Wehordnung nicht geändert, dann werden die Verteidiger der Heeresvorlage sich an den Kopf fassen und es nur schwer begreifen, wie es kommt, daß 1914 die älteren Jahrgänge so wenig ergiebig sind. Man wird dann wohl erklären, daß das Jahr 1913 ein Wunderjahr war.

Die Heeresvorlage in der Budgetkommission.

Zu Beginn der Mittwochsitzung forderte Gen. Ledebour, der Staatssekretär v. Jagow solle zur Sitzung gebeten werden, um über die Situation auf dem Balkan Auskunft zu geben. Die Aeußerungen des Staatssekretärs vom Dienstag hätten in Wien große Unruhe hervorgehoben. Die Kommission müsse dem Staatssekretär Gelegenheit geben, sich ausklärend äußern zu können. Der Staatssekretär ließ der Kommission mitteilen, er könne infolge dringender Geschäfte unmöglich zur Beratung erscheinen.

In einer recht eingehenden Debatte wurde sodann die geforderte Vermehrung der Kavallerie um sechs Regimenter behandelt. Die Volksparteier beantragten, statt sechs nur drei Regimenter zu bewilligen. Sowohl die Redner des Zentrums wie auch die der Volksparteier betonten, die Notwendigkeit, daß sechs neue Kavallerieregimenter errichtet werden, sei nicht überzeugend nachgewiesen worden. — Die Genossen Kasse und Schöpplin bekämpften die Forderung; Kasse unter besonderer Darlegung der Verhältnisse an der Ost- und Westgrenze. — Abg. Baffermann machte darauf aufmerksam, daß selbst nach Bewilligung der sechs Regimenter immer noch sechs weitere Kavallerieregimenter fehlen. Diese indirekte, an die Regierung gerichtete Aufforderung, recht bald ebermals eine Vermehrung zu fordern, stieß in der Kommission auf lebhaften Widerspruch.

Gen. Südzium zeigte, daß sehr wohl zum Schutze der Grenze aus dem Innern des Landes Kavallerieregimenter abgeschoben werden können. Bestimmte Kavallerieregimenter werden lediglich zur höfischen Repräsentation disloziert. Das dürfe aber natürlich der Kriegsminister nicht eingestehen, ohne seine Stellung zu riskieren. — Abg. Baffermann beantragte, für den Fall der Ablehnung von 6 Regimentern vier zu bewilligen. — Genosse Frank beleuchtete kritisch die Argumente der Militärvorlage, die trotz allem Eifer nicht von überzeugender Kraft sind. Man kann sich dem Eindruck nicht erwehren, daß Rücksichten auf den Grenzschutz hinter höfischen zurücktreten müsse.

Bei der Abstimmung wurden die geforderten sechs Kavallerieregimenter mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso mit der gleichen Stimmzahl der Antrag auf vier Regimenter, dagegen wurden drei neue Kavallerieregimenter mit Mehrheit bewilligt.

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder haben folgende Anträge gestellt:

1. Im § 1 wird der Absatz 4 dahin gefaßt: Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke in Anrechnung.
2. Im § 1 wird der Absatz 6 dahin gefaßt: Die sämtlichen Oekonomieverwalter werden durch Zivilhandwerker ersetzt.
3. Im § 1 wird ein Absatz 7 hinzugefügt: Das Durcheinander wird aufgehoben.
4. Im § 1 wird ein Absatz 8 hinzugefügt: Die Militärkapellen werden abgeschafft.
5. Ein Artikel 1a ist einzufügen: Keinem Soldaten darf der Besuch eines Lokals untersagt werden, weil der Inhaber eine bestimmte politische Uebergangung hat oder einer bestimmten Partei oder Gesellschaft Räumlichkeiten zu Versammlungen und Veranstaltungen überläßt.

Volk gegen Offizierskamarilla.

In dem Augenblick, wo die Balkankrise ihren Höhepunkt erreicht hat, wo die Lunte am Pulverfaß unheimlich glimmt und wo kaum noch Aussicht besteht, daß die diplomatische Lösungsmanöuvre in London bei ihrem arglistig einander in die Quere fahrenden Gantieren den tückisch sich immer weiter heranziehenden Funken zu erlöchen vermag, wird in der Presse ein neues Buch des deutschen Kronprinzen angelündigt, das nicht nur die überschwengliche Verherrlichung des Militarismus darstellt, sondern in seinem innersten Kern sogar auf eine Verherrlichung des Krieges hinausläuft!

Bekanntlich hat der Kronprinz schon einmal ein Buch veröffentlicht. Das war jedoch harmloser und handelte nur von der Jägerei, von den Nervenspannungen des Schützen, der arglosem Wild den bleiernem Todesboten zusendet. Das neue Buch trägt dagegen hochpolitischen Charakter. Es nennt sich „Deutschland in Waffen“, ist Wilhelm II. gewidmet und trägt das Motto: „Die Welt ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas als Deutschland auf seiner Arme und Marine.“ Der politische und politisch überaus bedenkliche Charakter des Buches wird dadurch keineswegs abgeschwächt, daß es sich aus einer Reihe von Abhandlungen zusammenfügt, die aktive und inaktive Offiziere der Arme und der Marine geschrieben haben und von einer Anzahl von Künstlern illustriert worden sind, während die literarische Mitarbeit des Kronprinzen nur in einem Geleitwort und einem kleinen Spezialartikel über das Regiment der Gardesducorps besteht. Denn vom Kronprinzen stammt die Anregung zu dem

Buche, dem schon durch das Motto sein eigenartiger Stempel aufgeprägt worden ist. Aber auch das Kronprinzliche Geleitwort und der erwähnte Artikel geben dem ganzen Werke seine besondere Note: eine Ueberhöhung und Verherrlichung des Militarismus und eine Freude am soldatischen Draufgängertum, die dem preussisch-deutschen Militarstaat weder drinnen noch draußen Freunde zu erwerben vermag, im Gegenteil nur von ausländischen Chauvinisten zum Beweis dafür mißbraucht werden kann, daß das ehemalige Volk der Dichter und Denker völlig soldatischer Menommisserei und ödestem Rommigeist zum Opfer gefallen sei.

Seht es doch in dem vom Kronprinzen verfaßten Vorwort:

„Mehr wie andere Länder ist unser Vaterland darauf angewiesen, seiner guten Wehr zu vertrauen. Schlicht geschäftlich durch seine ungünstigen geographischen Grenzen, im Zentrum Europas gelegen, nicht von allen Nationen mit Liebe beobachtet, hat das Deutsche Reich vor allen anderen Völkern unserer alten Erde die heilige Pflicht, Heer und Flotte stets auf der größten Höhe der Schlagfertigkeit zu erhalten. Nur so, auf das gute Schwert gestützt, können wir den Platz an der Sonne erhalten, der uns zusteht, aber nicht freiwillig eingeräumt wird.“

„Gewiß kann und soll diplomatische Geschicklichkeit wohl eine Zeitlang die Konflikte hinhalten, zuweilen lösen. Gewiß müssen und werden sich in der ersten Entscheidungshunde alle Verufenen ihrer ungeheuren Verantwortung voll bewusst sein. Sie werden sich klar machen müssen, daß der Krieg, einmal entfacht, nicht mehr so leicht und rasch erstickt werden kann. Aber wie der Witz ein Spannungsausgleich zweier verschieden geladener Luftschlägen ist, so wird das Schwert bis zum Untergange der Welt immer der letzten Erde ausschlaggebende Faktor sein und bleiben.“

Der Kronprinz ist dreißig Jahre alt und mag sich wohl auf der Höhe des Lebens und im Besitze aller Lebens- und Geschicklichkeitsphilosophie wähnen. Kein Mensch würde darin auch etwas dagegen haben, wenn der Kronprinz in Familienkreise oder unerschulden auch beim Liebesmahle im Kreise seiner Offizierskameraden Ansichten zum Besten gäbe, die dort umsoweniger Auffehen und Widerspruch erregen werden, weil sie ja die landläufige Meinung jedes von des Gedankens Klasse nicht angeklärten Gardeleutnants sind. Daß jedoch der mutmaßliche Thronfolger solche Anschauungen in bitterernster Zeit in einem Buche niederlegt, also der weitesten Öffentlichkeit preisgibt, die daraus die verhängnisvollsten Schlüsse zu ziehen vermag, das verleiht einen Drang zu öffentlicher Betätigung, den sich das deutsche Volk ohne härtesten Einspruch nicht gefallen lassen kann!

Was soll man vollends dazu sagen, wenn in einer Zeit, wo die ungeheuerlichen Rüstungen Deutschlands ohnehin das stärkste Mißtrauen der Auslandsmächte erregen müssen, der Kronprinz in seinem Beitrag über die Gardesducorps schreibt:

„Der solche Attake mitgeritten hat, für den gibt's nichts Schöneres auf der Welt. Und doch: noch eines erscheint dem echten Reitermann schöner: Wenn alles dies dasfelde ist, aber am Ende des schnellen Laufes uns der Feind entgegenreitet und der Kampf, für den wir geübt und erzogen sind, einsetzt; der Kampf auf Leben und Tod.“

Wie oft bei solcher Attake hat mein Ohr den sehnsüchtigen Ruf eines dahergehenden Kameraden aufgefungen: „Donnerwetter, wenn das doch ernst wäre!“ Reitergeist! Alle, die rechte Soldaten sind, müssen's fählen und wissen: „Dulce et decorum est pro patria mori!“

Man wird uns nicht zumuten, daß wir uns mit dem also verherrlichten „Reitergeist“ kritisch auseinandersetzen. Bei wem die schweißtreibende Erregung eines forcierten Märsches trotz tausenbjähriger ethischer und intellektueller Erziehung des deutschen Volkes zu einer Kulturmation nichts anderes auszulösen vermag, als den „sehnsüchtigen“ Ruf nach einem echten Schädelsplitzen, für den haben die Kant und Goethe eben umsonst gelebt! Die „Weltanschauung“ des Gardeleutnants kann eben nicht „widerlegt“ werden, die kann nur politisch unschädlich gemacht werden!

Es ist deshalb ein besonders gutes Zusammentreffen, daß zur Zeit der neuesten Kronprinzlichen Publikation nicht nur die Londoner Vorkonferenz tagt, sondern auch das internationale Parlament der modernen Arbeiterklasse: daß am Donnerstag, den 1. Mai Millionen von Proletariern ihre Kundgebung veranstalten, die nicht der Verherrlichung von Militarismus und Krieg, sondern dem unerfütterlichen Willen zur friedlichen Kulturentwicklung gilt! Und im Völkerverband und in der Geschichte ist doch der Wille der Massen noch stets das oberste Gesetz gewesen!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. April 1913.

Rekrut im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat sich am Mittwoch nach Erledigung der dritten Lesung der Sekundärbahnvorlage auf unbestimmte Zeit vertagt. Ob es vor Auflösung des Landtags überhaupt noch einmal zusammentritt, hängt von den Beratungen des Herrenhauses ab. Nur wenn das Herrenhaus an diesem oder jenem Gesetzentwurf Änderungen vornimmt, wird der Präsident die Mitglieder noch einmal zusammenberufen. Andernfalls hat die fünfjährige Tätigkeit der „Volksvertreter“ ihr Ende erreicht. Viel herausgekommen ist dabei nicht.

Das Herrenhaus

beriet am Mittwoch den Etat zu Ende. Der verfloßene Kultusminister Dr. v. Studt geriet sich bei der Weiterberatung des Etats des Ministeriums des Innern wieder einmal als Sittlichkeitsapostel. Er weiterte gegen das Ueberhandnehmen von Antimietkreppen in den Großstädten, beklagte die angeblich zunehmende Verrohung unter den jugendlichen Arbeitern. Nach Herrn Studt ist das Revolvertragen bei den jungen Berliner Arbeitern geradezu obligatorisch geworden! Natürlich gab dieses Uebild eines verknöcherten Bureaukraten auch der Sehnsucht nach einem Arbeitswilligen Ausdruck. Ein Regierungskommissar erwiderte ihm, daß ein Gesetz gegen unerlaubtes Waffentragen in Vorbereitung sei. In der Tat ist es nur zu begrüßen, wenn den Arbeitswilligen das Waffentragen verboten werden würde.

Beim Landwirtschaftssetat sprach der Berliner Oberbürgermeister Wermuth über die Versorgung der Reichshauptstadt mit russischem Fleisch durch die städtische Verwaltung. Er gestärkte die Legende, die geflissentlich von agrarischer Seite verbreitet worden ist, daß die Stadt bei der ihr von der Regierung aufgezogenen Fleischversorgung ein gutes Geschäft gemacht habe. Eine zeitlang war allerdings ein Heiner Ueberfluß vorhanden, in letzter Zeit hat sich aber sogar ein Defizit ergeben. Interessant war es, daß der Oberbürgermeister prinzipielle Bedenken gegen die Mitwirkung der Kommunen bei der Fleischversorgung erhob. Er meinte, eine Einrichtung von derartig öffentlichem Charakter, wie sie doch die Kommune darstellt, lasse sich nicht in der Weise hin- und herwenden wie ein Handelsbetrieb es erfordert und warnte daher, die Mitwirkung der Gemeinden auf solchen Gebieten zu überschätzen.

Es müssig und schlüssig sich hingehenden Verhandlungen wurden dann noch die Etats der Eisenbahn- und Bauverwaltung verabschiedet, ohne daß irgend wie bemerkenswerte Dinge zur Sprache gebracht wurden. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wurde die nächste Sitzung auf Freitag anderamant.

Aus dem Bundesrat.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1913, und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913, in der vom Reichstage angenommenen Fassung die Zustimmung erteilt. Die gleiche Beschlußfassung erfolgte zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewährung von Zuschüssen an Kriegsteilnehmer. Der Entwurf von Bestimmungen für die Vornahme einer Zwischenzahlung der Schweine in den Jahren 1913 und 1914 und der Wesehtentwurf betreffend die Entschädigung von Schöffen und Geschworenen gelangten zur Annahme. Die Wenderung der Satzungen des Haftpflichtversicherungsanstalt der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für das Großherzogtum Hessen wurde genehmigt. Vorkenterningeschäfte in Aktien der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin wurden für zulässig erklärt.

Die „Rüde“ in der Deckungsvorlage.

Die Deckungsvorlage der Regierung enthält im § 44 außer den Postanstellen und der Verwaltung der Schulbücher öffentlicher Körperschaften und Sparkassen auch andere mit der Verwaltung und Bewahrung fremden Vermögens besetzte öffentliche Anstalten von der Verpflichtung, den Veranlagungsbehörden Auskunft über die Vermögensverhältnisse der Beitragspflichtigen zu erteilen und ihnen Einsicht in Bücher und Akten usw. zu gewähren. Sind also den Besizenden schon genug Möglichkeiten gegeben, ihr Vermögen zu verheimlichen, so sollen die Geldinstitute, die nicht unter diese Bestimmung fallen, die Aktienbanken und die Privatbanken, auch noch von der Auskunftserteilung entbunden werden, so will es nämlich die Handelskammer in Hildesheim, deren geschäftsführender Ausschuss in seiner jüngsten Sitzung einem Beschlusse zustimmte, worin es u. a. heißt:

„Wären diese (die Banken) der Auskunftspflicht unterliegen, so würde das Vertrauen zwischen Banken und Landwirtschaft eine außerordentliche Störung erfahren, und es ist zu befürchten, daß die Depotinhaber in diesem Falle ihre Kapitalien zurückziehen und an anderer Stelle, vielleicht sogar im Auslande, unterbringen. Nachdem bereits die Handelskammer Freiburg sich an den Herrn Reichsminister gewendet hat, um eine Wenderung des § 44 im Interesse der Banken herbeizuführen, wird die hiesige Kammer den Deutschen Handelstag ersuchen, diese Angelegenheit möglichst bald in die Hand zu nehmen, um in dem Entwurf die Auskunftspflicht der Banken und Bankiers zu beseitigen.“

So sieht die Bereitwilligkeit der Patrioten des mobilen Kapitals, zu den Rüstungslasten ihr Teil beizutragen, in der Praxis aus.

Faules Geschwätz.

In einer Danziger Versammlung hatte jüngst der Vorsitzende des dortigen konföderativen Vereins, ein Pastor Wichmann, behauptet, Fürst Bülow habe im Oktober 1908 den bekannten Passus, der die Fortentwicklung des preussischen Landtagswahlrechts für „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erklärt, ohne Wissen Wilhelm II. in die damalige Thronrede hineingebracht.

Die „Danziger Zeitung“ machte dem Fürsten Bülow von dieser unerhörten Behauptung Mitteilung und erhielt jetzt folgende Antwort:

Danzig, den 26. April 1913. Sehr geehrter Herr! Im Auftrage Seiner Durchlaucht des Fürsten Bülow danke ich Ihnen verbindlich für Ihre beiden Briefe sowie für die freundliche Uebersendung der Zeitungsnote. Die Unkorrektheit der von Pastor Wichmann aufgestellten Behauptung dürfte inzwischen wohl allgemein erkannt worden sein. In vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihre sehr ergebener G. Friedrich, Privatsekretär Sr. D. des Fürsten Bülow.

Eine Zeitungsgente.

Die von dem „Berl. Tagebl.“ aus Gmunden gemeldete Nachricht, daß der Prinz Ernst August, der zukünftige Schwiegersohn Wilhelm II., zum Großherzog von Lüneburg ernannt und zu diesem Zweck ein neues Großherzogtum Lüneburg geschaffen werden solle, wird von der „Köln. Zig.“ in einer offiziellen Berliner Meldung dementiert. Das rheinische Blatt schreibt:

„Das Berliner Tageblatt“ wärmt eine bereits abgetane Kombination erneut auf, indem es sich aus Gmunden melden läßt, die Erweiterung Lüneburgs aus hannoverschem Gebiet entpichte der Würdlichkeit, und Prinz Ernst August werde bei seiner Thronbesteigung den Titel „Herzog zu Braunschweig und Großherzog von Lüneburg“ führen. Es sei wiederholt festgestellt, daß diese Mitteilung erfunden ist.“

Gleichzeitig werden die „Braunschw. N. Nachr.“ von „maßgebender Seite“ zu einer ähnlichen Erklärung ermächtigt.

Wir haben gestern bereits die Meldung des „Berl. Tagebl.“ als unwahrscheinlich bezeichnet.

Die Kirche im Dienste des Kapitals.

Der Oberkirchenrat entfaltet eine sehr segensreiche Tätigkeit. Er arbeitet mit unübelbarem Geschick daran, die evangelische preussische Landeskirche zu kreditieren. Jetzt hat er wieder eines seiner bekannten weisen Urteile gefällt. Er hat nach langen Untersuchungen den Pfarrer Stier aus Röhren zur Strafverurteilung und — zur Erziehung sämtlicher aus seinem Prozeß erwachsenen Kosten zurechtteilt.

Der Fall, um den es sich handelt, dürfte, da wir wiederholt darüber berichtet haben, den meisten „Vorwärts“-Lesern bekannt sein. Als vor einigen Jahren die Heresoberverwaltung bei Jossen, einen großen Schicksalsplatz ankaufen wollte, fanden sich schleunigst einige Grundstücksheiber, die den dortigen Anwohnern die Grundstücke für ein Spottgeld abkauften. So wurden sechs Grundstücke für 51 000 M. verkauft, die dann die Heresoberverwaltung später für 249 000 M. wiedererwerben mußte. Ähnlich war das Verhältnis bei weiteren acht Grundstücken. Die Gemeinden, die durch diesen Grundstückswechsel betroffen wurden, sind arm, und Pfarrer Stier versuchte, für diese Gemeinden etwas zu retten. Er setzte es durch, daß eine kommunale Abgabe beim Grundstückswechsel von den Gemeinden beschlossen wurde, um auf diese Weise auch den Gemeinden etwas von dem enormen Gewinn zuzuführen zu lassen. Diese neue Gemeindeabgabe bedurfte aber der landräthlichen Genehmigung, und diese Genehmigung traf erst ein, nachdem der Grundstückswechsel bereits abgeschlossen war, so daß er von dieser Steuer nicht mehr erfaßt werden konnte. Pfarrer Stier erhob nun gegen den Landrat den Vorwurf, daß er die Genehmigung der kommunalen Abgabe verzögert habe. Daraus entspann sich ein Kattenkäuig von Prosechen. Schließlich begünstigte dann der Pöschlatter Dr. Leppmann, daß Pfarrer Stier Quersant sei. Alle Versuche des Pfarrers, vor den ordentlichen Gerichten die Angelegenheit aufzurufen, scheiterten. Er wurde im Gegenteil vom Amte suspendiert. Und nun besetzte sich der Oberkirchenrat mit seinem Verhalten. Die

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neuföln. Inverantwortl. verantw.:

Verhandlungen des Oberkirchenrats sind nicht öffentlich; jede Kontrolle über die richterliche Tätigkeit des Oberkirchenrates fehlt.

Es ist möglich, daß sich der Pfarrer in der Form seiner Angriffe vergrißen hat; aber die ganzen Vorgänge sind doch so eigenartig, daß es sich wohl gelohnt hätte, sie vor dem Forum eines bürgerlichen Gerichts aufzurufen. Der Pfarrer, der seit Jahr und Tag kein Gehalt mehr bezieht, wird nun nach irgendeinem entlegenen Neste versetzt, und die Grundstücksheiber freuen sich, daß sie ihnen mühelos erworbenen Gewinn nicht weiter zu verteidigen brauchen.

Der Fall Stier schließt sich der Rechtsprechung des Oberkirchenrates in den Fällen Jatho und Traub würdig an, wenn er auch in seiner Wirkung ungleich tragischer ist.

Zusammenstöße im württembergischen Landtag.

Bei der Fortsetzung der Debatte über den Zusatzetat kam es zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen, wie sie in diesem auf seinen „vornehmen Ton“ arg stolzen Landtage bisher kaum zu verzeichnen gewesen sind. Wegen die Angriffe des Genossen Kattutat zog der Justizminister v. Schmidlin zu Felde. Die Beweis Kattutat für die auch in Württemberg stets krasserer Normen annehmende Massenjustiz suchte der Minister artenmäßig zu widerlegen. Die bürgerlichen Parteien jubelten Beifall. Zentrumsabgeordneter jammerten über den „Terrorismus“ der freigebergesellschaftlich organisierten Arbeiter. Der Zentrumsabgeordnete Graf bekannte sich sogar als Anhänger von Ausnahmemaßnahmen gegen die freien Gewerkschaften. Genosse Kattutat gab den Herren eine Antwort, die Zähne und Hörner hatte. Zeitweise war die Aufregung so heftig, daß die Fortführung der Verhandlungen gefährdet schien. — Ihren Höhepunkt erreichte die Erregung am Samstag bei den Ausführungen Westmeyers über die Beseitigung der Gefangenen in den württembergischen Gefängnisanstalten. Im Etat wird der Rüstungsaufwand pro Tag und Kopf auf 17,6 Pfennig berechnet, ein Betrag, der unmöglich genügen kann, einen erwachsenen hart arbeitenden Menschen zu sättigen. Den bürgerlichen Parteien erschien es ungeheuerlich, daß in diesem „hohen Hause“ auch der Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung gedacht und versucht wurde, den elementarsten Forderungen der Menschlichkeit Gehör zu verschaffen. Zeitweise schien das Haus in Tobstucht verfallen zu wollen. Durch persönliche Beleidigungen schlimmer Art suchten insbesondere Zentrumsleute den Redner zum Schweigen zu bringen. Hillos stand der konservative Präsident den wildgewordenen „Christen“ gegenüber. Auch der Stuttgarter Oberbürgermeister a. D. u. G. u. H., der sich zur Volkspartei rechnet, glaubte den Augenblick gekommen, durch persönliche Beleidigungen gegen den Redner sein Renommee als „konservativer Mann“ heben zu können. Genosse Dr. Lindemann verjagte den Präsidenten, der die tolen Ausschreitungen ungerührt passieren ließ, über seine Pflicht zu belehren. Ein vergeblicher Versuch. Das Echo, das diese Vorgänge in der Öffentlichkeit weckte, mag ihn aber doch wohl belehrt haben, daß diese Art Geschäftsführung nicht geeignet ist, sein Prestige zu erhöhen. Zu Beginn der Montagsitzung erzielte er dem Zentrumsmann, Arbeitersekretär Andre, noch nachträglich einen Ordnungsruf. — Dann wurde es hochpolitisch. Der Führer der Volkspartei, K. G. a. u. H., brachte beim Kapitel Staatsministerium seine Rede über auswärtige Politik, Wechsel im Staatssekretariat fürs Auswärtige, Wehrvorlage usw. an den Mann. Genosse Keil verlangte energisch, der Ausschuss des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten möge dahin wirken, daß dem deutschen Volke Krieg und Winterstehen erspart bleiben. Der Ministerpräsident antwortete sehr diplomatisch. Der Reichsminister habe immer sehr bundesfreundlich gehandelt. Zum Schluß glaubte der Herr Ministerpräsident mit einer hochpatriotischen Phrase die Wehrvorlage verherlichen zu müssen. Das Echo aus dem Haus war aber sehr düster. Von „nationaler“ Begeisterung keine Spur mehr. Etwas verärgert setzte sich der Ministerpräsident wieder auf seinen Stuhl. — Den Aufwand für die württembergischen Gesandtschaften in München und Berlin lehnte die sozialdemokratische Fraktion ab. Nur der Volksparteiler Bey stimmte mit den Sozialdemokraten. Alle anderen Volksparteiler stimmten für diese früher auch von ihnen belämpften Forderungen. In Baden haben sogar die Nationalalliberalen den unnötigen Aufwand für diese Sinekuren abgelehnt. Im Schwabenlande fühlen sich die Herren Demokraten geedert, für diese Versorgungspositen höher, sonst nicht brauchbarer Diplomaten zu stimmen.

Landwirtschaftskammern und Fleischversorgung.

Nach langen Verhandlungen sind die Bestrebungen der ost- und westpreussischen Landwirtschaftskammern, den größeren Städten im Osten Schweine zu liefern, gescheitert. Sowohl Danzig wie auch Königsberg und Tilsit haben es abgelehnt, auf das Angebot der Landwirtschaftskammer einzugehen. Die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen teilt mit, von Landwirten der Provinz wären der Kammer für fünf Jahre im ganzen über 18 000 Schweine im Lebendgewicht von 2 bis 2½ Zentnern zum Preise von 15 M. pro Zentner zur Verfügung gestellt worden. Die Landwirtschaftskammer hätte dem Königsberger Magistrat das Quantum von 15 000 Schweinen jährlich frei Schlachtlof Königsberg zum Preise von 10,50 M. pro Zentner angeboten und zwar mit Rücksicht auf den auf zirka 7 Prozent zu schätzenden Transportgewichtsverlust, im Mindestgewicht von 190 Pfd. Der Magistrat hat dieses Angebot jedoch abgelehnt und als Mindestgewicht in der Zeit vom 15. August bis 15. Dezember 240, in der übrigen Zeit 200 Pfd. verlangt. Daraus ist die Landwirtschaftskammer nicht eingegangen. Sie hat bereits ihre Lieferanten von der übernommenen Lieferungsspflicht entbunden.

Damit ist die „große Aktion“, die seinerzeit eingeleitet wurde, um den Konsumenten „billiges“ Schweinefleisch unter Ausschaltung des Großhandels zu liefern, endgültig gescheitert.

Die Städte hatten zu dem Experiment wenig Neigung — weil ihnen die Händlerinteressen über alles gehen — und die Agrarier wollten sich auf Jahre hinaus hohe Preise sichern.

Kulturarbeit mit Pulver und Blei.

Amlich wird gemeldet: 30. April. Die Expedition gegen die Mörder der im Oktober 1912 auf der Insel Umboi (Deutsch-Neuguinea) ermordeten Pflanzler Gebrüder Weber ist vom Kaiserlichen Bezirksamt Friedrich-Wilhelms-Hafen in der Zeit vom 25. Februar bis zum 4. März ausgeführt worden. Dabei wurde nach einem soeben eingetroffenen Bericht des Gouverneurs festgestellt, daß die Tat von den Kumlungar, einem Bergstamme auf der Südwestseite der Insel, wohl aus Habsucht nach den Warendorräten der Gebrüder Weber, begangen worden ist.

Die an der Ermordung unmittelbar beteiligten Eingeborenen, deren Namen vorher ermittelt worden waren, fielen im Kampfe gegen die Truppe; nur einer der Mörder wurde bei dieser Gelegenheit lebend ergriffen und handreilich erschossen.

Die Eingeborenen, um die es sich hier handelt, stehen auf primitiver Kulturstufe. Sie sind sich der Tragweite ihrer Handlung kaum bewußt gewesen. Die blauen Bohnen, die man einer Anzahl von ihnen in den nackten Leib gejagt hat, werden den Ueberlebenden eine innige Verehrung der Kultur des weißen Mannes beibringen. Pulver und Blei — andere Strafg- und Besehrungsmittel kennen die kapitalistischen Kulturpioniere nicht!

Schweiz.

Wahlen und Landsgemeinden.

Zürich, 28. April. (Sig. Ver.) Im Kanton Neuenburg fanden am Sonntag die Regierung- und Kantonswahlen

St. Glode, Berlin. Trud u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagssamt

statt. An den Regierungswahlen beteiligten sich unsere Genossen nicht mit eigenen Kandidaten. Die Kantonsratswahlen hatten folgendes Ergebnis: 32 Sozialdemokraten (bisher 23), 52 (62) Radikale und 29 (27) Liberale (eigentlich Konserverdane). Unsere Partei hat also 9 Sitze gewonnen.

Die Kantone Obwalden, Nnterwalden und die beiden Appenzell hatten ihre Landsgemeinden, diese Urform der Demokratie. Die Landsgemeinde des Kantons Appenzell-Außerehoden brachte uns den ersten sozialdemokratischen Regierungsrat von den sechs Landsgemeindelanden und zwar in der Person unseres Genossen Eugler, der früher Pfarrer war und nun seit Jahren Zentralpräsident des Schweizerischen Textilarbeiterverbandes sowie Redakteur des „Textilarbeiter“, ferner sozialdemokratischer Abgeordneter im Nationalrat ist.

Im neuen Großen Stadtrat von Zürich ist unser Genosse Oberrichter Wjh zum Präsidenten gewählt worden, nachdem er vorher schon erster Vizepräsident gewesen. Auch in einigen Kommissionen sind Sozialdemokraten Präsidenten.

England.

Die Hintermänner in der Rüstungspolitik.

London, 29. April. (Sig. Ver.) In der Budgetdebatte im englischen Unterhaus kritisierte Genosse Wardle gestern in scharfer Weise die Ausgaben für das laufende Finanzjahr, die die ungeheure Summe von 196 Millionen Pfund erreichen. Im Namen der Arbeiterpartei protestierte er gegen die gewaltigen Rüstungsausgaben, die in den letzten fünf Jahren um 15 Millionen Pfund gestiegen sind. Dann ging er auf die Geschäftspraktiken der Rüstungsunternehmen ein und bemerkte, daß die Enthüllungen im Reichstag von gewaltiger internationaler Bedeutung seien. Schlimme Enthüllungen seien vor noch nicht langer Zeit in England gemacht worden. Eine Anschuldigung sei die, daß ein Truist der Rüstungsfabrikanten bestche, dessen Zweck es sei, ähnlich wie in Deutschland der Regierung 10 Proz. mehr für Rohmaterialien anzurechnen. Wenn das wahr sei, müsse der Sache ernsthaft auf den Grund gegangen werden. Die Schlüsse der Anschulldigungen sei, daß die Rüstungsinteressenten mit der Furcht der Völker Handel trieben, daß der Kriegslärm mit Vorbemacht künstlich fabriziert werde. Es sei sehr bezeichnend gewesen, daß die Mitteilungen über die deutsche Flotte, die vor etlichen Jahren die Konserverdane veranlaßten, den Ruf nach der sofortigen Herstellung von acht Dreadnoughts zu erheben, diesen von einem englischen Regierungsdieseranten übermittelt wurden. Nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in Großbritannien habe man mit der künstlich erzeugten Panik zu rechnen. Die Angelegenheit müsse gründlich untersucht werden, damit man sicher sei, daß man sich nicht zum alleinigen Nutzen der Unternehmer in riesige Ausgaben fütze.

Was Wardle hier ausführt, wird durch die Tatsachen vollkommen bestätigt. Gerade heute bereiten sich die Leute, die mit der Furcht der Völker Handel treiben, auf einen großen Fischfang vor. Die Flottenliga und die Luftschiffahrtsliga haben sich zu dem Unternehmen die Hand gereicht und die hohe Finanz zu interessieren gewußt. Das Schredgespenst find diesmal die deutschen Hoppelins, die es nach den Aussagen der Rüstungspatrioten zu stande gebracht haben. England seines insularen Charakters zu berauben, wodurch die englische Kriegslotte natürlich zu altem Eisen geworden ist. Am 5. Mai wird unter dem Vorst des Oberbürgermeisters von London eine Versammlung im Ranson House abgehalten werden, die auf die Regierung einen Druck ausüben soll, damit sie mehr Geld für den Luftmilitarismus ausbebe. Anhänglich fragten sich viele Leute, wozu denn das viele verlangte Geld verwendet werden sollte, in Anbetracht, daß man in England bisher noch keine großen Luftschiffe bauen konnte. Jetzt kommt allmählich Licht in die Angelegenheit. Die Firmaickers hat die Patente der Astra-Torres-Luftschiffe gekauft und es verlautet, daß eine andere Firma die Patente der Pariseval-Gesellschaft erworben und auch Armstrong, Beardmore, Scott, White und andere Gesellschaften bald in der Lage sein werden, Bestellungen auf Luftschiffe anzunehmen. Unter diesen Umständen wird es den Rednern im Ranson House nicht schwerfallen, haarstarr zu beweisen, wie dringend die Nation der militärischen Luftschiffe bedarf.

Marokko.

Kämpfe und kein Ende.

Paris, 30. April. Nach einer Meldung aus Rabat stieß die Kolonne Mangin am 28. April in der Nähe von Ain Sarga mit einer Abteilung der aufständischen Schöso zusammen, die sich nach einem heftigen Kampfe, in dem sie namentlich durch das französische Artilleriefeuer beträchtliche Verluste erlitten, zurückziehen mußten. Die Franzosen hatten vier Tote und 25 Verwundete.

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Bulgarien und Griechenland bleiben neutral.

Wien, 30. April. (W. T. B.) Von besonderer Seite erhält die „Neue Freie Presse“ aus Sofia folgende Mitteilung: Bulgarien steht auf dem Standpunkt, daß seine Interessen von der Skutarifrage nicht im mindesten berührt werden, es denkt nicht daran, sich in den Streit Montenegros mit Oesterreich-Ungarn einzumengen. Serbien scheint seine Haltung von Rußland abhängig zu machen, aber auch, falls Serbien aktiv in den Kampf Montenegros gegen Oesterreich eingreift, würde für Bulgarien keine Verpflichtung bestehen, seine Truppen gegen Oesterreich zu entsenden. Soweit man hier informiert ist, besteht auch für Griechenland keinerlei Verpflichtung, Montenegro und eventuell Serbien in einem Kampfe gegen Oesterreich zu unterstützen.

Waifeivorbereitungen in Italien.

Rom, 30. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Waifeivorbereitungen sind im ganzen Lande imponierend. Die Arbeitsruhe wird fast überall auf das städtische Verkehrsnetzen ausgedehnt. Die Demonstration wird diesmal einen ausgesprochenen Charakter gegen die Kriegsrüstungen und für den Weltfrieden tragen. Polizeiliche Verbote der Umzüge sind fast gar nicht zu verzeichnen.

Schwerer Fliegerunfall.

Constantine (Algerien), 30. April. (W. T. B.) Der Flieger Leutnant Jolein ist heute früh mit seinem Passagier, dem Leutnant Desnoes, abgestürzt. Beide Offiziere sind schwer verletzt worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Stierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungssk.

Resolution

für die

Maifeier - Versammlungen.

Am 1. Mai demonstriert das Klassenbewusste Proletariat aller Länder erneut für den **Ausbau der Arbeiterschuttforderungen**, die der Internationale Arbeiterkongress zu Paris am 20. Juli 1889 erhoben hat.

Sie fordern deshalb in erster Linie die **gesetzliche Einführung des Achtstundentages** für alle in der Industrie, im Handwerk, im Handel und Verkehr Beschäftigten, sowie wirkliche Koalitionsfreiheit.

Angeichts der Tatsache, daß der **Imperialismus** infolge seiner immer gemeingefährlicher werdenden Rüstungspolitik, die nicht nur die Kriegsgefahr steigert und am Marke der Völker zehrt, die Sozialpolitik nahezu zum Stillstand gebracht hat, erheben die Versammelten energischen **Protest gegen die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft**. Sie wenden sich deshalb im besonderen gegen die **neuen Secret- und Marinevorlagen**, die dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegen.

Die Versammelten wissen sich in diesen Protesten **einig mit der Klassenbewussten Arbeiterschaft der ganzen Welt**. Sie übersenden den heute versammelten Maidemonstranten **brüderliche Grüße** und geloben erneut, **unermüdet kämpfen zu wollen**

**für den Sozialismus,
gegen den Kapitalismus
und Imperialismus,
gegen die Kriegshetzeien
und Kriegsrüstungen!**

Sozialistische Friedenskundgebungen.

Die Gewerkschaftsunion von Konstantinopel hat folgendes

Manifest zum 1. Mai 1913

erlassen:

Genossen! Zum dritten Male, seit wir zum Klassenbewusstsein und zum solidarischem Handeln für die Befreiung unserer Arbeiterklasse in der Türkei erwacht sind, benutzen wir die Gelegenheit, gegen die Ausbeutung und die behördliche Unterdrückung zu demonstrieren, unter der unsere ganze Familie leidet.

Der 1. Mai des Jahres 1913 sieht uns im tiefsten Elend und in großer Trauer, die verursacht werden durch die Verbrechen, die die Bourgeoisie und die feudalen Elemente des Balkans um ihrer imperialistischen Interessen willen an unserer Klasse begangen haben.

„Der erste Mai“.

Nicht nur den Weltfeiertag der proletarischen Revolution handelt es sich im folgenden, sondern um einen ersten Mai, der ein Tag der bürgerlichen Revolution werden sollte — wenigstens wenn es nach dem Willen des Verfassers einer anonymen Schrift gegangen wäre, die unter dem Titel „Der erste Mai“ veröffentlicht und verschossen vor uns liegt, das Druckjahr 1881 und den Druckort Straßburg aufweist und in all ihrer revolutionären Raubität und Herzenseinfalt ein interessantes historisches und politisches Dokument darstellt. Dem ungenannten und wohl für immer unbekanntem Verfasser hat jene unruhige Zeit die Feder in die Hand gedrückt, da sich in deutschen Gauen die Herzen an der französischen Julirevolution wie an dem polnischen Aufstand gegen das Moskowitium entzündeten, da die Braunschwäger ihren würdigen Karl zum Teufel jagten und die Kurheßen gegen ihren sozusagen angekommenen Souverän und seine Mätresse rebellierten, da die Sachen ihrer überlieferten Gemüchlichkeit einbüßten und es in Hannover ernst anzusehen begann — mit einem Wort, jene Zeit, die das erste starke Atemholen der bürgerlichen Klasse Deutschlands kennzeichnet.

Was der Verfasser der Brandschrift vorschlägt, ist nicht weniger als eine leibhaftige Revolution, die pünktlich am 1. Mai ausbrechen soll und zum Ziel hat Freispruchs „Aktion von dreißig Fürstentümern“, das will sagen: die Vertreibung der dreißig Potentaten, unter deren Hut Deutschland schwarze und ihren Erbschaft durch einen vom Volk zu wählenden König — ein Reichstag, zusammen tretend am 15. Mai, soll im einzelnen darüber Beschluß fassen. Zur ganzen spricht die Proschüre, die sicher von einem braven Bürger Süd- oder Westdeutschlands stammt und auch nicht einen Hauch von sozialen Kämpfen verrät, mir Gedanken und Anschauungen aus, die damals Allgemeinort in weiten Schichten der Bevölkerung waren und wie kleine Münze von Hand zu Hand gingen, verdient aber gerade deshalb, verloren und vergessen wie sie ist, in ihren entscheidenden Sätzen hier wiedergegeben zu werden. Sie geht aus von der Voraussetzung, daß zwischen dem neuen Frankreich und den deutschen Fürsten auf die Dauer Frieden nicht bestehen könne und fährt dann fort: „Ist es nun nicht besser, das Feuer in der Geburt zu erlöschend, d. h. den Fürsten die Waffen zu weisen, daß sie abhandeln? Wollen die Franzosen dann was weiter, so werden wir ihnen was zu erzählen wissen. Vielen unter ihnen steht die Nase nach dem linken Rheinufer, aber nicht nagebreit sollen sie von deutscher Erde bekommen. Geseht, die Fürsten sagten allzumal: Wir wollen Kriegskosten und Mauthen abhaben? Was wären wir dadurch gedehert? So viel wie Nichts. Das würde eine Weile währen, dann wäre wieder die alte Peier. Gottes Wort sagt: Verlaßt euch nicht auf Fürsten! Ich will damit nicht sagen, daß alle Fürsten Lügner sind, aber sie können nicht der hohen Steuern

Genossen, an uns ist es heute, die Aufgabe zu vollbringen, die die anderen vernachlässigt haben, wir haben die Pflicht, ein Beispiel zu geben, dem die anderen folgen sollen.

Erheben wir unsere Stimme zum Protest gegen die Verbrechen unserer Herrschenden: die Ausbeutung unserer Arbeitskraft, den Kreuzzug der Balkanheere, die arbeitserindliche Reaktion.

Handeln wir, um unsere wirtschaftlichen, moralischen und politischen Rechte zu verteidigen. Am 1. Mai wollen wir demonstrieren, damit die Bourgeoisie und ihre Anhänger den drohenden Protestruf der Ausbeuteten vernimmt.

Arbeiter der Türkei! Erwacht und hört auf eure Brüder, die gleich Euch in Elend und Sklaverei leben.

Unser gegenwärtiges Elend und unser Unglück ist nicht das Werk einer rächenden Gottheit, noch die Folge unserer Sünden. Es ist das Werk einer uns feindlichen Klasse, der Reichen und Herrschenden, die von ihrem wilden und grausamen Egoismus getrieben werden, uns zu Sklaven ihrer Herrschsucht zu machen und damit unseres Elends ein Wohlleben zu führen.

Erwacht! Kommt in unsere Reihen; organisiert Euch in Gewerkschaften und handelt geschlossen, um eurem Elend ein Ende zu machen.

Erwacht, damit der 1. Mai 1913 für uns der Vorabend für den Kampf gegen unsere Gegner werde.

Ihr Waisen des Balkans! Vergesst nicht, daß unsere Väter und Brüder sich auf Befehl unserer Tyrannen auf den Schlachtfeldern erwidern mußten. Wir wollen uns das Gelöbnis der Solidarität geben und an unserer Befreiung arbeiten.

Genossen der Internationale! Wir wenden uns heute an Euch und bitten um eure moralische und materielle Hilfe in unseren ungleichen Kampfe.

Ermutigt uns durch eure Bücher, Zeitungen und Proschüren und seid versichert, daß eure Brüder im Orient, die jetzt unter dem grausamsten Joch seufzen, in besseren Zeiten für die anderen tun werden, was diese anderen heute für sie tun.

Der Sekretär: Zacharias Wegestenis.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens verbreitet am 1. Mai folgendes Manifest:

Der Krieg gegen die Türkei ist noch nicht zu Ende und schon werden die Balkanvölker von einer neuen, schrecklichen Gefahr bedroht.

Es gewinnt den Anschein — die Haltung der chauvinistischen Bourgeoisie in den Balkanstaaten und die Mitteilungen der großen Presse des Auslandes beweisen es —, daß die Regierungen der Balkanstaaten ihre Völker in einen neuen, einen brüdermörderischen Krieg verwickeln wollen. Diese Staaten, d. h. die Bourgeoisie und Dynastien der Balkanländer, die gestern noch Verbündete waren, sind heute Todfeinde, bereit, die Völker gegeneinander zu hetzen und im Blute zu ertränken.

Der Balkanbund, d. h. jeder zwischen den Monarchen und der Bourgeoisie der vier Staaten zum Schaden der Völker geschlossene Pakt, ist aufgebaut auf den egoistischen Sonderinteressen der Bourgeoisie und der Dynastien. Die nationale Unabhängigkeit und Einheit, wie auch die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft sind eine Existenzbedingung der Balkanvölker. Aber die Dynastien und die Bourgeoisie haben dieses Lebensinteresse der Vermehrung ihrer eigenen Herrschaft geopfert. Es sieht außer allem Zweifel, daß der Balkanbund und der Krieg gegen die Türkei die Erwerbung neuen Landgebietes zum Ziel hatten, ohne sich dabei an die nationale Einheit zu kehren und auf Bedingungen Rücksicht zu nehmen, die die Unabhängigkeit der Nationen und die Entwicklung der nationalen Produktivkräfte ermöglicht.

Die Erfolge des Krieges sind der Beweis dafür. Unter den

entbehren. Ihr sprecht: Sonst könnten sie doch zurecht kommen, ohne die Menschen zu schinden. Freilich! Da war auch nicht Alles so auf dem großen Fuß wie jetzt. Was jetzt ein König ist, war sonst ein Herzog, was sonst ein Landgraf oder Markgraf war, ist jetzt ein Großherzog. Und auch die, so geliebten sind, wie sie waren, mußten es den Großen nachmachen, um sich nicht Lumpen zu lassen. . . .

An den Polen könnt ihr sein, was die Einheit thut und der Gedanke: „Wir sind ein ungetrenntes Volk; der große Gott ist mit uns!“ Die Polen sind drei Millionen Menschen und nehmen es mit den sechzig Millionen Russen auf: Sollten wir dreißig Millionen Deutsche uns nicht schämen, daß wir mit den dreißig Fürsten nicht fertig werden können? . . .

Für etliche Pfennige oder Kreuzer macht euch jeder Dorfschmied eine Zwinge an die Senfe, daß ihr sie als Spieß brauchen könnt, denn im Krieg wird nicht gemäht, sondern gehauen oder gestochen. Kommt aber ein Scherg und will das dem Schmied wehren, so fucht den Hund mit der Heugabel übern Hausen und zwingt den Schmied zu arbeiten. Wer ein Gewebe hat und sich aufs Schneiden versteht, der schaffe sich Pulver und Mehl an. Aber eilt, daß ihr bis zum ersten Mai streitfertig seid. Dann aber verzieht ihr unschuldig Blut! Selbst die Nase an einer Handvoll Menschen steht einem großen Volk übel an. . . . Will euch aber einer hindern, euch zu waffnen und euch zu versammeln, dann schlagt ohne Erbarmen drauf. Hüden Soldaten an, dann bilden die Senjenträger geschlossene Reihen, die Schützen feuern von der Seite aus Heden und Gräben. Wohl gemerkt: Sonntag den ersten Mai erhebt ganz Deutschland die Waffen, nicht früher und nicht später, auf daß es mit einem Schlag losbreche. . . .

Wir brauchen eben so wenig dreißig souveräne Häupter wie die Ungarn, Russen, Normannen (?), Engländer, Franzosen und Spanier. An einem König ist's genug. . . .

Die Fürsten reden der Verfasser an: „Aber — die Hand aufs Herz! — sprecht, was ist denn eure jetzige Herrlichkeit! Da sind die zwei großen Hansen aus Schwaben, der von Habsburg und der von Jollera. Die stellen allerdings etwas vor. Und doch — wie hat sie der Corse unterm Doumen gehohlet! Hätte das einem König des freien deutschen Volkes geschehen können? Da sind etliche von der Mittelburie, die oder deren Väter waren die größten Hansen im Rheinland; d. h. wenn der Corse piff: „Alons über die Pyrenäen!“ flugs waren sie drüber; — „Alons nach Rußland!“ flugs waren sie über den Niemen. Und nun die Kleinen — lieber Gott! welche traurige Figur spielt ihr im Vorzimmer des Corse, wo die Marschälle von Frankreich euch den Rücken weisen. Ich denke, damals hätte ihr den Souveränitätsstraum satt kriegen sollen. . . .“

An die wirtschaftlichen Gründe der allgemeinen Mißstimmung sticht das Schriftchen hinab: „Der Handel will Freiheit d. h. freien Weg für die Waaren. Da sind aber im deutschen Land so viel Schlagbäume, daß er überall anrennt. Das kommt von den dreißig Fürsten. Von der Hälfte des Geldes, das diese für sich

Landstücken, die von Bulgarien besetzt worden sind, gibt es solche, wo die bulgarische Nationalität überhaupt nicht oder nur schwach vertreten ist. Serbien und Griechenland haben andere Gebiete besetzt, wo es weder Serben noch Griechen gibt oder wo nur ganz unbedeutende Minoritäten dieser Nationen vorhanden sind. Es ist mit seiner Umgebung ist soeben an Rumänien abgetreten worden. Kurz, die Verbündeten stehen vor einem schweren Konflikt wegen der Verteilung des eroberten Landes. Der Krieg wurde feinerzeit erklärt unter dem Vorwande, die christliche Bevölkerung vom ottomanischen Joch zu befreien. Er wurde geführt für die nationale Einigung und für die Unabhängigkeit der Balkanvölker und die freie Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Kräfte. Man sagte uns, der Krieg sei die Verwirklichung der Formel: „Der Balkan den Balkanvölkern“. In Wirklichkeit hat uns der Krieg in eine neue politische und wirtschaftliche Sklaverei gebracht. Er hat uns vor die Gefahr gestellt, unsere Unabhängigkeit zu verlieren und die Beute der großen kapitalistischen Staaten zu werden. An Stelle der nationalen Einigung haben wir die nationale Trennung, ein fruchtbares Feld für neue Intrigen der europäischen Diplomatie und damit neuer Hindernisse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Balkanländern.

Diese Erfolge des Balkankrieges zeigen uns handgreiflich, daß die Befreiung, die Unabhängigkeit und die Einigung der Nationen wie auch die wirtschaftliche Entwicklung durch einen Krieg nicht verwirklicht werden konnten und nicht verwirklicht werden können. In viel höherem Grade würde ein Krieg der Verbündeten gegen einander eine Katastrophe bedeuten, er würde die Unabhängigkeit der Balkanstaaten bedrohen und würde uns an den Rand des Abgrundes führen.

Der soziale Fortschritt, die Unabhängigkeit und die nationale Einheit können nur verwirklicht werden durch eine Föderation der Balkanvölker.

Aber die Bourgeoisie ist noch weit entfernt von diesem Gedanken. Getrieben von dem wilden Egoismus des Eroberers, lafaenhaft den Dynastien gegenüber, geschoben von den Intrigen der großen kapitalistischen Staaten, die die Eroberung des Balkans im Auge haben, bereitet die Bourgeoisie des Balkans den Balkanvölkern ein neues Blutbad vor, das zu ihrer Verwüftung führen wird.

Die sozialdemokratische Partei Bulgariens protestiert energisch gegen diese Politik der Spaltung und des Verrats, wie sie von der Bourgeoisie und den Dynastien der Balkanstaaten geübt wird. In diesem für die Balkanvölker so gefährlichen Momente erklärt die Sozialdemokratie, daß sie das Heil nur in einer föderativen Republik der Balkanstaaten erblickt. Indem die bulgarische Sozialdemokratie die gefährliche Politik der Bourgeoisie und der Dynastien aufdeckt, verlangt sie die sofortige Beendigung des Krieges, den Abschluß einer Föderation, die Einrichtung eines allen Balkanstaaten gemeinsamen Parlamentes, eine einheitliche Finanzpolitik und volle Freiheit für alle Nationalitäten, die in der Balkanföderation vereinigt sind. Die Sozialdemokratie der Balkanstaaten, vor allem die Serbiens ist mit uns vollständig einer Meinung.

Wir sind überzeugt, daß die Völker nach der grausamen Enttäuschung, die der Krieg gegen die Türkei den Balkanvölkern beschert hat, und nach den gewaltigen Opfern, die sie gebracht haben und noch bringen müssen, ohne die gewünschten Erfolge zu erzielen, die Politik ablehnen werden, die ihnen das Proletariat der Balkanstaaten vorschlägt: Die Politik einer föderativen Balkanrepublik — das einzige Mittel, das ihnen ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit, ihre nationale Einigung und den sozialen Fortschritt garantieren kann.

Nieder mit dem Krieg!
Es lebe der Frieden!
Es lebe die föderative Balkanrepublik!
Für das Zentralkomitee: D. Blagoeff.

ihre unnötigen Schreibfedern und ihre Lakaien den Völkern obpressen, ließe sich eine schöne Flotte bauen, daß der deutsche Seefahrer sich nicht von jedem Räuber zu habeln lassen brauchte. . . .“

Zum Schluß kommt eine kräftige und nicht ungeschickte Abschöpfung mit den Pfaffen: „Nun noch ein Wort an die Wölfe in Schafschleibern. Ihr, die ihr euch die Verkünder des heilsamen Wortes nennt, seid großen Theils die niederträchtigsten Verbrecher desselben. Ihr macht den Fürsten und den Völkern weis, die Fürsten hätten ihre Gewalt von Gott, eine Auflehnung gegen sie sei eine Auflehnung gegen Gottes Ordnung. Ihr schreit mir entgegen: Willst Du den Apostel Paulus meistern? Nein, ihr Eitel euch will ich meistern. Wohl ist die Obrigkeit Gottes Ordnung — und wenn ich dem rohesten Sadträger sage: Hör! wir wollen alle Obrigkeit abschaffen! so würde er mir aufs Maul schlagen als einem Narren. Wenn ich ihm aber sage, die und die schändliche Obrigkeit ist von Gott verordnet, so würde er mir wieder aufs Maul schlagen und sprechen: War Karl X. von Gott verordnet? Und euch Pfaffen frage ich: Welches Urtheil werden denn die Franzosen und Braunschwäeger empfinden, weil sie sich wider ihre Fürsten geseht haben? Zu wem ist denn gesagt: „Jeder sei unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat?“ Ist's zu einem Volke gesagt? Nein, ihr Lügner! sondern zu einer Gemeinde von Juden und Griechen, die sich aus ihrem Volke ausgegliedert hatte, aber sich aber von der Gemeinschaft seines Volks absondelt, wer kein Vaterland hat, den gehen auch die Verhältnisse eines Volks oder des Volks, unter dem er wohnt, nichts an, der hat lediglich der an seinem Auserwähltesten bestehende Ordnung zu gehorchen. . . . Aber schwächt ihr weiter — es fehlt doch geschrieben: „Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.“ Freilich! Von Gott ist Alles beordert, sonst wäre nichts. Wenn ich morgen mit 20 000 Mann in dein Reist komme und ernenne einen Schulzen oder Bürgermeister, so ist der eine Obrigkeit, also von Gott beordert. Uebermorgen kommt mein Gegner mit 40 000 Mann, der setzt eine andere Obrigkeit ein, die ist wieder von Gott beordert. Am dritten Tag komu ich wieder und jage die 40 000 mit sammt ihrer Obrigkeit fort; da ist meine wieder von Gott beordert. . . .“

Ihr aber deutsche Männer alsamall! Merkt euch das Wort des großen Meisters und besinnt euch auf die rechten Leute, die ihr zum Reichstag wählen wollt, zum Reichstag, der seinen Anfang nehmen soll am fünfzehnten Mai dieses Jahres. Verlaßt am ersten Mai, stimmt ab, so daß man an jedem Ort im Reinen ist über den Abgeordneten bis die Aufforderung zur Ernennung kommt.“

So die Stimme eines deutschen Bürgers von 1881, der für den 1. Mai mit der größten Seelenruhe zu Flinten, Heugabeln, gradegeschmiedeten Säben und zur Verreibung der Fürsten aufruft. Der deutsche Bürger von 1913, minder revolutionär gestimmt, drückt sich schon ängstlich in eine Türsche, wenn er am 1. Mai nur von fern den Demonstrationstag der sozialistischen Arbeiterschaft erblickt.

Die Österreichische an die russische Sozialdemokratie.

Die Fraktion der deutschen Sozialdemokraten hat die Zuschrift der sozialdemokratischen Abgeordneten der russischen Duma folgendermaßen beantwortet:

An die sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichsduma, Petersburg!

Verte Genossen!

Mit Freude und Genugtuung haben wir, haben hunderttausende österreichische Arbeiter Euren Brief gelesen.

Unzerbrechbare Bande verknüpfen uns mit Euch, nicht nur die Bande, die die Gemeinschaft des Vieles knüpfen, auch die Bande gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Erinnerung.

Mit Euch haben wir die großen heldenmütigen Kämpfe der Jahre 1905 und 1906 durchlebt. Eure großen Kämpfe haben unter der Arbeitermasse Oesterreichs jene leidenschaftliche Entschlossenheit ausgelöst, die sie zum Siege im Wahlrechtskampf geführt hat. Mit Euch haben wir gelitten, als feindliche Gewalten Euch bedrückten. Mit Euch jubeln wir über alle Zeichen der Wiederbelebung der russischen Arbeiterklasse: über die großen Massenstreiks, über die Erfolge bei den Dumawahlen, über die prächtige Entwicklung Eurer Presse. In Eurer Luft, in Eurer furchtlosen Kampfbereitschaft gegen panslawistischen Chauvinismus sehen wir eine der festesten Stützen der europäischen Demokratie und des europäischen Friedens.

Wie Ihr erbliden auch wir die Lösung der Balkanfrage nur in der demokratischen Selbstbestimmung der Balkanvölker selbst, nur in der demokratischen Föderation der Nationen des Balkans, die gleich frei sein soll von den Einflüssen der Wiener und der Petersburger Herrschaftsgelüste.

Wie Ihr weisen auch wir mit leidenschaftlichem Abscheu jeden Gedanken an die furchtbare Katastrophe eines Krieges zwischen Oesterreich und Rußland zurück. Wie Ihr sehen auch wir seit Monaten alle Kraft in dem Kampfe gegen alle imperialistischen Gelüste ein. Wie Ihr haben auch wir nie einen Feldzug mit größerer Leidenschaft geführt als den Krieg gegen den Krieg.

Eure Bedrückten gilt unser unerschütterlicher Haß. Die Völker Rußlands aber sind uns verbündet durch das unzerbrechbare Band des gemeinsamen Kampfes um die Freiheit und den Frieden.

Für den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich:
Ferdinand Stadel. Dr. Viktor Adler.

Mai und Jugend.

Der Maientag ist für die Arbeiterklasse zum Symbol geworden. Sie feiert ihn inmitten einer neuerwachten, verjüngten Natur. Millionen von Proletariern auf dem weiten Erdenrund blicken an diesem Tage hoffnungsvoll auf, lassen die Hände ruhen und grüßen den jungen Mai, den frischfröhlichen Gesellen. Sie alle wissen und fühlen es an diesem Tage: einst wird, einst muß ein Völkermaintag kommen, ein Tag, der auch ihnen, die unausgeheilt die Hände rühren, die rastlos schaffen und dafür nichts ernten als Mühsal und Entbehrungen, das zuweist, worauf sie Anspruch erheben können: die Früchte ihrer Arbeit.

Auch die arbeitende Jugend vertraut auf den Maientag. Mit Stolz dürfen wir es bekennen: Wir sind jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, wir sind es im wahren Sinne des Wortes, durchdrungen von echt proletarischem Empfinden. Wir sind es und wollen es bleiben. Und mögen noch so viele Schreier und falsche Freunde auferstehen und versuchen, die Arbeiterjugend den Idealen der Gedankenwelt ihrer Klasse zu entfremden, zu verächteln, zu verrättern zu erziehen, möge es der Staat selbst versuchen mit all seinen Machtmitteln: an der harten Wucht der Tatsachen, an der nackten, rauhen Wirklichkeit des Lebens werden all diese Vermählungen früher oder später zerfallen.

Die Forderungen der Arbeiterschaft sind auch die Forderungen der Arbeiterjugend. Nach Licht, Luft und Freiheit geht unser Sehnen und Wollen. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend ins Arbeitsloch gedrängt, so gehen unsere Tage lang und langlos dahin. Ob der junge Körper dabei zerrüttert wird, ob der Geist abtölpelt, wer fragt danach? Es sind ja nur Proletariatskinder, Kinder der Armen, und deren gibt es übergenug. Lange genug hat es gedauert, ehe der Staat, der Sachwalter der herrschenden Klassen, dazu überging, Arbeiter- und Jugendschutzgesetze zu schaffen. Jugendschutzgesetze, die die Jugend schützen sollen vor allzu schlimmer Ausbeutung und Mißhandlung. Wirft es nicht ein grelles Licht auf die vielgerühmte „Ordnung“, unter der wir leben, daß solche Gesetze notwendig sind? Der Unternehmer ist skrupellos; sein ganzes Sinnen und Trachten steht nach Profit. Kinder und Jugendliche werden rücksichtslos seinem Profitinteresse geopfert. Da blieb denn selbst dem Staate — freilich nach langem Drängen — nichts anderes übrig, als die Jugend wenigstens vor den schlimmsten Ausbeutungsgefahren des Unternehmertums zu schützen. Aber wie unzulänglich sind die geltenden Jugendschutzbestimmungen und wie zahlreich sind die Verstöße dagegen! Selbst die Kinderarbeit, dieser schlimmste Auswuchs unserer heutigen Wirtschaftsweise, ist noch nicht einmal durch die Gesetzgebung unterbunden, sondern bewegt sich immer noch in recht ausgedehnten Grenzen. Darum gilt es, im Interesse der arbeitenden Jugend, im Interesse ihrer Gesundheit, ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung, gerade am Maientage den Ruf zu erheben: mehr Jugendchutz!

Nach Wissen und Bildung lechzt die Arbeiterjugend. Nicht nach den verstaubten Thesen und Heißelehren der christlichen Kirche, die dem jungen Proletariat für das Leben nichts geben und nichts bedeuten können, die ihn zum Vertrauen auf eine höhere Macht erziehen, ihm dafür aber jedes Vertrauen auf sich selbst, auf seine eigene Kraft rauben. Der Mensch gestaltet sein Schicksal selbst — nur im Grunde mit feinesgleichen vermag er Großes zu leisten. Der Mensch soll und muß ein Kämpfer sein. Das Leben ist erfüllt von Gegensätzen und Widersprüchen. Der Kampf ums Dasein, den jeder einzelne zu führen hat, erfordert die Anspornung aller Kräfte, die Heranbildung aller Fähigkeiten; der Kampf um bessere Existenzbedingungen, um eine Besehung unserer traurigen materiellen Lage, den wir gemeinsam mit unseren Kameraden und Kameradinnen zu führen haben, verlangt einen geschärften Blick und eine klare Erkenntnis der Gesetze, die unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben bestimmen. Die Bildungsgelegenheiten, die den Jüngern der Besitzenden zur Verfügung stehen, fehlen dem jugendlichen Arbeiter gänzlich. Darum muß er versuchen, aus eigener Kraft die bedenklichen Lücken in seiner Bildung auszufüllen

und sich mit dem modernen aufklärerischen Wissen zu versehen, das uns ein lebendiges Bild gibt von der Entwicklung in der Natur und der menschlichen Gesellschaft. Eines aber sei vor allem unser Bestreben: zu Persönlichkeiten, zu geistigen Charakteren zu werden. Wir tragen ein großes Verantwortlichkeitsgefühl in uns, das uns unsere Pflichten gegenüber uns und den anderen vorzeichnet. Diese Pflichten zu erkennen und zu erfüllen, klar zu sein im Wollen und Denken, konsequent im Tun und Handeln, unerlässlich in der Ueberzeugung, die wir als die richtige erkannt haben, das sei die Lösung, mit der wir als jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen das Maienfest begehen.

Die Arbeiterjugend lebt in einer schweren Zeit. Alle Machtmittel des Staates werden aufgeboten, um ihre geistigen Regungen zu unterdrücken. Mit brutaler Gewalt versuchen die Behörden die freie Jugendbewegung zu erdrücken, Verlorene Mägel Mögen auch die Formen wechseln, unter denen die freie Jugendbewegung ihre Ziele verfolgt — sie lebt als Ganzes, sie gedeiht, stark und fest im Innern, weil ihr idealer Geist das Band ist, das die Tausende und Aber-tausende ihrer Anhänger umschlingt. Freilich, die bürgerlichen Jugendvereine erfreuen sich der Gunst der Regierungen. Sie werden zärtlich gehegt und gepflegt und reichlich unterstützt, während die arbeitende Jugend, wenn sie einen eigenen Willen, eine eigene Meinung befundet, die schlimmsten Drangsalierungen erdulden muß. Doch dieses Ausnahmestück trägt seit klargemacht, daß wir in einem Staate leben, in dem mit seine guten Früchte: wird uns dadurch mit Eindringlichkeit zweierlei Maß gemessen wird. Je mehr man uns unterdrückt, je weniger Rechte man uns gewähren will, um so mehr geloben wir uns, mit aller Kraft und zu jeder Zeit für unser Recht einzutreten. Wie die erwachende Arbeiterschaft kein Opfer und keine Mühen scheut, um vorwärts zu gelangen, wie sie alles für ihre Sache einsetzt, so wollen wir in diesem Beispiel lernen und das gleiche tun.

Wenn der Gruß der Maiglöckchen an unser Ohr schlägt, dann verführe er uns nicht den Himmelfahrtsplan der christlichen Kirche, sondern die Botchaft einer neuen, einer kommenden Zeit, der auch die arbeitende Jugend mit Zuversicht und fröhlichem Vertrauen entgegensehen darf.

Die Landtags-Wahlbewegung.

Vierter Landtagswahlbezirk.

In Habels Brauerei, Bergmannstraße, sprach vor stark besuchter Versammlung Genosse Reid über das Thema: „Das preussische Volk und die Landtagswahlen“. Seine von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen übten lebhaften Beifall aus. Ohne Zwischenfälle verlief dann die Auffstellung der Wahlmänner.

Genosse Dupont verstand es im „Hofjägerpalast“, Hofenstraße, der Zuhörerschaft die Sünden und Schäden des persönlichen Regiments, der preussisch-deutschen Politik usw. recht grell vor Augen zu führen. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat schritt die Versammlung auch hier zur Aufstellung der Wahlmänner, die ebenfalls glatt verlief.

Vor überfülltem Saal, bei Raabe, Nächststraße, referierte Genosse Davidsohn. Des öfteren von lebhaftem Beifall unterbrochen schloß Davidsohn seine Rede mit den Worten: „Wie jezt das Proletariat seine Blide nach Belgien richtete, so erbartet auch die Internationale, daß das preussische Volk am 16. Mai der preussischen Reaktion einen neuen Stoß ins Herz versetzt. In diesem Sinne müssen wir arbeiten.“ (Stürmischer Beifall.) — Die vorgeschlagenen Wahlmänner, über 100, wurden einstimmig bestätigt.

In den „Rittersälen“, Rittersf. 76, war der Raum bis auf den letzten Platz besetzt. Hier hatte es Genosse Landtagskandidat Dr. Alfred Bernstein übernommen, die Wähler aufzurufen zum Sturm gegen die Junkerseite, gegen die preussische Dreiklassenwahlrecht. Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung schloß der Redner seinen Vortrag mit dem eindringlichen Appell, alles aufzubieten, um in das preussische Abgeordnetenhause eine verstärkte Schar von wirklichen Volkvertretern zu senden, auf daß sie der gegenwärtigen Mehrheit wirksamer entgegenzutreten könne.

Nachdem die Aufstellung der Wahlmänner einstimmig erfolgt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zwölfter Landtagswahlbezirk.

Am Dienstag fanden wieder zwei Versammlungen im zwölften Wahlbezirk statt. Im „Artushof“ in der Verleberger Straße sprach Adolf Hoffmann vor einer zahlreichen Zuhörerschaft aus der Fülle der Erfahrungen, die er auf unserem Vorposten im Junkerparlament gesammelt hat, führte der Redner eine Reihe von Einzelfällen an, welche zeigen, wie schwer unserem sechs Vertretern die Wahrnehmung der Interessen der Entrechteten gemacht worden ist und noch täglich gemacht wird. Daß ihre Zahl stärker werde, daß der Wille des Volkes um so energischer und wirksamer zum Ausdruck komme in der Hochburg der Reaktion, dafür werden die Wähler sorgen, und die Genossen des zwölften Landtagswahlbezirks werden alles aufbieten, um ihren Kandidaten der Heinen aber kampfschlüssigen Schar der sozialdemokratischen Abgeordneten zuzuführen.

In der Bahnhöfer Brauerei (Turmstraße), deren Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach Genosse Ledebour. Er kennzeichnete die politische Situation im Reiche und in Preußen. Die Junkereliquie, welche das Ohr des Monarchen hat, glaubt, auf den Willen des Volkes keine Rücksicht nehmen zu brauchen, und so sehen wir denn, daß in der Junkerdomäne Preußen die Rechte des Volkes mit Füßen getreten werden. Das schändliche Unrecht der Dreiklassenwahlrecht schließt ja das Volk fast gänzlich aus von der Vertretung im preussischen Abgeordnetenhause. Darum gilt unser Kampf nicht nur der Eroberung weiterer Mandate, wozu die Genossen des zwölften Landtagswahlbezirks ihre Teil beitragen werden, sondern wir haben auch einen energischen Kampf zu führen, um das die Gesellschaftsinteressen begünstigende Dreiklassenwahlrecht zu Falle zu bringen, ein freies Wahlrecht zu erobern und Preußen damit unter die Kulturstaaten einzureihen.

Unser Kandidat, Eugen Ernst, hielt Ansprachen in beiden Versammlungen. Auch er rief die Wähler auf zum energischen Kampf für bessere Zustände in Preußen. Zu lange habe das Volk seine Rechtlosigkeit ertragen. Solange die von den Liberalen gestützte Herrschaft der Junker anhält, ist an eine Verbesserung der Verhältnisse nicht zu denken. Darum fort mit der Junkerbherrschaft, fort mit dem Dreiklassenwahlrecht. Auf zum energischen, leidenschaftlichen Kampf für ein freies Wahlrecht.

Durch lebhaften Beifall beendeten die Zuhörer, daß sie entschlossen sind, diesen Kampf mit aller Kraft zu führen.

Die Frauen im Landtagswahlkampf.

Die proletarischen Frauen bekunden ein erfreuliches Interesse an der diesjährigen Landtagswahlbewegung. Obwohl am Abend vorher der Lesabend viele Frauen in Anspruch genommen hatte, eilte doch eine große Anzahl von ihnen in die für den 9. Landtagswahlbezirk einberufenen öffentlichen Frauenversammlungen. Bei Frank in der Wobstraße referierte der Landtagsabgeordnete Genosse Ströbel. Er zeigte die Rechtlosigkeit der Frauen auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens und die Notwendigkeit ihrer Gleichberechtigung sowohl im eigenen als auch im allgemeinen Interesse. Dann wies er im besonderen die Aufmerksamkeit der Anwesenden mit einer eingehenden Schilderung der verschiedenen Weibertreterinnen und der dahinter stehenden kapitalistischen Interessen. Die Empörung über das Treiben der Kriegsheer-

kam wiederholt durch eine lebhafte Bewegung zum Ausdruck. Die Aufforderung der Vorsitzenden zu fleißiger Mitarbeit wird hoffentlich guten Erfolg haben.

In einer gutbesuchten Versammlung in den „Mila-Sälen“ sprach Genosin Ruben unter großem Beifall über das Thema: „Welche Bedeutung haben die Landtagswahlen für die Frauen?“ Eingehend behandelte sie die Frage des Schulwesens. Auch mit der Erörterung einer Reihe anderer Fragen wußte sie das Interesse der Frauen für die bevorstehende Landtagswahl zu wecken. Mit zwingender Logik bewies sie, daß es ohne die Eroberung eines wirklichen freien Wahlrechtes, das selbstverständlich das Frauenwahlrecht einschließt, in Preußen keinen kulturellen Fortschritt gibt. Daher sei die energische Mitarbeit der Frau bei den Wahlen, wie überhaupt in der proletarischen Bewegung, unerlässlich. Nach einem kurzen Schlußwort der Genosin Lobbe endete die gutverlaufene Versammlung. Hier wie auch in der Versammlung bei Frank wurde eine größere Anzahl von Frauen in die Partei aufgenommen.

Landtagswählerversammlungen in den Vororten.

Neufölln. Am Dienstag, den 29. April, hatten sich die Landtagswähler von Neufölln in der „Neuen Welt“ zusammengesunden, um den Vortrag des Kandidaten Otto Huse zu hören. Der große Saal war dicht gefüllt. Genosine Due zeigte in seinen Ausführungen an verschiedenen Beispielen, daß es eine irrtümliche Auffassung sei, den Einfluß der Junker auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur nach ihrem Verhalten im preussischen Abgeordnetenhause selbst zu beurteilen. Ihr Einfluß gehe viel weiter und übertrage sich auf andere gesetzgebende Körperschaften direkt und indirekt. Dabei schreibe sie vor keinem Mittel zurück. Sie könnten dieses um so mehr, weil ihnen vom Zentrum und den National-liberalen, die keinen Deut besser seien, sekundiert werde. Nur umkleideten sich diese Parteien mit der heuchlerischen Maske der Volkstreue. Die Halbtönen der Freitänzer, ihr Verhalten bei den verschiedenen Gelegenheiten wurde gründlicher Kritik unterzogen. Kein Arbeiter, kein freisinnig denkender Bürger könne diesen seine Stimme geben. Mit der Aufforderung an die Wähler, voll und ganz ihre Schuldigkeit zu tun und mit dem Versprechen, daß, wenn er gewählt werde, er genau wie bisher die Interessen des werktätigen Volkes vertreten werde, schloß Genosine Due seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede. Trotz schriftlicher Einladung waren die Kandidaten der bürgerlichen Parteien nicht erschienen. Graf v. Matuschla hatte sich wegen Verhinderung wenigstens entschuldigt, während der Herr Stadtrat hier dieses nicht mal für notwendig hielt. Da sich trotz Aufforderung kein Gegner meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem wichtigen Appell an die Anwesenden, sich keiner Illusion hinzugeben, sondern eifrig mitzuarbeiten, damit der Kreis von uns vertreten wird.

Lichterfelde. Eine gut besuchte Landtagswählerversammlung hörte am Dienstagabend die Richter ein Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Vorchardt. Aus eigener Anschauung entwarf der Redner ein Bild der preussischen Zustände. Am Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen forderte er die Versammelten auf, rage an den Wählerarbeiten teilzunehmen, damit die kleine sozialdemokratische Fraktion selbst unter dem elenden Wahlrecht eine Vertretung erhalte. Diskussion fand nicht statt.

Weißensee. Im Schloß Weissensee tagte am Dienstag eine öffentliche, von über 800 Personen besuchte Landtagswähler-versammlung, in der Genosse Baumig referierte. Ausgehend von den historischen Ereignissen des Jahres 1813, dessen hundert-jährige Wiederkehr zurecht alle patriotischen Gemüter umnebelt und in einen Jubiläumskrausch versetzt, gedachte er jenes ersten „roten Sonntags“ am 21. Januar 1806, an dem die Proletarier Preußens eine so machtvolle Demonstration gegen die Dreiklassenwahlrecht und zum Andenken an die ebenso glorreiche Erhebung des russischen Volkes veranstalteten. Im weiteren Verlauf seiner Rede zeichnete er ein umfassendes Bild preussischen Elends und erinnerte hierbei an die erst kürzlich gehaltenen Rede des Herrenhausmitgliedes v. Kleff, daß, wenn das Reich den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht aufnehme, Preußen diese Aufgabe erledigen müsse. Die Arbeiterklasse sei in diesem Kampfe auf sich selbst angewiesen, alle bürgerlichen Parteien bis zum Freitritt herab hätten ein Interesse an den bestehenden Zuständen. Die Ausführungen fanden in der Versammlung einen lebhaften Widerhall. Nunmehr erfolgte die Rominiierung der im Ort aufzuführenden 167 Wahlmänner, die einstimmig gewählt wurden. Prachtvoller Gesang des Weissensee Männerchors, der die Versammlung einleitete, beschloß die ein-drucksvolle Kundgebung.

Strausberg. Hier referierte im Gewerkschaftshaus (Otto Weß) Reichstagsabgeordneter Otto Böhner über die Herrschaft der Junker und die Landtagswahl. Der Redner schilderte die schmachvollen Zustände in Preußen und übte scharfe Kritik an Volkspet und Justiz. — Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Nach einem kurzen Schlußwort des Versammlungsleiters, in welchem er zum Abonnement der Arbeiter-presse und zum Beitritt in den Wahlverein aufforderte, wurde die Versammlung geschlossen.

20. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Hannover, 29. April.

Die Sitzung beginnt mit zwei prinzipiellen Abstimmungen über die Beitragsfrage, um die Arbeiten der Kommission zu erleichtern. Zunächst wurde über die Frage abgestimmt, ob die Beiträge allgemein in den drei Beitragsklassen erhöht werden sollen. Dafür stimmen nur wenige Delegierte; eine allgemeine Beitragserhöhung ist also abgelehnt. Die zweite Abstimmung geht dahin, ob eine oder zwei weitere freiwillige Beitragsklassen eingeführt werden sollen. Dafür erklären sich 69 Delegierte, dagegen 46 Delegierte. Die Einführung erhöhter Beitragsklassen ist damit beschlossen.

Den Bericht des Vorstandes

erstattet dann Verbandsvorsitzender Sacke-Buchum. Dieser wendete sich zunächst gegen einen verlogenen Bericht der hiesigen Zentrumsapresse über die Öffnungssitzung der Generalversammlung. In seinem Geschäftsbericht gab Sacke einleitend ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse im Bergbau in der Berichtszeit; er zeigte an Hand eines reichen Zahlenmaterials, wie enorm die Produktion und die Gewinne der Rubenherren gestiegen und wie wenig dieser Steigerung gegenüber die Löhne der Arbeiter in die Höhe gegangen sind. Wir haben die Zahlen bereits im Vorbericht gegeben. Die Christlichen hätten den Vorwurf erhoben, der Verband habe in Niederschlesien nichts für die Bergarbeiter getan. Diesen Vorwurf mußte er entschieden zurückweisen. Der Verband habe dort getan was er konnte. In bezug auf die Schichtzeit seien allgemein keine Fortschritte gemacht worden. Der Schutz vor allzu großer Ausbeutung, der durch gesetzliche Regelung der Schichtzeit erfolgen muß, würde den Bergarbeitern noch immer vorenthalten. In Preußen gelte zwar die Bestimmung, daß die in der Arbeitsordnung festgelegte Schichtzeit durch die Ein- und Ausfahrt um höchstens eine halbe Stunde verlängert werden darf. Diese Schutzmaßregel werde aber häufig, indem den Werkbestehern das Einlegen von Heberbüchsen nicht verboten sei. Sie ließe im Bedarfsfalle einfach Heberbüchsen beschaffen, was auf eine allgemeine Verlängerung der normalen Schichtzeit hinauslaufe. Gegenwärtig grassiere die abnormalste Schichtzeitensuche in beängstigender Weise. Die Unternehmer wollten aus der guten Geschäftslage möglichst hohen Gewinn schlagen, und die Bergarbeiter seien zum großen Teil tüchtig genug, die Unternehmerrhabdger auf Kosten ihrer Gesundheit zu befriedigen. Diesem Uebel könne abgeholfen werden durch gezielte Beschran-

lung der Schichtzeit und das Verbot der Ueberstunden. Dieser habe sich aber noch kein deutscher Bundesstaat dazu aufschwingen können.

Sache kam nun auf die Lohnbewegungen zu sprechen. Wenn der Vorstand getadelt worden sei, eine zu vorsichtige Politik eingeschlagen zu haben, so habe sich im Vorjahre bei dem großen Streik gezeigt, daß die Politik des Verbandes die richtige war. Es könne im Verborgenen nicht leicht gestreift werden wie in anderen Berufen. Bei einem Streik könne nicht nur das eine oder andere Werk, sondern müsse das ganze Revier stillgelegt werden. Wenn die bedauerliche Versplitterung der Arbeiterorganisationen nicht vorhanden wäre, dann hätte man da oder dort erfolgreicher vorgehen können. Der Redner kritisierte dann das Verhalten der christlichen Arbeiter bei dem Ruhrarbeiterstreik. Die Haltung der Christen sei bei der günstigen Konjunktur unerklärlich gewesen. Sie könne nur von politischen Gründen diktiert worden sein. Die Christen hätten es ebenso schlimm getrieben wie die Christen. Ein Teil der polnischen Berufsvereine, die ja mitstreikten, habe die schwersten Vorwürfe gegen den Verband erhoben; dieser solle zehnjährige Arbeitserlaubnisarten ausgestellt und so den Streikbruch begünstigt haben. Der Verband habe gegen diesen ungeheuren Vorwurf Mitleid erhoben. Bei der Verhandlung habe der Wahrheitsbeweis für diese Behauptung nicht erbracht werden können und es sei eine Verurteilung erfolgt. Es wäre tief bedauerlich, daß eine befremdete Organisation solche unbegründeten Vorwürfe machte. Sache kam nochmals auf das Verhalten der Christlichen zurück und bemerkte unter Zustimmung der Generalversammlung, bei den Christlichen sei nicht das Grubenkapital der Hauptfeind, sondern der Vergarbeiterverband, was er, der am meisten bekämpft werden solle. Wenn die Christlichen wollten, könnte eine Verständigung erzielt werden, sie müßten aber Ernst zeigen, und auch eventuell vor einem Streik nicht zurückweichen.

Redner ging nun auf die Arbeitsnachweise der Zechenherren ein. Diese selbst würden ja keine Maßregelung vornehmen, die Zechenherren würden dies viel schlaue anzufangen. Das Werk, auf das ein Arbeiter hingewiesen wird, habe nicht die Verpflichtung, den überwiegenen Arbeiter anzunehmen. Den Terrorismus würden die Zechenherren durch ihre „freundnachbarlichen Abmachungen“ und durch schwarze Listen ausüben.

Die Entwicklung des Verbandes sei nicht in dem erwünschten Maße vor sich gegangen. Leider habe sich die Mitgliederzahl nicht aufwärts, sondern abwärts bewegt. Es sei ein Verlust um 9375 Mitglieder in der Berichtszeit zu verzeichnen. Die Hauptursache liege in dem vorjährigen Streik. Hätte man aber voriges Jahr nicht gestreikt, dann wäre die beste Kerntruppe des Verbandes gegangen, so hätten nur die Lauen dem Verbande den Rücken gekehrt. — Sache bespricht in diesem Zusammenhang mehr innere Verbandsangelegenheiten, so die Unterschlagung des Hilfskassierers Streif. Der aus dem Reichsdeputationsbeschluss bekannte Kamerad Beckmann habe in liberalen Versammlungen den Vorwurf erhoben, seine Frau habe feinerzeit von den gesammelten Geldern nichts erhalten. Da müsse festgestellt werden, daß Frau Beckmann eine Unterstützung von den „Roten“ abgelehnt hat.

Das Bildungswesen sei vom Verband eifrig gefördert worden. In den Unterrichtskursen der Generalkommission und an der Parteidruckschule hätten mehrere Kollegen teilgenommen. Zur Schulung der Funktionäre seien aber in den einzelnen Bezirken Unterrichtskurse abgehalten worden. Im Ruhrrevier nahmen an 60 Kursen 3006 Kameraden teil. Wenn die Winterarbeit überblüht werde, dann könne man ohne jede Ueberhebung konstatieren, daß ein verheißungsvoller Anfang in der Bildungsarbeit gemacht sei. Die insgesamt aufgewandten Kosten hätten nicht gedeckt werden dürfen. Es müsse nun dafür gesorgt werden, daß in allen Verbandsbezirken auf der beschrittenen Bahn weitergegangen werde. Der proletarische Freiheitskampf erfordere tüchtige Männer und Kämpfer. Immer größer Anforderungen werden an unsern Verband und seine Funktionäre gestellt. Es müsse deshalb Aufgabe des Verbandes sein, den Funktionären das notwendige Rüstzeug mitzugeben.

Sache schilderte nun, wie man verfuere, den Verband zu beschimpfen. Er betonte, die Polizei suche Material, um den Gewerkschaften einen Strich zu drehen. Da heiße es, noch vorsichtiger als bisher sein. Man möge bei den Landtagswahlen kein Geld aus den Lokalfassen bewilligen. Der Verband habe ein Interesse daran, nicht als politischer Verein gestempelt zu werden. Redner erörterte noch die Gründung der „Vollfürsorge“. Die Mitglieder sollten beschließen, diese in die Höhe zu bringen. Er bat zum Schluß um eine sachliche Kritik. Kritisierten Sie, aber kritisierten Sie gerecht. Hoffen wir, daß wir in zwei Jahren einen besseren Bericht als diesmal geben können. (Lebhafter Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattete Stühmeyer-Vogum, der die Kassenbearbeitung des Verbandes eingehend erörterte. Wir haben im Vorbericht bereits die wichtigsten Zahlen wiedergegeben, so daß wir darauf verweisen können. Redner wandte sich in seinen Ausführungen auch gegen die Anträge, die Unterstützungssätze zu erhöhen. Der Vergarbeiterverband sei keine Unterstützungsgesellschaft, sondern in erster Linie eine Kampforganisation. Er hätte erwartet, daß aus den Reihen der Mitglieder Anträge gekommen wären, einen Extrabeitrag auszusprechen, damit die Kasse, die der vorjährige Streik gerissen habe, wieder aufgefüllt werde. Stühmeyer wandte sich dann gegen einen Antrag Gatersberg, daß bei Streiks den Verbandsangehörigen das Gehalt um ein Drittel zu kürzen sei. Redner ist der Ansicht, daß die Beamten selbst das Gefühl haben müssen, daß sie, wenn die Kollegen im Kampfe stehen, auch ein Opfer bringen müssen. Es sei bisher von den Angestellten viel mehr bezahlt worden, als der Antrag fordere. Man solle daher den Antrag ablehnen.

Den Bericht der Firma Hausmann u. Co., Druckerei und Buchhandlung, gab deren Geschäftsführer Schreier-Vogum. Die Einnahmen und Ausgaben dieser Firma balancieren im Jahre 1911 mit 224.177 M., und im Jahre 1912 mit 219.861 M.

Für den Kontrollauschuss berichtete Wundsbed-Oespel. Der Ausschuss hatte 27 Beschwerden in der Berichtsperiode zu erledigen. Diese Beschwerden wurden eingereicht: eine wegen Verletzung eines Angestellten an eine andere Arbeit, eine wegen Streikabbruchs auf Zeche „Glad-auf-Regen“, eine wegen Verweigerung von Kur und Arzneien für einen früheren Angestellten, eine wegen Verweigerung von Rechtschutz, drei wegen Verweigerung der Gehaltsregelunterstützung, acht wegen Ausschluß, drei wegen Nichtanstellung in Verbandsdiensten, eine wegen des Wahlreglements zum Aktionsauschuss, eine wegen Verweigerung der Kartellbeiträge, zwei wegen Zahlungsverweigerung von Strafen und Gerichtsfehlen für Frauen und zwei wegen Verweigerung der Unfallbeiträge. Von den 27 Beschwerden wurde in vier Fällen der Vorstandsbeschluss aufgehoben, und in einem Falle wurde dem Beschwerdeführer die Unfallbeiträge gewährt. Die übrigen 23 Beschwerden mußten abgewiesen werden. — Der Ausschuss hat wiederholt die Kasse revidiert und stets Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden.

In der Nachmittags-Sitzung wurde über den Vorstandsbericht debattiert. Die Diskussion dauerte nur zwei Stunden, dann machte ihr ein Schlußantrag ein Ende. Die Redner erklärten im allgemeinen ihr Einverständnis mit der Tätigkeit des Vorstandes. Sie besprachen in der Hauptsache Bezirksangelegenheiten. Verlangt wurde die Herausgabe einer Monatschrift zur weiteren Ausbildung der Funktionäre.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge werden fast alle abgelehnt. Dem Vorstand überwiesen werden zwei Anträge, die wünschen, daß eine Monatschrift zur weiteren Ausbildung der Funktionäre herausgegeben wird, ferner, daß für Oberbeschleusen eine weitere Agitationskraft angestellt wird. — Dem Vorhande wird einstimmig Entlohnung erteilt.

Die Generalversammlung nimmt nun den **Bericht der Presse**

entgegen, den Redakteur Wagner-Vogum gab. Er schilderte eingehend die Macht der Presse und zeigte, wie die Zensurzentrale des

Zechenverbandes öffentliche Meinung macht. Die Arbeiter würden leider den Wert der Presse nicht so würdigen, wie das Kapital. Bei dem Streik im Ruhrgebiet hätten alle bürgerlichen Zeitungen die Interessen des Grubenkapitals vertreten. Nur die sozialdemokratische Presse habe sich auf Seiten der kämpfenden Arbeiter gestellt. Auch bei Grubenkatastrophen zeige sich die gleiche Gesinnung. Die bürgerliche Presse führe die Unglücke auf die „höhere Macht“ zurück. Merkwürdig sei es aber, daß diese „höhere Macht“ immer nur die Arbeiter treffe. Das Verbandsorgan, das im Jahre 1912 eine durchschnittliche Auflage von 139.750 Exemplaren hatte, hat in der Berichtszeit einen außerordentlich schweren Stand gehabt. Es mußte in verstärktem Maße nicht nur gegen das rücksichtslose Grubenkapital, sondern leider auch gegen seine gelben und „christlichen“ Helfershelfer den Kampf führen. Obwohl das Verbandsorgan sich in der Berichtszeit hauptsächlich gegen eine Welt von Feinden zu wehren hatte, hat es seine vornehmste Aufgabe, die Schwachen und Bedrückten zu schützen, nicht vernachlässigt. Hier versagen allerdings die „christlichen“ und gelben Arbeiterzeitungen völlig. Wir haben mit aller Energie den Kampf geführt gegen die unhaltbaren Verhältnisse im Bergbau und die Ursachen aufgedeckt, die zu den Katastrophen auf Ostfeld, Vohbrunn und Minister Adenbach führten und notwendigerweise immer neue Massengräber zur Folge haben müssen. Auch das unerhörte Kesseltreiben gegen pflichttreue und darum unbedeutsame Arbeitervertreter und Sicherheitsmänner haben wir nach Gebühr gebrandmarkt. Verfolgungen aller Art, auch gerichtliche, sind uns darum nicht erspart geblieben. Doch das wird uns nicht abhalten, auch jenseits wie bisher unsere Pflicht zu tun. Wir haben auch in der Berichtszeit versucht, den oft gedrückten Wünschen unserer Kameraden auf Ausgestaltung unserer Presse nach Möglichkeit gerecht zu werden. Wenn uns das nur zum Teil gelungen ist, so liegt das nicht am guten Willen der Redaktion. Auch da setzen uns leider die Verhältnisse Schranken. Die Berichterstattung für die einzelnen Reviere mußte noch besser ausgebaut und damit das Interesse für die Presse gesteigert werden.

An den Bericht knüpfte sich eine Debatte, in der Delegierte Vorschläge für die Ausgestaltung des Verbandsorgans machten. Helfer-Reichstein wünschte, daß die „Vergarbeiter-Zeitung“ in zwei Ausgaben (außer der polnischen) erscheinen soll. Zu diesem Zweck soll das Hauptblatt derartig umgestaltet werden, daß es ein in sich abgeschlossenes Blatt bildet. Das zweite Blatt soll zu einer Beilage umgewandelt und für die Bezirke, in denen der „christliche“ Gewerkschaft nicht dominiert, mehr den lokalen Verhältnissen Rechnung tragen.

Kuhlmann-Dahlhausen verlangt, daß für die Aufklärung der Massen mehr getan wird. Er begründet einen Antrag, alle 14 Tage oder auch monatlich eine vierseitige Beilage in handlicher Größe (etwa 25 x 30 Zentimeter) der „Vergarbeiter-Zeitung“ beizufügen, welche nur ausschließlich Berichte und Abhandlungen auf dem Gebiete der einschlägigen Gesetzgebung, des Berggewerbebezugs und des Knappschaftswesens bringt.

Der Vertreter der Generalkommission, Umbreit-Berlin, weist darauf hin, daß eine ganze Anzahl Belegungsstellen bestehen. Unterrichtsbesuche usw. Die Arbeiterzeitschriften des „Korrespondenzblatts“ würde den Wünschen der Dahlhäuser Kameraden sicherlich entsprechen. Es dürfte daher nicht notwendig sein, eine neue Beilage für die „Vergarbeiter-Zeitung“ zu schaffen.

Brandt-Altenstein will, daß der Verbandsrat sofort abgeschafft wird. Dadurch würde Platz für Artikel geschaffen.

Die weitere Debatte wurde auf Mittwoch vertagt.

Sechster Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, den 28. April 1913.

Die Debatte über den Vorstandsbericht war ausgezehnt und gründlich, sie wurde von dem Delegierten Köhler-Hamburg eröffnet, der die Gründung der Produktivgenossenschaft in Hamburg zu erklären versucht. Lecham-Hamburg bemängelte die Herausgabe des gedruckten Geschäftsberichts in vorliegender Form. Die Haltung des Vorstandes zur Gründung der Hamburger Produktivgenossenschaft hält er ebenfalls nicht für recht. Auch hält er es für bedenklich, daß die Verschmelzung zu einem allgemeinen Nahrungsmittelverband nach Aussage des Vorstehenden in so weite Ferne gerückt sei. Riedl-München betont die Notwendigkeit der Staffeln der Beiträge, da es beispielsweise in Nordbayern in den kleinen Orten nach Wochenlöhne von 3, 4 und 5 M. gibt, diese Kollegen können keinen Beitrag von 50 Pf. bezahlen. Im weiteren meint er, daß durch Gründung von Produktivgenossenschaften mancher ältere oder alte Kollege Lohn und Brot finden kann. — Selz-Hannover glaubt, daß man die Fluktuation der Mitglieder dadurch hemmen kann, daß die Gewerkschaftskarte der einzelnen Orte sich der Sache mehr annehmen. Des weiteren schildert er die christliche Organisation der Nahrungsmittelbranche Rheinlands und Westfalens, die der Ausbreitung des Zentralverbandes viel Schwierigkeiten in den Weg legt. — Gaier-Köln will, daß der Hauptvorstand die Arbeitsvermittlung in den Konsumvereinen besser organisiert. In der Kölner Genossenschaftskassiererei seien in dieser Beziehung sehr schlechte Erfahrungen gemacht worden. — Schäfer-Berlin gibt wertvolle Richtigungen, wie man das Organ so gestalten kann, daß es wirklich zur Bildung fleischerwerbender Arbeiter dient. — Jule-Dresden plädiert ebenfalls dafür, daß im „Fleischer“ Artikel volkswirtschaftlicher Art gebracht werden. Bergmann-Berlin verweist betreffs Gründung von Produktivgenossenschaften auf einen früheren ablehnenden Verbandsratsbeschluss. Daß die Gründung eines allgemeinen Nahrungsmittelverbandes noch in weiter Ferne liege, begrüßt er lebhaft. — Sonjon-Hamburg sieht betreffs der Hamburger Gründung der Produktivgenossenschaft auf Seite des Vorstandes. Durch die Gründung einer Privatschlächtereier würde der Lohnkampf gefährdet. Es mache übrigens keinen guten Eindruck, wenn der Leiter einer Gewerkschaft eine Privatschlächtereier unterstützt. Zudem haben wir die „Produktion“ in Hamburg, die gegen 200 Metzger beschäftigt, der man dadurch Konkurrenz macht. Die Debatte wurde durch Schlußantrag beendet.

Nach den Schlussworten des Referenten wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Das Fachorgan soll allwöchentlich achteifig erscheinen. In Zukunft soll den Ortsverbänden ein gebundener Jahrgang „Der Fleischer“ kostenlos vom Vorstand geliefert werden. — Im weiteren wird der Vorstand beauftragt, eine praktische Organisation unter der Begehrten zu betreiben. Ferner bringt der Verbandsrat zum Ausdruck, daß die Errichtung von Produktivfleischereien vornehmlich Aufgabe der Konsumgenossenschaften sein muß und schließt sich demzufolge den am 8. Gewerkschaftskongress in Dresden 1911 gefaßten und in der Resolution 6 des Gewerkschaftskongresses festgelegten Beschlüssen an. Dann wurde dem Vorstand einstimmig Entlohnung erteilt.

Ueber das **Gegenseitigkeitsverhältnis mit den ausländischen Bruderverorganisationen**

referierte Krause-Berlin. Er teilt mit, daß am Montag eine Verständigung mit den Kollegen aus dem Auslande stattgefunden habe. Das Resultat dieser Besprechung ist Gründung einer internationalen Zentralstelle mit dem Sitz in Berlin. Auswechslung der Reiseunterstützung. Ferner haben die angeschlossenen Länder die Verpflichtung übernommen, mit allen Mitteln auch die unorganisierten Kollegen aus den bestreikten Ländern fern zu halten. Beschlossen wurde weiter, daß anlässlich des Sozialistenkongresses in Wien eine internationale Konferenz stattfinden soll.

Fiedler-Kiel regte noch an, die Reiselegitimation ebenfalls gleichmäßig einzuführen. — Jule-Dresden rät der österreichischen Bruderverorganisation, sich um die separatistische Bewegung zu kümmern und speziell in Reichenberg zu versuchen, die Organisation zu sich herüberzuführen. Die geschaffenen Bestimmungen fanden die Zustimmung des Verbandsrates.

Vorsitzender Hensel referierte sodann über die

Tariffbewegung in den Genossenschaftsfleischerereien. Es gibt zurzeit 21 Konsumfleischereien, davon ist die Fleischerei der Produktion in Hamburg die größte; sie beschäftigt 288 Personen und hat eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden; in Leipzig waren Ende Februar 215 Personen in 8stündiger Arbeitzeit beschäftigt, in Köln 22, in Altenburg 15, in Gorbach ebenfalls 15 Personen beschäftigt, die übrigen Konsumfleischereien beschäftigten unter 10 Personen. In 11 Konsumfleischereien sind Tarife abgeschlossen, weitere sind in Vorbereitung. Die Errichtung von Konsumfleischereien ist u. a. auch in Berlin, Magdeburg und Dresden geplant. Auch gibt es noch Werkkonsumvereinsfleischereien, so hat z. B. die Firma Krupp eine solche mit circa 130 beschäftigten Personen. Hier sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht glänzend. In den Werkkonsumvereinsfleischereien wird es noch Arbeit erfordern, um die Kollegen zum Anschluß an die Organisation zu gewinnen. Redner warnt die Kollegen, auch nicht übertriebene Forderungen an die Konsumvereine zu stellen, sondern wohl zu erwägen und verhandlungsfähige Forderungen zu erheben. Redner schließt seine Ausführungen mit den Worten, daß gerade die Konsumfleischerei ihre Kräfte der Organisation zur Verfügung stellen müssen, damit die Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Fleischereien einer Neuordnung unterzogen werden. Die Arbeitsnachweisfrage bedarf der größten Beachtung, weil diese manchmal auch von der Konsumverwaltung bei Anstellungen nicht berücksichtigt wird. Hensel gab dann noch einen Ueberblick über die Konflikte, die an einigen Orten zwischen Kollegen und Konsumvereinen entstanden sind und zum Teil unter Mitwirkung des Vorstandes beseitigt wurden.

Es schloß sich hieran eine kurze Debatte, in der im allgemeinen zum Ausdruck kommt, daß die Arbeitsbedingungen in den Genossenschaftsbetrieben vorbildlich sein müssen.

Es wird aus neuer der Beschluß gefaßt, daß in den Genossenschaftsbetrieben in der Regel nur Kollegen vermittelt werden sollen, die mindestens 1 Jahr der Organisation angehören und sich agitatorisch betätigt haben.

In einer Resolution erfuhr der Verbandsrat den kommenden Gewerkschaftskongress, Vereinbarung mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffen, um dem Lehrlingsbücherei innerhalb des Fleischererwerbes, das neuerdings auch in den Konsumvereinen sich einzubürgern droht, energisch entgegen zu treten.

Während des übrigen Tages wird in geschlossener Sitzung der Punkt **Lohn- und Lohnbewegungen**

Jugendbewegung.

Arbeiterjugendbildung in Dresden.

Der Jugendbildungsverein kann auf eine fünfjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Die diesjährige Generalversammlung zeigte wiederum schöne Fortschritte, die zum Teil der Neuorganisation der Zeitung und dem dadurch bewirkten innigen Zusammenarbeiten mit der erwachsenen Arbeiterkraft zu danken sind. Mit wenigen Mitteln sind künstlerische und gesamtdavolle Veranstaltungen gehalten worden, u. a. zwei Sinfoniekonzerte und ein Handwerks-burschenliederabend, die äußerst zahlreich besucht waren. Die Kultur- und Agitationsarbeit wurde planmäßig betrieben. Insgesamt fanden 1500 Veranstaltungen statt, darunter 9 Vortragsabende, 311 Einzelvorträge, 133 literarische Abende, 188 Spielabende, 71 Wanderaufzüge, 112 Lieder- und Gesangsabende, 123 Diskussionsabende, 137 Mitgliederveranstaltungen, 35 Exkursionen, 69 künstlerische Veranstaltungen, 89 Tageswanderungen und 189 Halbtagswanderungen. Die gewaltige Erziehungsarbeit wurde gelohnt durch das Wachsen der Mitgliederzahl: am Anfang des Berichtsjahres 1912, am Schluß 2654, davon sind 809 weibliche Mitglieder. Der monatlich erscheinende „Jugendruf“ in der „Dresdener Volkszeitung“ und die gut ausgestatteten Jugendheime in einzelnen Bezirken kamen der Bewegung gut zufluten. Auch die Gruppe „Rudolphe“ hat sich gut entwickelt, trotz des Fehlens der Behörden, die sie alsbald zu einem politischen Verein klemmen wollten. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 3200 M. Die Einsetzung einer literarischen Kommission, die die Aufgabe hat, die Gruppenprogramme nach künstlerischen und ästhetischen Gesichtspunkten zu prüfen und den Jugendlichen auch sonst mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, hat sich gut bewährt. Ihr ist das gute Gelingen der verschiedenen Feste und besonders der Konfirmandenfeiern zuzuschreiben. Der Jahresbericht bildete in allen Teilen ein sehr erfreuliches Bild der Fortentwicklung des Jugendbildungsvereins.

Gerichts-Zeitung.

Bestohlen und beinahe geküßt.

Ein Akt seltener Diebstahlschick, durch welche der Bestohlene selbst beinahe das Schicksal erlitten hätte, als vermeintlicher Dieb einer Unschuldigen unterzogen zu werden, kam in einer Verhandlung der Strafkammer des Landgerichts II zur Sprache, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Angeklagt wegen schweren Diebstahls im straffschärfenden Rückfalle war der Gelegenheitskellner Paul Krohn. Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte, auf dessen Schuldbildd zahlreiche Einbruchdiebstähle in Charlottenburg und Schöneberg fallen, drang eines Nachmittags in die am Königshof gelegene Wohnung eines Kaufmanns Lehmann ein, nachdem er sich durch Klingeln und Klopfen vorher überzeugt hatte, daß sich anscheinend niemand in der Wohnung befand. Tatsächlich hatte sich Herr L. aber gerade zu einem Mittagschlafchen niedergelegt, so daß er das Klingeln überhörte. Als er munter wurde, sah er sich plötzlich dem Angeklagten gegenüber, der gerade im Begriff war, einen Schrank aufzubrechen. Im nächsten Augenblick begann eine wilde Diebstahlsjagd die Treppe hinunter und die Straßen entlang. Als der Eindringling sah, daß es kein Entkommen mehr gab, drehte er plötzlich in aller Gemütsruhe um, ging auf L. zu und packte ihn an den Armen mit der gleichzeitigen Erklärung an die Umstehenden, daß L. ein Eindringling sei. Da der wirkliche Eindringling gut gekleidet war, der Bestohlene jedoch in seiner Mittagschlafentlohnung war, ergriff das Publikum für den freien Patron Partei und mochte Miene, über den „Eindringling“ herzufallen, bis jemand den Vorschlag machte, daß alle beide zur Polizeiwache gebracht werden müßten. Hier erklärte sich dann der Sachverhalt auf und der Eindringling sah in seiner eigenen Falle.

Das Gericht erkannte gegen Krohn auf 3 1/2 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Richtiger Kartellvertrag gegen Krankenkassen.

Im Oktober 1908 schlossen sieben Zahnärzte in Solingen und Umgebung einen schriftlichen Vertrag auf die Dauer von 10 Jahren, monoch sie sich verpflichteten, den Krankenkassen gegenüber für jede Einzelleistung mindestens die Mindestsätze der amtlichen preussischen Tarife für Zahnärzte zugrunde zu legen und den Kassen auf diese Sätze höchstens 10 Prozent Rabatt zu gewähren. Sie verpflichteten sich ausdrücklich ehrenamtlich zur genauen Befolgung des Abkommens und setzten für jeden Fall der Zuwiderhandlungen eine von dem betreffenden Vertragsgenossen zu zahlende Konventionalstrafe von 50 M. fest. Zwei der Unterzeichner dieses Vertrags, Zahnärzte in Solingen, forderten den Vertrag später an, indem sie geltend machten, das Abkommen sei, ebenso wie von ihnen, so auch von den anderen Vertragsgenossen nicht gehalten worden; jedenfalls verstoße der Vertrag aber wegen der Bindung durch Ehrenwort gegen die guten Sitten.

Das Landgericht Elberfeld erklärte den Vertrag für nichtig. Das Oberlandesgericht in Düsseldorf wies jedoch die Klage ab. Auf die von den Klägern eingelegte Revision hat am Dienstag das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und im Einklang mit dem Urteil des Landgerichts den Vertrag für nichtig erklärt.



Jackett-Anzüge

Neue Moden. □ Neue Stoffe. □ Neue Farben.
Hervorragende Erzeugnisse unserer Kleiderwerke,
Arbeitsteilung nach amerikanischem System.

27.- 30.- 36.- 40.- 45.- 50.- 60.- 70.- 75.-

Cutaway u. Westen

Marengo und schwarz 33.- 36.- 40.-
Modernste Formen . . 45.- 50.- 60.-

Entzückende Knaben-Anzüge == Modernste Jünglings-Anzüge

BaerSohn

Kleiderwerke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art.
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10



Himmelfahrt nur von 8-10 geöffnet.

Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei.

Nächsten Sonntag von 8-10 u. 2-6 geöffnet.

Unserem Freund und Kollegen
Richard Witting
nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit.
W. Sch. I. Sch. V. A. E. R.
Fr. M. K. N. J. Sch. W. Kl.
B. N. Chr. W. P. J. A. B.
J. H. St. N. W. W.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
l. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Montag, den 28. v. Mts.,
verstarb nach längerer Krankheit
unser Mitglied, der Maurer
Wilhelm Freidank
Steinmehler 36a, Bez. 66.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstagnachmittag 3 1/2 Uhr
auf dem Luther-Kirchhof in Lant-
nisch statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege
Wilhelm Freidank
am 28. April im Alter von
49 Jahren an Lungen- und Reht-
topfgeschwulst gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 1. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle der Luther-Gemeinde in
Lantnisch aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
142/8 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 27. April verstarb unser
Parteilgenosse, der Tischler
Wilhelm Preußner
(Wartstr. 30, 16. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes,
Pariendorfer Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
237/2 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stein-
druckerei - Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 28. April verstarb nach
langer, schwerer Krankheit unser
Mitglied
Willi Krüger
im Alter von 23 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Parthei-
kommissar-Kirchhof in Weihenfel-
den, Falkenberger Chaussee, aus statt.
27/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Georg Borchert
(Borghagener Straße 7) im Alter
von 36 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 5. Mai, nachmittags
5 Uhr, von der Halle des städti-
schen Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
82/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Haus-
diener
Karl Brandt
am 23. April im Alter von
65 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
64/13 Die Bezirksverwaltung.

Am Montag, den 28. April,
vormittags 9 1/2 Uhr, verschied nach
langem, schwerem Leiden mein
lieber Mann, guter Vater, unser
Bruder, Schwager, Onkel und
Schwiegerjohn, der Musiker
Karl Böhm
im vollendeten 50. Lebensjahre.
Dies zeigen mit der Bitte um
hille Teilnahme tiefbetruert an
Lina Böhm, geb. Schindhelm,
Bruno Böhm,
Anwaltsstraße Nr. 30.
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 2. Mai, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
städtischen Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 6786

Zentralverband
der Zivilmusiker Deutschlands.
Nachruf.
Am 28. d. Mts. verstarb nach
längerem Leiden unser Kollege
Karl Böhm.
Der Verstorbene war uns ein
heiliger Mitarbeiter und werden
wir ihm ein neues Andenken be-
wahren. 50/6
Der Hauptvorstand.

Zentralverband der Musiker.
(Ortsverwaltung Berlin).
Am 28. April verstarb unser
langjähriger Kollege
Karl Böhm
im 51. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 2. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
50/0 Der Vorstand.

Dankfagung. 6175
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme an der Beerdigung meines
lieben Mannes sowie für die Kranz-
spenden der beiden Bezirke des dritten
Wahlkreises sagt herzlichsten Dank
Elisabeth German geb.
Gehröder.

Am 29. April verstarb mein
lieber Mann, unser guter Vater
und Großvater, der Bodenleger
Wilhelm Kleinvoegel
Lübecker Str. 37, im Alter von
73 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 3. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, in Stahnsdorf
statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden sagen wir allen, insbesondere
dem Gesangsverein der Putzer unserer
herzlichsten Dank.
Elisae Emilie Hübner
nebst Kindern.
82/12

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben und unvergesslichen Frau
Alma Jestram
sage ich hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, ins-
besondere dem Hausklub Osten I
und dem Lotterieverein Osten meinen
herzlichsten Dank. 300R
Otto Jestram nebst Ledstücken.

**Orts-Krankenkasse
der Klempner.**
Am Donnerstag, den 8. Mai 1913,
abends 8 Uhr, findet in der Reuen
Philharmonie, Rappindlerstr. 96/97 eine
**Außerordentliche
Generalversammlung**
der Vertreter der Kassemit-
glieder und Arbeitgeber unserer
Kasse statt. 6765

Patzenhofer
Kottbuser Damm 9.
Empfehle m. gutgepflegten Bier
3 1/2 Zehntel 10 Pf.
W. Kunnemann.
Von Joh. Schulze, Greiz i. V.
kauf. Sie sehr gut und billig neueste
Kleiderstoffe für Damen
und Herren
Resten, Gewicht u. l. Kommission! Für
Verk. Herren, Frauen u. Geschäfte ges.

Bittarme u. Kranke trinken während der Reconvaleszenz
Santa-LUCIA
Stärkung Rotwein
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften
Flasche 150 u. 2 Mk.
Nachahmung bitte zurückweisen

Ohne Anzahlung
Heute an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Versicherung und bequemster Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen,
Portierere, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Steppdecken,
Teppiche, Gardinen, Betten, Krosen, Kinderwagen usw.
in modernster Ausführung. - Ferner
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons.
S. DORN, Weinmeisterstraße 9
Ecke Alte Schönhauser Straße.

Einheitspreis
für Damen und Herren
M. 12⁵⁰

Luxusausführung
für Damen und Herren
M. 16⁵⁰

Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schubges. m. b. H., Berlin
Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

Neu eröffnet:
Unter den Linden 5/6

1. W 8 Friedrichstrasse 182
2. W 8 Unter den Linden 5/6
3. SW Friedrichstrasse 221
4. SW Friedrichstrasse 204
5. N Friedrichstr. 118/119
6. C Königstrasse 47
7. W Potsdamer Strasse 5
8. C Rosenthaler Tor
9. W Tauentzienstrasse 15
10. N Badstrasse 20
11. W Martin-Luther-Strasse 2
12. NO Gr. Frankfurter Str. 102
13. S Oranienstrasse 42
14. NW Turmstrasse 9
15. Charl. Wilmerdorfer Str. 126
16. Steglitz, Schlossstrasse 20
17. Friedenau, Rheinstrasse 1-3
18. Spandau, Breite Strasse 30
19. Potsdam, Nauener Strasse 24
20. Neukölln, Bergstrasse 4.

Kaulsdorf
Städt.- u. Vorortstation.
Neu erschloss. Gelände,
1 Min. v. Bahnh. beginnend
□ Rute von 12 H. an
Kostenfreie Auskunft bei
uns. Vertreter W. Lohmann
in unserm Verkaufsbureau
Kaulsdorf,
Uckermarkstrasse 1.
Berlin NO 43, Neue Königstr. 16
Fernsprecher: Königstadt 6376
Nieschalke & Nitsche

Ortskrankenkasse der Gastwirte
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die außerordentliche General-
versammlung der gewählten
Kassenvertreter findet nicht am
Donnerstag, den 8. Mai 1913,
sondern erst am 27/6
Freitag, den 9. Mai 1913,
nachmittags 3 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **A. Kube,**
Dresdener Str. 98 (Dresdener Casino)
mit der gleichen Tagesordnung statt.
Berlin, den 24. April 1913.
Der Vorstand.
G. Hoppe, D. Schilling,
Vorführer, Schriftführer.

Am 1. Mai
bleibt auch in diesem Jahre mein
Geschäft geschlossen.
Arbeits-Anzüge
Wilhelm Fahr,
Brunnen-
str. 116.

**Tom Billys
Rancher Show**
„Stadtspark“
Schivelbeiner und Behmsir. Gde.
Das Leben und Treiben auf einer
Farm Wildwest-Amerikas
täglich von 4 Uhr an.
6962 Manager Georg Sülmich.

Spezialarzt
f. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinträchtigung jeder
Art, Ehrlich Gata - Kuren im
u. Co. fons.
Laborat. f.
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harn usw.
gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Banoptikum.
Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Sonntag möglich, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Gardinen-
Spezialhaus**
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158.

Wunderbare Neuheiten.
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-
bettdecken etc. in allen Stilart.
Portieren, Möbelstoffe,
Tischdecken.
1 Posten reich-
gestickter **Erbstül-**
Bettdecken mit Volant
(bisher 6 bis 8 M.).
à 335 485
Erbstül-Stores mit Volant
(bisher 6 bis 8 M.).
à 335 475
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko

Zum Landtagswahlkampf.

41,2 Proz. der Bevölkerung unter dem Existenzminimum.

Nach den Ergebnissen der Einkommensteuerveranlagung gab es in Preußen 1911:

39 773 029 Einwohner.

Davon hatten ein steuerpflichtiges Einkommen von über 900 Mark nur

7 191 920 Jenfiten.

Diese machten mit ihren Familienangehörigen insgesamt 23 390 060 Personen oder 58,5 Prozent

der Gesamtbekölerung aus. Von diesen Steuerpflichtigen mußten weiter noch 8 335 741 Jenfiten, mit den Angehörigen zusammen 8 547 233 Personen, auf Grund der §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes von der Steuer befreit werden. Somit waren von der Gesamtbekölerung nur noch

6 551 705 Jenfiten, gleich 16,5 Proz.

einschließlich der Angehörigen

19 842 827 Personen, „ 49,8 „

steuerpflichtig.

Weil sie das steuerpflichtige Einkommen von 900 M. überhaupt nicht erreichten, bleiben 8 251 707 Jenfiten, gleich 20,7 Proz., einschließlich der Angehörigen 16 382 969 Personen, gleich 41,2 Proz. der Gesamtbekölerung steuerfrei!

Was das bedeutet, ist zu ermessen, wenn man bedenkt, daß das durch Pfändungen usw. angreifbare Einkommen — als das dem Schuldner unbedingt zu sichernde Existenzminimum — 1500 M. übersteigen muß!

Fast die Hälfte der Bevölkerung Preußens — 41,2 Proz. — muß demnach mit einem Einkommen vegetieren, das um mindestens 600 M. unter der Grenze des erwähnten Existenzminimums bleibt.

Landtagschluß. — Die Bilanz.

Der preußische Landtag hat am Mittwoch seine Tätigkeit beendet. Fünf Jahre hindurch haben die im Jahre 1908 erwählten „erlauchten, edlen und geehrten Herren“, die sich zu Unrecht den Namen „Volksvertreter“ beilegen, ihres Amtes gewaltet. Nun ziehen sie heim in ihre Wahlkreise, sich ihrer Pflichten zu rühmen, um dann gestützt auf das Vertrauen des Volks aufs neue fünf Jahre hindurch das entrechtete preußische Volk knechten und ausbeuten zu können.

Was der abgelaufenen Legislaturperiode ihr besonderes Gepräge gegeben hat, war der Umstand, daß zum erstenmal ein neues Element, die Sozialdemokratie, im Dreiklassenparlament vertreten war. Zwar hat sich dadurch an der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses so gut wie nichts geändert, die

Konservativ-Reaktionäre Zweidrittelmehrheit

blieb genau so bestehen wie die konservativ-nationalliberale Mehrheit, und die Regierung war nach wie vor in der glücklichen Lage, sich nach Gutdünken bald der einen, bald der anderen Majorität bedienen zu können, der einen zur Verwirklichung ihrer muckerschen, der anderen zur Verwirklichung ihrer schmarzmakerischen Pläne. Aber etwas anderes hat die Anwesenheit des halben Dutzend Sozialdemokraten bewirkt: die Verhandlungen des Junkerparlaments, an denen bis dahin der weitest gehende Teil des Volkes achlos vorübergegangen war, standen plötzlich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Unsere Genossen haben nicht nur die Verhandlungen zu beleben verstanden, sie haben auch durch

ihre unablässige Kritik dazu beigetragen, daß dem deutschen Volke die Augen über die von diesem Preußen aus drohenden Gefahren geöffnet wurden. Dazu kamen die fortwährenden, von der Mehrheit provozierten Zusammenstöße mit den Vertretern des Proletariats, die vollends dazu angetan waren, die allgemeine Aufmerksamkeit nun auch dem Preußenparlament zuzuwenden.

Unter dem Zeichen des

Wahlrechtskampfes

sind die ersten Sozialdemokraten in das preußische Abgeordnetenhaus eingezogen, unter dem Zeichen des Wahlrechtskampfes haben die Beratungen des Landtages die ganzen fünf Jahre hindurch gestanden und unter dem Zeichen des Wahlrechtskampfes werden sich auch die Restwochen vollziehen. Dem immer gewaltiger werdenden und immer schärferen Formen annehmenden Ansturm des Klassenbewußtseins des Proletariats wehrend, nicht dem eigenen Willen folgend, hatte der König von Preußen im Oktober 1908 eine Reform des Dreiklassenwahlrechts verheißt. Die Wahlrechtsvorlage kam, aber sie bedeutete nicht ein Entgegenkommen gegen die Forderungen des Proletariats, sondern die blutigste Verhöhnung der um ihr höchstes Recht kämpfenden Massen. Die Massen, denen die Regierung Sand in die Augen streuen zu können, die sie einladen zu können glaubte, durchschauten das freibestaltete Spiel, und da sich auch die bürgerlichen Parteien über den Anteil an der Beute nicht einigen konnten, wurde der Regierung ihr Wechselbalg vor die Füße geworfen.

Aber die Regierung irt, wenn sie mit dem preussischen Polizeiminister Herr v. Dallwig wähnt, daß die Massen sich beruhigen werden. Je dreister sich das Ministerium einer wirklichen Reform des Wahlrechts widersetzt, je mehr es dem Befehl der Junker gehorchend das elende Dreiklassenwahlrecht zu verewigen trachtet, desto mehr werden die Scharen der Wähler aufgepeitscht werden und desto lauter wird der Ruf nach einem freien Wahlrecht in Preußen erklingen.

Nicht um seiner selbst willen fordert die Sozialdemokratie ein freies Wahlrecht in Preußen, sondern als Mittel zum Zweck, um endlich auch einmal in dem führenden deutschen Bundesstaate freirechtliche Zustände herbeizuführen.

Reaktion auf allen Gebieten!

In diese vier Worte läßt sich die innerpolitische Situation in Preußen zusammenfassen. Reaktion in der Gesetzgebung, Reaktion in der Verwaltung, und daneben eine unheilvolle junkerliche Schmarzmakerie, die einer Desperadopolitik vertieft ähnlich sieht. Zwei Gründe sind es, aus denen die herrschenden Klassen Preußens an dem Dreiklassenwahlrecht unentwegt festhalten. Einmal betrachten sie es, wie erst kürzlich der Minister des Innern unter dem Jubelgehör der Rechten im Abgeordnetenhaus nachdrücklich hervorzuheben hat, als billig, daß angesichts des gleichen Wahlrechts im Reich in den der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Fragen, insbesondere in Angelegenheiten der Kirchen und Schulen, dem Unterrichtswesen, den direkten Steuern und der inneren Verwaltung, „ein der wirtschaftlichen und kulturellen Gliederung der Bevölkerung mehr entsprechendes abgestuftes Wahlrecht vorgesehen ist“. Zweitens aber erachten sie das Geldsozialwahlrecht als ein zwingendes Gebot politischer Notwendigkeit, weil Preußen als der führende Bundesstaat im Reich in erster Reihe die Verantwortung für die Geschicke des Reiches trägt und darum verpflichtet ist, dasjenige Maß von innerer Festigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen innere und äußere Gefahren sich zu wahren, deren auch das Reich für seinen Fortbestand, für seine Machtstellung nach außen und für seine geistliche innere Entwicklung auf die Dauer gar nicht entzaten kann.“

Dieser letzte Grund dürfte ausschlaggebend sein. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahlen zum

Deutschen Reichstage ist den Junkern und Junkerlogen ein Dorn im Auge, sie sehen ihren Einfluß mehr und mehr schwinden, ihre künstlich errichtete Macht in Preußen soll ein Ersatz für ihre Machteinbuße im Reichstage sein. Von Preußen aus soll das Reich regiert werden, mit Hilfe der preussischen Stimmen im Bundesrat wollen die Gewalttäter Preußens die Reichsgesetzgebung beeinflussen und ihr den Stempel ihrer reaktionären Bestimmung aufdrücken.

So wird zweierlei erreicht. Nicht nur, daß die preussische Gesetzgebung nach wie vor eine Gesetzgebung gegen das Volk bleibt, wird auch im Reich jeder Fortschritt verhindert.

Wie aber sieht es in Preußen selbst aus? Offizielle und offiziöse Lobredner rühmen die in Preußen erzielten Fortschritte auf allen Gebieten. Mit Stolz bezeichnen sie Preußen als das

Land der Schulen.

Welch blutiger Hohn! Nicht nur, daß die Volksschule mehr und mehr der Kirche ausgeliefert wird, nicht nur, daß man das Hauptgewicht auf die Heranziehung eines „Königstretens“ und „gottesfürchtigen“ Geschlechts anstatt auf die Befähigung der Jugend legt, demaleinst den Kampf ums Dasein zu bestehen, auch sonst lassen die Volksschulen noch sehr viel zu wünschen übrig. Noch immer ist trotz der gegenteiligen Behauptungen der Regierung der Lehrermangel nicht überwunden, noch immer begegnen wir zahlreichen sogenannten Halbtagsschulen, ja sogar Dreiertagsschulen, noch immer besteht das Unwesen der Mißbenutzung, noch immer werden Kinder im schulpflichtigen Alter zu landwirtschaftlichen Arbeiten mißbraucht, noch immer stoßen wir auf Schulgebäude, die jeder Kritik spotten. Vollends im argen liegt das

Fortbildungsschulwesen.

Hat es doch die konservativ-Reaktionäre Mehrheit zu verhindern verstanden, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes trotz seiner Ungültigkeit Gesetzeskraft erlangt hat! Und auch die höheren Schulen, namentlich die Universitäten, werden mehr und mehr ihres Charakters als reine Bildungsanstalten entkleidet, auch sie werden mehr und mehr in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Von einer Freiheit der wissenschaftlichen Forschung ist in Preußen keine Rede.

Die

direkten Steuern

deren Gestaltung der Landesgesetzgebung vorbehalten ist und die einstmals eines gewissen sozialen Charakters nicht entbehrten, sind dieses Charakters längst entkleidet. Der oberste Grundhieb steuerlicher Gerechtigkeit, die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, ist über den Haufen gerannt, Arbeiter werden verhältnismäßig weit höher zur Steuer herangezogen als die Besitzenden, die es verstanden haben, Lücken im Gesetz offen zu halten, durch die sie hindurchschlüpfen und sich einer gerechten Besteuerung entziehen können. Das steuerfreie Existenzminimum ist trotz des gefunkten Geldwertes nicht erhöht worden, die Grenze ist heute sogar niedriger, als die Regierung selbst vor 20 Jahren als angemessen bezeichnet hatte!

Völlige Stagnation herrscht auf dem Gebiete der inneren Verwaltung. Die zur

Reform der inneren Verwaltung

berufene Immediatkommission gibt sich, nach dem, was bisher in die Öffentlichkeit gedrungen ist, zu urteilen, mit Kleinigkeiten ab, aber sie legt nicht die Hand an die Wurzel. Die Macht der Landräte bleibt unangefastet, vielleicht wird sie sogar noch erweitert; die mehr als 100 Jahre alten schmählichen Gesindeordnungen sollen vereinfacht werden, an eine freirechtliche Gestaltung der veralteten Städte- und Gemeindeverfassungsgesetze ist nicht zu denken; die Polizeigewalt, die die Staatsbürger wie unmündige Kinder behandelt, wird nicht eingeschränkt.

Kaum ein Gesetz, das einen großzügigen Charakter aufweist, ist in den letzten fünf Jahren verabschiedet worden, und den kleinen Fortschritten, wie sie vielleicht als einziges das Feuerbestattungs-

Kleines feuilleton.

Moderner Glaube.

Die Wahrheit ist ein Reichtum, den wir um so schwerer einzuschmecken vermögen, je älter wir werden. In der Jugend meinen wir, es gälte bloß die Hand danach auszustrecken: der Väter Glaube und der Wissenstram unserer Schulen versorgt uns mit diesem Gut, und sicher, fest, unerschütterlich steht es uns da. Allein von dem Tage an, wo wir nachzudenken beginnen — nicht mehr auf Grund unantastbarer Pädagogik, sondern auf Grund der wirklich vorhandenen Realität — kommen uns allmählich Zweifel, und die Leuchten des Lebens verdrängen eine nach der anderen die abgestorbenen Leuchten.

Freilich gibt es Menschen, die mit voller Absicht sich zurück in die Welt der Kindheit flüchten und sich darauf versteifen, unbrauchbar gemordene Rechten für noch gut und zweckdienlich auszugeben. Bei den Ehrlichen aber und den Temperamentvollen verfangen die alten Ausfunksmittel nicht, und mühen sie bis zum Tode darob in Nöten zu schweben, sie wollen doch ihren Kreuz nur nach der e c c l e n Leuchte steuern, mag deren Helligkeit auch noch so unvollkommen sein.

Bei solchen Spekulationen leidet die Wahrheit immer mehr Einbuße an ihrer hohen Bewertung. Wir sind froh, daß wir einen Begriff mit ihr verbinden können, wir bestehen uns mühsam zu der Ansicht, daß ein gewöhnliches Menschenleben nicht dazu hinreicht, ihre Gesetze zu bestimmen. Welche Generation nimmt übrigens wie eine unumstößliche Regel das hin, was ihrer Vorgängerin als für alle Zeit festgelegt und gesichert gegolten hat? Das einzige, was die Folge der Generationen hindurch bestehen bleibt, ist die Anspannung, der Kampf und die Arbeit. Ideen, Glaubensartikel, Ueberzeugungen sind dem Wehsel unterworfen, aber das Streben nach den zahllosen Zielen der Menschheit ist ihm nicht unterworfen. Die Arbeit wird uns erzählt, sei eine Strafe des Himmels. Nur die Religion behauptet das. Ohne Arbeit wäre keinerlei Optimismus möglich. Verzweiflung wäre die Frucht der Langeweile, der Eintönigkeit und des Nichtiganganges. Alles Streben ist mit Hoffnung gekoppelt, alles Wagen ist reich an Kiegeln, alles Schicksal vermag ein Wunder mit Menschenhand heranzubringen. In der Arbeit ruht unser moderner Glaube. Sie fällt allein den Platz der drei christlichen Kardinaltugenden aus. Das gilt es denen, die da kommen, zuzurufen.

Emile Verhaeren.

Erich Schmidt, die wichtige Persönlichkeit im Reich bürgerlicher Literaturgeschichte in Deutschland, seit einem Vierteljahrhundert Lehrer an der Berliner Universität und mit allen Ehren deutscher Professoren seiner Stellung beladen, ist gestern als ein fast Sechzigjähriger aus dem Leben geschieden. Die neue Epoche

der Goetheforschung, mit der die Gründung der Goethe-Gesellschaft und des Goethe-Archivs zu Weimar zusammenhing, brachte seinen Namen zuerst in den Vordergrund. An Lessing, Kleist und Uhland setzte er den Hauptteil seiner Lebensarbeit. Als Lehrer erblie er den Einfluß, den einst der frühgestorbene Wilhelm Scherer auf den germanistisch-philologischen Nachwuchs ausgeübt hat. Das Arbeitsprogramm materialistisch schärfender und präziser Geschichtsforschung setzte ihm. Das stempelt ihn trotz seiner Rolle und Unermüdlichkeit in der Literaturarbeit von heute zu einer Größe von gestern, die das Abfliehende auf ihrem Felde nicht geseit hat.

Die Geschichte vom Scharpiebausch. Eine Sanitätswache in einer Hafenstadt der Bretagne — so erzählt der „Matin“ — hatte einen alten, feuchten, abgemyten und nicht mehr zu gebrauchenden Scharpiebausch zur Hemmung von Blutungen. Eines Tages beantragte der Leiter der Sanitätswache auf dem üblichen Instanzenwege die Ersetzung des alten Scharpiebauschs durch einen neuen. Nachdem der ... Minister lange über den schwierigen Fall nachgedacht hatte, ließ er anfragen, ob der alte Scharpiebausch wirklich nicht mehr benutzt werden könne. Zwei Augen mußten auf drei verschiedenen Seiten beschleunigen, daß mit dem Sauch nichts mehr anzufangen sei. Auf demselben Instanzenwege gab dann der Minister der Sanitätswache die Erlaubnis, einen neuen Sauch zu kaufen, unter der Bedingung jedoch, daß ihm die Rechnung in drei Exemplaren eingeschickt würde. Man sollte nur meinen, daß die schöne Geschichte hier zu Ende wäre. Weit gefehlt! Man mußte doch jetzt erst bestimmen, was mit dem alten Scharpiebausch zu geschehen habe. Begreifen konnte man ihn nicht, denn mit Staatsgeldern darf man nicht so leichtfertig leichtfertig umgehen. Der Leiter der Sanitätswache hat daher — immer auf dem Instanzenwege — den Minister um die Erlaubnis, den Scharpiebausch der Hafenverwaltung schenken zu dürfen, damit er mit anderen Sachen zum Besten des armen Fischerdorfes verkauft würde. Nach reiflicher Ueberlegung erklärte der Minister, daß er gegen die großzügige Schenkung nichts einzuwenden habe. Da entstand plötzlich eine neue ungeheure Schwierigkeit: die Hafenverwaltung verweigerte die Annahme des Geschenks, da der Verkaufspreis nicht die (durch Eintragungen usw. entstehenden) Kosten der Annahme des alten Scharpiebauschs decken würde. Diese Uebersehllichkeit der Hafenverwaltung mußte wieder in drei Exemplaren dem Minister gemeldet werden; die beiden Chefs der Sanitätswache, die den Bericht an den Minister unterzeichnen mußten, erlaubten sich gleichzeitig anzufragen, ob sie vielleicht unter solchen Umständen den alten Scharpiebausch selber verbrennen dürften. Dagegen empfand sich aber der Sparminister des Ministers. Sollte man wirklich den Scharpiebausch nicht zu Geld machen können? Es wurden zwei Sachverständige ernannt, aber beide erklärten nach gewissenhafter Prüfung des Scharpiebauschs unter ihrem Eide, daß der Sauch tatsächlich nicht mehr zu verwenden sei. Der Minister gestattete nun (wahrscheinlich schwer seufzend) die Vernichtung des unglücklichen feuchten Scharpiebauschs, unter der Bedingung jedoch, daß ihm in drei Exemplaren ein amtliches Protokoll über das unglückliche Ende des Sauchs zugehändelt würde. Und also geschah es! Und es wäre nur noch zu bemerken, daß der Verkaufspreis des neuen Scharpiebauschs 1 Fr. und 50 Cent. betrug. ... Der „Matin“ meint, daß diese schöne Geschichte ein Symbol sei, das

Symbol der ganzen französischen Administration“. Was der Vollständigkeit halber durch die Bemerkung ergänzt sei, daß wir in Deutschland in solchen Artikel leistungsfähig konkurrieren können.

Humor und Satire.

Schieber!

Die Presse bringt Detailsnachrichten, wie sie mit Sturm und Lärm strömen. Derweil schiebt Rill in Café drei Mark in Cassas Portemouat. — Für einen Café und die Krone Albanien ist das gar nicht ohne — Der dornige brüllt und knien schiebt, den nimmt man ernst, der ist beliebt. Muß man bei uns die Schieber suchen? — Die Witze wird dem Dinge finden, für das ihr Mann ins Sterben zog: dem Panzerplattenkatalog ... Ignaz.

Notizen.

— Ein Salon der Zurückgewiesenen 1913 ist von den Künstlern gebildet worden, deren Werke die Sezession ausschloß. Schon am Sonnabend wird die Ausstellung dieser Werke in einem Privathause am Kurfürstendamm eröffnet. — „Der Ghni“ im Lessing-Theater. Zu Anfang der nächsten Winterpielzeit wird das Lessing-Theater 1913 „Der Ghni“ ungelürzt zur Aufführung bringen. — Theaterchronik. Im Theater des Westens wird in Abänderung des Spielplans am Sonnabend und Sonntag dieser Woche Gysler's Operette „Der Frauenfresser“ gegeben. — In Montis Operetten-Theater beginnt am 1. Mai die Sommerpielzeit, in der die Eintrittspreise ermäßigt sind. — Der Schauspieler Harry Walden tritt in den Verband des Wiener Burgtheaters ein. Er soll einen Teil der Rollen übernehmen, die von Rainz gespielt wurden. — Wichtige Demission eines Hoftheater-Jugendanten. Der Intendant der braunschweigischen Hofbühne, Herr v. Brandenburger-Ludwigsdorff, hat plötzlich sein Amt niedergelegt und ist sofort aus dem Verbande des Hoftheaters geschieden. Ueber die Gründe des Rücktritts wird geschwiegen. — Der Dichter als Theaterdirektor. Der französische Theaterdichter Henry Bernheim wird die Leitung des Theaters der Bouffes-Parisiens übernehmen. Er mußte aber erst die Erlaubnis der Organisation der französischen Dramatiker einholen. Sie wurde ihm erteilt, aber nur unter der Bedingung, daß der Direktor und Autor im Laufe einer Spielzeit nur ein einziges von seinen Stücken zur Aufführung bringen dürfe. — Russische Chronik. Auf der Tonkünstlerversammlung des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, die in Jena abgehalten wird, soll ein neues Männerchorwerk von Max Reger „Königlicher Triumphgefang“ aufgeführt werden. Der Komponist hat es der medizinischen Fakultät der Berliner Universität gewidmet, zum Dank für den Ehrendoktor, den sie ihm zugeteilt hat.

gesetz bedeutet, stehen auf der andern Seite doppelt und dreimal so viel Rückschritte gegenüber.

Auf sozialpolitischem Gebiete

vollends betrachten die gesetzgebenden Körperschaften Preußens nicht den Schutz der Schwachen, sondern den Schutz der Starken als ihre Aufgabe. Nicht Arbeiterschut, sondern Arbeitertum ist die Parole! Die mit jämmerlichen Löhnen abgepeinigten Staatsarbeiter werden der ihnen durch die Verfassung gewährleisteten Rechte beraubt, statt freier Männer mißt man sich Gefinnungsflaven zu züchten.

Wohin wir blicken, feiert die Reaktion ihre Orgien. Das ist gerade die unaussprechliche Konsequenz eines Wahlsystems, das zugeschnitten ist auf die Bedürfnisse der besitzenden Kreise und das durch eine längst überlebte Wahlkreisinteilung der Junkerlaste einen weit über ihre Bedeutung hinausgehenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung verleiht.

Dieses erbärmliche Wahlsystem zu kürzen, ist die vornehmste Aufgabe aller derer, die in der Demokratisierung Preußens das Heil nicht nur für das preußische, sondern für das gesamte deutsche Volk erblicken. Die Befreiung des preußischen Volkes von dem auf ihm lastenden Druck der Junker und Pfaffen ist die Parole, mit der die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zieht, und sie wird alles aufbieten, um dieses Ziel zu erreichen!

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Bericht, der in der Generalversammlung des sächsischen Reichstagswahlkreises (Freiberg-Oberran) gegeben werden konnte, war in allen Teilen sehr erfreulich. Durch eine rührige Hausagitation war es möglich, sieben neue Ortsgruppen zu gründen, so daß deren Zahl jetzt 20 beträgt. Die Mitgliederzahl ist von 1276 auf 1688, also um 412, gestiegen. Mit der Werbung neuer Mitglieder ist auch die innere Festigung durch Vorträge und Diskutierabende in den einzelnen Gruppen, und weiter die Betätigung zur Parteiarbeit erstrebt worden. Drei Flugblätter wurden in einer Auflage von 70 000 verbreitet, außerdem 25 000 Exemplare der Propagandaschrift „Der arme Konrad“ und 20 000 Kalender. 15 öffentliche Versammlungen fanden statt; in acht davon referierte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Wendel. Der „Freiberger Volkszeitung“ ist ein Lokalredakteur gegeben worden. Die Frauenbewegung und trotz der behördlichen Schikanen auch die Jugendbewegung machten gute Fortschritte. Die Einnahmen betragen in den letzten neun Monaten 6586 M., während sie im vorletzten Geschäftsjahre mit vier Quartalen nur 4498 Mark betragen. Damit kommt der Kreis der finanziellen Selbstständigkeit immer näher. Die Schaffung eines Wahlsondars, die in der letzten Generalversammlung abgelehnt worden war, wurde diesmal gegen 14 Stimmen beschlossen. Die Wahl des Vorstandes brachte keine Änderung.

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens wird für den 22. Juni und die beiden folgenden Tage nach Plauen i. V. einberufen. Auf der Tagesordnung steht außer den verschiedenen Berichten, Wahlen usw. ein Referat des Genossen Uhlig über Gemeindevahlrechtsbewegung und ein Referat des Genossen Seeger über Gemeindefreierrecht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Polizeikampf gegen die Raifeier.

Der Polizeipräsident von Braunschweig verbot den geplanten Raifeierzug, weil bei früheren derartigen Veranstaltungen wiederholt Ausschreitungen vorgekommen sind, welche die öffentliche Sicherheit gefährdet haben und deshalb... Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. — Die Polizei hat der organisierten Arbeiterschaft überhaupt noch keinen Umgang gestattet. Es hat daher auch noch nie eine „derartige Veranstaltung“ in Braunschweig stattgefunden, wie sie ein geordneter Umgang sein wird. Die Polizei stützt sich auf Straßendemonstrationen für das Wahlrecht, bei denen erst ihre Säbel- und Gummiknüppelattacken die Dinge gezeitigt haben, die vorgekommen sind.

In Frankfurt a. M. versagte der Polizeipräsident in diesem Jahre sogar die Genehmigung für einen Kundmarsch vom Festplatz bis zur Grenze der inneren Stadt. In der Begründung heißt es u. a.: „Die sozialdemokratische Raifeier ist gegen die bestehende staatliche und wirtschaftliche Ordnung gerichtet; bei der gegenwärtigen tiefgehenden Erregung der Bevölkerung wirkt sie besonders aufreizend und trägt den Charakter einer demonstrativen Provokation gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft. . . . Die Kundgebung bildet durch ihren Umfang und ihren Charakter nach den hier und andertwärts gemachten tatsächlichen Erfahrungen eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit und muß daher verboten werden.“ In Frankfurt a. M. hat noch nie ein Umgang, den die Polizei nicht gestört hat, zu Unzuträglichkeiten geführt.

Das Gewerkschaftsstatut für Bünde und Umgegend (Weffalen) hatte für einen Ausflug die Erlaubnis für Musik beim Landrat des Kreises Herford nachgesucht. Durch die Amtmänner der Kemter Ennigloh und Rodinghausen, durch die sich der Ausflug bewegen sollte, wurde aber beides, Ausflug und Musik, verboten. Bei der ländlichen Bevölkerung, die gut patriotisch und gut kirchlich gesinnt sei, könne der Umgang beunruhigend und erregend wirken, und es könne deshalb zu Reibungen und Ausschreitungen zwischen den Teilnehmern des Tages und den Anhängern der bürgerlichen Parteien kommen, wodurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet würde. So antworteten im Sinne gleichlautend beide Amtmänner.

In dem sächsischen Bergstädtchen Brand bei Freiberg wollten die Genossen am 1. Mai einen Umgang durch die Stadt veranstalten. Der Stadtrat versagte aber die erforderliche Genehmigung und begründete die Ablehnung damit, daß durch den gleichzeitig stattfindenden Jahrmarkt der Verkehr durch die Buden ohnehin schon stark beeinträchtigt werde und daher durch den Umgang Verkehrsstörungen zu befürchten seien. Da aber der Umgang schon am Vormittag stattfinden sollte, der Jahrmarkt aber erst nachmittags beginnt und sich über die Zeit nur durch die Bahnhofstraße nach dem Ortsteil Erbsdorf bewegen sollte, wo sich Jahrmarktsbuden gar nicht befinden, läßt sich deutlich erkennen, daß es dem Brandter Stadtrat bei dem Verbot gar nicht um eine Verkehrsstörung, sondern nur um eine Störung der Raifeier zu tun war.

Ein kommunalpolitischer Prozeß.

wurde vor dem Schöffengericht in Elberfeld verhandelt. Unser dortiges Parteiblatt hatte mitgeteilt, daß die Gasautomatenfabrik der Gebrüder Pipersberg in Lüttringhausen (Rheinland) mehrere Gemeinden dadurch geschädigt habe, daß sie ihre Apparate, die doch alle von gleicher Konstruktion und Qualität seien, zu verschiedenen Preisen verkaufe. Auch die Stadt Elberfeld habe diese Erfahrungen mit der Firma gemacht und deshalb die geschäftlichen Beziehungen abgebrochen. Dadurch fühlte sich der Inhaber der Firma, der selber erstklassiger Stadtverordneter, Beigeordneter und als solcher Stellvertreter des Bürgermeisters in Lüttringhausen ist, beleidigt und verklagte deswegen den verantwortlichen Redakteur unseres Elberfelder Parteiorgans, Genossen Emil Quisau. Die Beweisaufnahme entrollte ein erbärmliches Bild von den Geschäftspraktiken dieser Firma, die nach zahlreichen Gemeinden des ganzen Deutschen Reiches ihre Gasautomaten liefert. Die Sache kam dadurch heraus, daß die Stadt Lennep

(Rheinland) einen neuen Gasdirektor bekam, der vorher in Bonn angestellt war. Dieser konstatierte eines Tages, daß die Firma dieselben Gasmesser, für welche die Stadt Lennep 50 M. pro Stück zahlen mußte, nach Bonn für 37,50 M. geliefert habe. Dann forschte man nach und bekam schließlich heraus, daß die Preise in verschiedenen Orten um bis zu 15 M. pro Stück differierten. So sah sich die Stadt Lennep durch die Firma um 3800 M. geschädigt. Darauf erbot sich die Firma, der Stadt Lennep die Apparate auch für 37,50 M. zu liefern. Die Gemeinde verzichtete aber dankend auf fernere Geschäftsverbindungen. Auch die Stadt Ronsdorf (Rheinland) hatte 300 Gasmesser zu 50 M. pro Stück bezogen. Um die Sache zu vertuschen, erklärte sich die Firma hier bereit, der Gemeinde 2250 M. zurückzuzahlen, wenn Stillschweigen darüber beobachtet würde. In geheimen Stadtkonferenzen wurde davon dann Mitteilung gemacht. Verschiedene Stadtverordnete machten vor Gericht diese Aussagen. Der Wahrheitsbeweis konnte vollkommen erbracht werden. Nur wegen des Ausdrucks „geschädigt“ wurde wegen formeller Beleidigung auf 20 M. Geldstrafe gegen den verantwortlichen Redakteur erkannt.

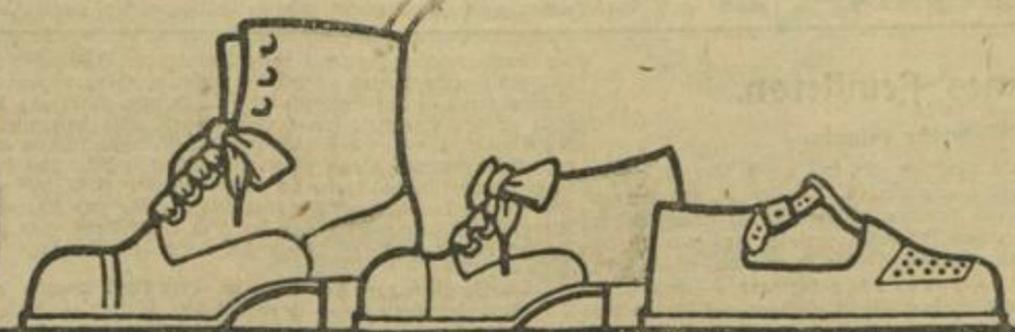
Das Nachspiel einer Schultheißenwahl.

Anlässlich der im Oktober 1912 stattgefundenen Schultheißenwahl in der Gemeinde Dietzberg i. Th. kam es dort zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Gemeindegliedern und dem alten Schultheißen, dem schließlich der Vorwurf gemacht wurde, er, sein Vater und sein Bruder hätten 1896 die Wasserleitungsröhren verstopft, damit dieselbe nicht funktioniere. In einem Artikel des „Gothaer Volksblattes“ wurden die Behauptungen wiederholt und gründliche Untersuchung der Sache gefordert. An Stelle des bisherigen Gemeindevorsethers wurde ein anderer gewählt. Es wurde von den drei Beschuldigten sogleich Strafantrag gestellt gegen den Verbreiter der Beleidigungen und gegen den Redakteur des „Gothaer Volksblattes“. Die Wasserleitung mußte freigelegt und ausführliche Sachverständigenberichte erstattet werden, ob etwas Wahres an den Behauptungen sein könne. In sechsstündiger Verhandlung fand am letzten Dienstag der Prozeß vor dem Landgericht in Gotha seine Erledigung. Die drei Herren, namens Henneberg, Beschmören, daß sie nichts in die Röhren gesteckt, der Wasserleitung keinen Schaden zugefügt haben. Der Hauptangeklagte, Schneidemüller K a a b, hat bewußt unwahre Angaben gemacht; er wird zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Redakteur K a h n wird auf Grund des § 21 des Reichspressgesetzes zu 60 M. Geldstrafe oder 12 Tagen Gefängnis verurteilt. Vom Staatsanwalt waren vier und zwei Monate Gefängnis beantragt worden.

Aus Industrie und Handel.

Die Börse

reagierte gestern auf die Zuspitzung der politischen Situation mit erneuten erheblichen Kursabschwüngen. Verschärfend wirkten noch die Nachrichten über Kursrückgänge an den provinziellen Börsenplätzen und den ausländischen Weltbörsen. Die Aktien der großen Montangesellschaften verloren bis zu 2 Proz., Elektrizitätsaktien 1 1/2 Proz., Bankaktien 1 bis 2 Proz. Auch die Kurse der Staatsanleihen sanken wiederum beträchtlich. Am Kassaindustriemarkt gaben die Aktien verschiedener Maschinenfabriken bis zu 10 Proz. nach. Am Geldmarkt war die Nachfrage lebhaft; für tägliches Geld mußten 6 bis 6 1/2 Proz. gezahlt werden. Der Zinsfuß für Wechsel erfuhr eine Steigerung auf 4 1/2 Proz. und näherte sich damit dem Reichsbankzinsfuß von 5 Proz.



Für Pfingsten

Neue bequeme breite Formen! Eine Wohltat für jedes Kind!
Mädchen- und Knaben-Schnürstiefel:

| | | | | | | | | | |
|--|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--|
| Boxleder, Derbyschnitt, durchgenähte Randsohle | 25-26 | 27-28 | 29-30 | 31-35 | | | | | |
| extra preiswert | 295 | 375 | 425 | | | | | | |
| | 25-26 | 27-28 | 29-30 | 31-33 | 34-35 | 36-39 | | | |
| Braun Chevreau | 475 | 525 | 575 | 625 | 675 | 750 | | | |
| Schnürschuhe | braun Ziegenled. | 25-26 | 27-28 | 29-30 | 31-33 | 34-35 | 36-39 | | |
| | Lackkappe | 300 | 400 | 450 | 500 | 550 | | | |
| SANDALEN | braun | 25-26 | 27-28 | 29-30 | 31-33 | 34-35 | 36-42 | 43-48 | |
| | Rind- | 200 | 230 | 260 | 290 | 320 | 350 | 425 | |
| | leder, genäht, mit Absatz | | | | | | | | |
| | braun | 18-21 | 22-24 | 25-28 | | | | | |
| | Ziegenleder | 145 | 195 | 245 | | | | | |

Schuh-Fabrik Conrad Tack & Cie. Akt.-BURG bei Magdeburg

129 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin und Umgebung:
 S. Spittelmarkt 13 | W. Potsdamer Strasse 50 | NW, Wilschauer Strasse 22 | NW, Bunsenstrasse 29 | N, Müllerstrasse 8 | N, Brunnenstrasse zur 27 | O, Andreasstrasse 30
 O, Borsenthaler Strasse 14 | W, Schillerstrasse 13 | NW, Turmstrasse 41 | N, Friedrichstrasse 127 | N, Reinoldendorfer Str. 22 | N, Danziger Strasse 1 | O, Frankfurter Allee 128
 SO, Oranienstrasse 22 | Neu-Kölln: | Bergstrasse 50-51
 SO, Oranienstrasse 24 | Charlottenburg: | nur Wilmersdorfer 123-125
 SW, Friedrichstr. 240-241
 Potsdam: | Brandenburg Strasse 54



Theater und Vergnügungen



Donnerstag, den 1. Mai 1913.
Anfang 3 Uhr.

Neues Volkstheater. Ernst sein.
Montis Operetten. Der fidele Bauer.

Deutsches Opernhaus. Fidele.
Kleines. Kottshens Geburtstag. — Der Unerschämte. — Der Arzt seiner Ehre.

Trianon. Der selige Toupinel.
Thalia. Polnische Wirtshaft.
Schiller O. Das Konzert.
Schiller-Charlottenburg. König Lear.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater des Westens. Der liebe Augustin.

Anfang 7 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Balläre.
Freitag 7 1/2 Uhr: Der Wildschütz.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Die Journallisten.
Freitag: Die Reuermähten. — Zwischen den Schlachten.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Werden und Vergehen im Weltensinn.
Freitag: Die moderne Biologie als Bildungsmittel.
Kommerzielle. Frühlings Erwachen.
Freitag: Die Einnahme von Bergop-Zoom.
Leistung. Die Ratten.
Freitag: Die Weber.
Königsgrüner Straße. Das Buch einer Frau.
Freitag 7 1/2 Uhr: Macbeth.
Theater des Westens. Wiener Blut.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Montis Operetten. Der Zigeunerprimas.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Deutsches Schauspielhaus. W. Heibelberg.
Freitag: Der König.
Berliner. Filmzauber.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Kleines. Professor Bernhardt.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Deutsches Opernhaus. Kartha.
Freitag: Das Mädchen aus dem goldenen Welten.
Schiller O. Geographie und Liebe.
Freitag: Gyges und sein Ring.
Charlottenburg. Klein Dorrit.
Freitag: Hedda Gabler.
Komödienhaus. Hoherrschastliche Wohnungen.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Anfährten-Oper. 777: 10.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Neues Volkstheater. Die Hege.
Freitag 8 1/2 Uhr: Die Hege.
Metropol. Die Kino-Königin.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Trianon. Madame X.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Westens. Die Frau Präsidentin.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Thalia. Puppen.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Luiten. Jaja.
Freitag: Die ärztlichen Verwandten.
Walhalla. Parole Walhalla!
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Sahne. Arturs Rittermochen.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Kollendorfsplatz.
Extrazug nach Nizza.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Deutsches Schauspielhaus.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Deutsches Opernhaus.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Neues Volkstheater.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Trianon.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Westens.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Thalia.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Luiten.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Wintergarten.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Sahne.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Neue Freie Volksbühne.
Donnerstag, 1. Mai:
nachm. 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Penthesilea.
Kommerzielles Haus: Erdgeist.

Nachm. 3 Uhr:
Neues Volkstheater: Ernst sein.
Schiller-Theater O.: Das Konzert.
Schiller-Theater Charl.: König Lear.
Theater in der Königsgrüner Straße:
Dundstage.
Metropol-Theater: Leichte Kavallerie.
Flotte Bursche.
Neues Theater: Der fidele Bauer.
Kleines Theater: Kottshens Geburtstag. — Der Arzt seiner Ehre. — Der Unerschämte.
Trianon-Theater: Der selige Toupinel.
Deutsches Opernhaus: Fidele.
Theater des Westens: Der liebe Augustin.

Abends 8 Uhr:
Neues Volkstheater: Die Hege.
Abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volkstheater: Sonnabend: Ernst sein. Freitag: Die Hege.

Schiller-Theater O. Baller-Theater.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgrüner Straße
Heute 8 Uhr: Das Buch einer Frau.
Freitag, 7 1/2 Uhr: Macbeth.

Theater am Kollendorfsplatz
In allen Tagen der Woche 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonnab. 3. 5., nachm. 3 1/2 Uhr: 5. Aufl. der Opernschule d. Sternischen Konters.

Theater des Westens.
8 Uhr („Volkstümliche Presse“):
Wiener Blut.
Sonnab. u. Sonnt.: D. Frauentresser.
Donnerst. u. Sonntag 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Ami Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.
Heute nm. 3 Uhr: Der fidele Bauer.

Residenz-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Alt-Heidelberg.
(Karl Heinz . . . Harry Walden.)
Freitag, 8 Uhr: Der König.
(Harry Walden. Elsa Galatras.)

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Alfred Dedak:
Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Gr. Kollendorfsplatz. 1. 4. 9. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
„Café Größenwahn“
Burleske von Meysel.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Musik. Garde-Füsil-Regiments, Dirigent Oberm. Dippel.
Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 5 Uhr.

Morgen:
Großes Extra-Konzert!
Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.
Oekonom: Robert Bergner.

Täglich
Großes Garten-Konzert.
Anfang der Spiel-Saison
schon Freitag, den 2. Mai.
Anfang: Wochentags 7 Uhr, Sonntag nachmittags 4 Uhr.
Entree: Wochentags 15 Pf., Sonntags 20 Pf.
Saisonkarte pro Person 1 M.

U.T.
Licht-Spiele
Moritzplatz * Hasenheide
— Vom 1. Mai an —

Quo vadis?
Filmdrama aus dem alten Rom.
Szenisches Arrangement von Prof. Ordinsky vom Deutschen Theater.
Keine erhöhten Eintrittspreise.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
4. Festvortrag zum 25jähr. Jubiläum der Urania (28. 4. bis 4. 5.): 8 Uhr: Direktor Prof. Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensinn.“
Freitag, 8 Uhr:
5. Festvortrag zum 25jähr. Jubiläum der Urania (28. 4. bis 4. 5.): Dr. W. Berndt: „Die moderne Biologie als Bildungsmittel für weitere Kreise.“

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute am Himmelfahrtstag:
Eintritt 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonzert

Metropol-Theater.
Heute nachm. 3 Uhr:
Leichte Kavallerie und Flotte Bursche
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Dlonowski.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Mich. Schudy.
Karl Bachmann J. Glampetro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Passage-Panoptikum
Jon Got
der akrobatische Schlafwandler!
Der Mann mit der eisernen Hand!
Aga, die schwebende Jungfrau!
Alles lebend! Alles ohne Extra-Entree!

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 3 Uhr: Der selige Toupinel.

Typographia.
Sonntag, den 4. Mai:
Herrenpartie nach Rüdersdorf-Strausberg.
Rühres siehe „Korrespondent“ vom Sonnabend.

Achtung, Sänger! Donnerstagnachm. 12 Uhr:
Bock-Brauerei.
Nachm. 5 Uhr: Café Gärtner, Bahnhof Bellevue.
Vollständiges Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsdörfer. Def.: Ernst Liebing.
Ab 5 Uhr: Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

Max Kliems Festsäle und Sommertheater
Berlin S 59, Hasenheide 13-15.
Säle von 100 bis 1500 Pers. für Hochzeiten, Festlichkeiten u. Veranlassungen.
Vollständig der Neuzeit entsprechend eingerichtete Räume.
Zum Ausklang gelangt von jetzt ab **Schultheiß-Märzen.**
Täglich Gr. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung auf 2 Bühnen.
Jeden Sonntag: Gr. Ball in allen Sälen.
NB. Gleichzeitig mache ich die werten Vereine darauf aufmerksam, daß noch einige Tage für die Sommer- und Winteraison frei sind, auch bitte ich die Vorstände, die Kontrakte, soweit dieselben noch nicht abgeholt sind, zu regeln.
Vollpartout und Vereins-Freibillette werden jetzt vergeben.
Eröffnung des Sommer-Theaters am 9. Mal. J. V. Adolf Schmidt.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank.
• Sein letzter Wille.
• Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr.

Casino-Theater
Sofortiger Str. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:
Der urkomische Vossenschlager:
Arturs Flitterwochen
u. das glänzende erklaff. Programm.
Sonntagsnachm.: Die Hochstaplerin.
Schluß der Saison: Montag, 6. Mal.

Admiralspalast Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Boigt-Theater.
Badstraße 58.
Morgen Freitag, den 2. Mai:
Abschiedsvorstellung für die Freitag-Abonnenten:
Die Näherin.
Bosse m. Gef. 1. 4. 11. v. Feld u. Jacobson.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

LUNA PARK
Donnerstag (Himmelfahrt):
Doppel-Konzert!
Große Illumination!
Alle Attraktionen neu!
Eintritt 50 Pf.
Saisonkarten 3 Mark.

Leipzig 1913
Internationale Baufach-Ausstellung mit Sonderausstellungen
Welt-Ausstellung
für Bau- und Wohnwesen
Mai bis Ende Oktober
Täglich große Konzerte; Besondere Sehenswürdigkeiten: Leipzig zur Zeit der Völkerschlacht, Sächsisches Dörfchen, 50000 qm großer Erholungspark mit vielen neuen Attraktionen usw.
Eröffnung am Sonnabend, den 3. Mai.

Charlottenburger Festsäle

Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 24.

Heute am 1. Mai: **Großer Ball** in beiden Sälen.

Einige Sonnabende noch frei.

Dampferstation Neu-Sprenger an der Michaelbrücke, gegenüber der Stadtbahn.
Himmelfahrt und Sonntag nachher:
Gr. Dampferextrafahrt u. Woltersdorf Schloß
Abfahrt vormittags 8 1/2 Uhr, Hin- und Rückfahrt 0,75 M. mit Musik.
nachmittags 2 1/2 0,50 Kinder bis
Sonntag vormittags 8 1/2 0,50 Gäste.
nachmittags 2 1/2 0,50
Reeder Fr. Saewert, Amt Moabitplatz 12715, Amt Ortner 149.
Sofort Schloß Woltersdorf frei, nur durch Verstum Januar nicht aufgeführt.

Achtung! Schmöckwitz.

Es gibt nur ein „Gasthaus zur Palme am Seddinsee“, Endpunkt der Grünau-Schmöckwitzer Uferbahn, herrlich an der neuen Zugbrücke und am Walde gelegen. Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. An Wochentagen stelle Partien von mindestens 200 Personen Beteiligung das gesamte Lokal zur Verfügung.
Hermann Peter.

Café Leitmeyer

Petersburger Str. 91, Ecke Frankfurter Allee

Das feinste Konzert-Café des Ostens

Täglich: **Erstklassiges Künstler-Konzert**

Lotterie

Ziehung schon 8. Mal 1913 in Kiel.
Schleswig-Holsteinische Pferde-
3261 Gewinne im Gesamtwert von Mark
80000
speziell 49 Pferde und 4 Equipagen Mark =
63500
3216 vollwertige Silbergewinne Mark =
16500
I. Hauptgewinn: ein eleganter Vierplänzer Mark =
10000
11 Lose 10 Mk.
11 Lose 5 Mk.
aus verschiedenen Taxen
Porto und Liste 20 Pfg. extra empfiehlt und versendet
Gust. Pfordte, Essen-Ruhr
Osterr. Debit
sowie in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

BERLIN N

Sie kaufen **Möbel** am vorteilhaftesten

120 Brunnenstrasse 120

Otto Piehl

120 Brunnenstr. 120
das bedeutendste Möbelmagazin Berlin N.

Kompl. Einrichtungen . . . von 230 M. an
Moderne Schlafzimmer . . . von 210 M. an
Komplette Küchen schon . . von 48 M. an
Gut gearbeitete Garnituren von 140 M. an
Moderne, solide Sofas . . . von 52 M. an
Bettstellen mit Matratze . . von 28 M. an
Waschtische mit Marmor . . von 28 M. an
Ausziehtische von 15 M. an

Am Lager zirkla 100 Musterzimmer!
Brautleuten Sonderofferte
Fahrrad nach dem neuen Lager I Etage.

Möbel
zu obigen sehr billigen Preisen auch auf Teilzahlung
Otto Piehl

Wo? ist der herrlichste Naturgarten an der Nordbahn?
Nur im Gasthaus **Kurfürstinbrunnen**, Borgsdorf 5. Birkenwerder bei **M. Meißner**.

A. Hoffmanns Verlag

Berlin W. 27, Blumenstr. 22, I.

Am 1. Mai geschlossen.

Vom 2. Mai bis 30. September geöffnet von 12-2.

Von **1** Mark an
liefern **1** elegante fertige
Herren-Garderobe
Anfertigung nach Mass mit Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 37'**
II. Geschäft: **Turmstrasse 18'** Kein Laden.
III. Geschäft: **Kottbuser Str. 14** Nur 2. Etage

Der gutsitzende Anzug

macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatsgarderobe, Anzüge, Ulster, Paletots, Beinkleider, getragen, teils von ersten Schneidern aus feinsten Maßstoffen angefertigt (auch auf Seide) für (jede Figur (auch den stärksten Herrn) passend am Lager. Anschaffungswert bis M. 120.— zu folgenden billigen Preisen:
Jackett-Anzüge M. 9.— 12.— 16.— 20.— etc. bis zu d. teuersten
Rock-Anzüge . 12.— 16.— 20.— 24.—
Gehrock-Anzüge . 18.— 22.— 27.— 32.—
Herren-Ulster . 10.— 16.— 18.— 22.—
Sommer-Paletots . 6.— 8.— 12.— 14.—
Hosen . 2.— 3.— . 6.—
Jünglings-Anzüge . 7.— 10.— 14.— 18.—

Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verliehen.
Garderobenhaus
Gr. Frankfurter Straße 116
an der Andreasstraße.



Sie finden bei mir ca. 5000 Damen u. Herren

Konfektions-Pleco, als wie eleganteste Phantasie- und Schneider-Kostüme
Bast, Frotté- u. Taffet Kostüme, hochaparte Voile, Stickerel- u. Musseline-Kleider
Backfisch-Kleider, Backfisch-Kostüme, Backfisch-Mäntel, Backfisch-Blusen
Staub- u. Frauen-Mäntel in Popeline, Alpaka, Voile u. Seide, Kimonos in Tuch u. Seide
Röcke, schicke Fassons, in einfarbigen u. gestreiften Wollstoffen, Voile, Seide u. Leinen
Blusen, entzückende Neuheiten, in Spachtel, Tüll, Voile, Stickerel, Batist- u. Frotté

HERREN Anzüge, Paletots, Ulster in den neuesten Farben u. Fassons
Hosen, Westen, Lüsler-Joppen in jeder gewünschten Größe,
Jünglings- und Knaben-Bekleidung.

Korb-Möbel für Balkon u. Dielen **Anzahlung nach Uebereinkunft!** **GRATIS** U. T. - Billette

Straussenfedern, Damenhüte, Stangenreier
Kompl. Wäsche-Ausstattungen, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre
Schuhwaren schwarz und farbig **Panamahüte** in jeder beliebigen Preislage

KREDIT-FEDER

Filiale Osten: **Frankfurter Allee 89** Zentrale Norden: **Brunnenstrasse 1** Filiale Süden: **Kottbuser Damm 103**

Heute von 8-10 Uhr, Sonntag von 8-10 und von 2-5 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dießler, Neufuß. Für den Inseratenteil verantw.: E. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Bliesdorf
Station der Stadtbahn
Rate 20 Mk. an
Neu-Sadowa
Stat. Sadowa, a.d. Strasse n. Bliesdorf
Rate 15 Mk. an
Auskunft bei unserem Vertreter
Neugebauer, Bliesdorf, Karl-
strasse, No. 39, Neu-Sadowa:
Restaurant „Waldfrieden“.
Nieschalke & Nitsche
Berlin NO 43, Neue Königstr. 16
Fernspr. Amt Königst. 6076.

Neu erschlossen. Die wasser- u. waldreiche Landhaus-Siedelung
Neue Mühle
15 Min. vom Bahn. Königs-Wusterhausen ist
unstreitig die schönste und zukunftsreichste
im Berliner Vorortbereich. Auskünfte, Pläne,
und Prospekte durch den Generalvertreter **Wittich,**
Neue Mühle.
R. von 15 M. an mit Wassergerechtem.
Auskunftsbureau nur an der Schleuse Neue Mühle.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Heute geschlossen

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Aus Budapest erhalten wir die Nachricht, daß von einer dortigen Firma versucht wird, deutsche Metallarbeiter nach Budapest zu bekommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Maler.

Am Dienstag war der große Saal der „Neuen Welt“ wieder von einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler gefüllt. Der Bericht, den Riez über den Stand des Lohnkampfes gab, ließ erkennen, daß wesentliche Änderungen nicht eingetreten sind.

Die Versammlung beschloß sich außerdem mit dem bevorstehenden Verbandstage. Auch bei diesem Punkt der Tagesordnung spielte die Lohnbewegung eine gewisse Rolle.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Zum Streit im „Hade-peter“, Münzstr. 20, Joh. Martin, ist ergänzend mitzuteilen, daß sich unter den Arbeitswilligen auch der Salzwirt Heinrich Starke, Jannauellstr. 13, Fernspr. Nst. 1264, befindet.

Erledigt sind die Differenzen mit dem Inhaber des „Hade-peter“, Grüner Weg Ecke Andreasstraße, Herrn Doppel. Es kam hier ein Vertrag zwischen der Organisation und Herrn D. zustande, nach welchem die Forderungen des Verbandes anerkannt wurden.

Tarifliche Vereinbarungen wurden ferner mit der Firma Engelmann u. Comp., G. m. b. H., Inhaberin der Hade-peterbetriebe Schöneberg, Hauptstr. 130, und Berlin Reindendorfer Str. 14, abgeschlossen.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I. Deutsches Reich.

Streikbrecherkrawalle in Solingen-Wald.

Seit dem 4. Februar streifen die Arbeiter in der Vieherei Gebr. Rautenbach in Wald bei Solingen. Von den 120 streikenden Formern und Viehereiarbeitern sind 100 bereits anderwärts untergebracht, nur noch 20 befinden sich am Platze.

Natürlich berichtet die bürgerliche Presse, daß die Krawalle von Streikenden provoziert worden seien.

Der Verlauf wird uns wie folgt dargestellt: Sonntagmittag gegen 12 Uhr machte eine Anzahl Streikbrecher einen Spaziergang, welche jedoch nach ganz kurzer Zeit wieder in den Betrieb zurück.

fürer in den Betrieb zurückzubringen. Diese leisteten jedoch Widerstand und schlugen nach dem Beamten, so daß dieser gezwungen war, von seiner Waffe Gebrauch zu machen.

Montagabend setzten sich die Tumulte in verstärktem Maße fort. Schon von 7 Uhr ab trieben sich die Streikbrecher auf den Straßen in der Nähe des Betriebes herum.

Nach der Schlacht sah es fürchterlich aus. Viele Fensterscheiben der Nachbarhäuser sind demoliert, darunter auch das Schaufenster einer Bäckerei.

Der Kampf in der Binnenschifffahrt.

In einer Reihe von Versammlungen in den Hauptbasenorten der Elbe, der Oder und der Märkischen Wasserstraßen haben die Maschinisten und Heizer am 27. und 28. April in gut besuchten Versammlungen zu dem Angebot des Unternehmerverbandes Stellung genommen.

Der Arbeitgebewerband für Binnenschifffahrt hat gestern beschlossen, nachstehende Mittelteilungen an die Arbeiterverbände gelangen zu lassen:

- 1. An den Zentralverband der Maschinisten und Heizer: Durch ein von Ihnen neuerdings verteiltes Flugblatt werden die Mitglieder Ihres Verbandes zu neuem Kampfe aufgefordert...

Der Streit in Oberschlesien.

Am Dienstagmorgen haben alle Bergarbeiter im Bergrevier Zabrze sich dem Streik angeschlossen. Es streiken jetzt 80 000. Die Polen geben die Zahl der Streikenden sogar auf über 92 000 Mann an.

Terrorismus gegen Sicherheitsleistung.

Brauermeister Rad in Wdingen veranlaßte die Arbeiter durch Drohung zum Austritt aus der Organisation. Einem Arbeiter, der sich nicht einschließen ließ, kündigte er, stellte ihm jedoch, da er ein tüchtiger Arbeiter war, die Weiterbeschäftigung in Aussicht.

zufallen, wenn der Unterzeichnete seine Versprechungen nicht hält. Wie erfunderisch doch die Unternehmer sind, um ihrem Terror die nötige Wirkung zu geben.

Soziales.

Absolutistische Gelüste.

Es gibt infolge der Hertengelüste von Bürgermeistern in Pommern eine ganze Anzahl kleiner Städtchen, in denen die Stadtverordneten in ewiger Fehde mit ihrem Bürgermeister liegen.

Die Stadtverordneten nahmen darauf einstimmig eine Resolution an, die vom Bürgermeister Genehmigung verlangt. Als Antwort erhielten sie einen Brief, in dem eingangs gesagt wird: „Auf die mir seitens des Bürgerchaftlichen Kollegiums mittels eineszettels übermittelte Resolution... erwidere ich, daß ich meiner... in Gegenwart des gesamten B. R. abgegebenen Erklärung nichts weiter hinzuzufügen habe.“

Die pommerschen Bürgermeister scheinen anzunehmen, daß, wenn eine Kränze der andern kein Auge ausschaut, auch ein Bürgermeister frei von Rektifikation ist — molabene, wenn er stamm konservativ sich gebildet.

Vorsicht bei Kautionen!

Das Erschleichen von Kapitalisten unter dem Deckmantel der gefälschten Kautions in Berlin immer noch ein Gewerbe, dem ständig leider zahlreiche Leute, oft mit ihren gesamten Ersparnissen, zum Opfer fallen.

In der letzten Sitzung der I. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts wurde ein Fall verhandelt, in welchem die Jagd nach der Kautions ausnahmsweise nicht glückte. Verklagt war ein Unternehmer, das sich „Berliner Elektrizitäts-Paul“ nennt, und dessen Inhaber die Kaufleute Abramowski und Geselle sind.

Stellungnahme zu den Verträgen der technischen Aufsichtsbeamten. In die Reichsversicherungsordnung ist seinerzeit durch Kommissionsbeschluß der § 857 eingefügt worden, nach dem der Vorstand der Berufsgenossenschaft alljährlich unter Hinzuziehung der gewählten Arbeitervertreter zu den Verträgen der technischen Aufsichtsbeamten Stellung nehmen und die Maßnahmen anregen soll.

Zur Durchführung dieser Bestimmung hat das Reichs-Versicherungsamt an die Berufsgenossenschaften ein Rundschreiben erlassen, das durchaus nicht genügt.

Jundsch sagt das Amt ganz richtig, daß unter den Verträgen, über die beraten werden soll, die Einzelberichte zu verstehen sind, welche die technischen Beamten den Genossenschaftsvorständen über ihre Tätigkeit erheben müssen.

Die zusammenfassenden Berichte des Genossenschaftsvorstandes geben bei weitem nicht alles wieder, was die einzelnen Berichte der technischen Aufsichtsbeamten enthalten.

Das Reichs-Versicherungsamt sollte dahin wirken, daß überall da, wo nicht etwa die absolute Gewissheit einer völlig genauen und jellenden Wiedergabe der einzelnen Berichte der technischen Auf-

sichtsbeamten vorliegt, diese Einzelberichte den Verhandlungen mit den Arbeitervertretern zugrunde gelegt werden.

Landarbeiterloß.

Zu Lendershagen im Kreise Franzburg wurde kürzlich ein Haus verkauft, in dem der Arbeiter Lornow mit seiner achtköpfigen Familie wohnte. Da der neue Besitzer dessen Wohnung für seine eigenen Bedürfnisse brauchte, wurde dem Lornow gekündigt. Am 1. April mußte er ausziehen, trotzdem es ihm nicht gelungen war, eine andere Wohnung zu finden. Eine schon gemietete Wohnung wurde ihm anscheinend auf Betreiben der Gemeinde wieder entzogen; da sie ihn mit seiner starken Familie nicht den Unterstuhlswohnstätt erlangen lassen will, weil sie befürchtet, daß der Arbeiter bald Armenunterstützung benötigt. Die Familie wurde auf die Straße gesetzt und auf Anordnung des Amtsvorstehers vorläufig in einen Stall untergebracht. Als sich Lornow wegen der Treiberei der Gemeindeverwaltung auf dem Landratsamt beschweren wollte, wurde ihm die höhnische Antwort, er möge sich doch selbst ein Haus bauen. Nun wurde dem Obdachlosen gar noch angedroht, Strafe zu erhalten, wenn er nicht innerhalb acht Tage eine Wohnung besorgt habe. Daß, wenn sie in solchen Fällen ihr späteres Schicksal vor Augen sehen, die jüngeren Landarbeiter Beschäftigung in den Städten suchen, ist sehr verständlich. Trotzdem jammern die Förderer der Landflucht am meisten über dieselbe.

Gerichts-Zeitung.

Schwere Ausschreitungen eines Schuhmanns.

Duisburg, 20. April. Unter der Anlage der Freiheitsberaubung und vorläufiger Körperverletzung im Amte stand der Polizeiergeant Hans Gold, früher in Weiderich, jetzt Schuhmann in Briß bei Berlin vor der Strafkammer. Der Strafverhandlung lag folgender Vorfall zugrunde: Am 11. Juni vorigen Jahres wurde in Weiderich in einem Zelte ein Polensfest veranstaltet. Gegenüber dem Zelte stand Gold auf Posten. Wegen Witternacht wurde der Kolonialwarenhändler Wilh. Leiwon gewaltig aus dem Zelte entfernt, weil er sich fleißig benommen haben sollte. In der Tat war Leiwon verärgert statt eines anderen hinausgeworfen. Angeblich um festzustellen, was Leiwon verbrochen habe, ging der Beamte auf ihn zu und fragte ihn nach seinem Namen.

Gold hielt es, wie er in der Verhandlung erklärte, für richtig, den Leiwon zur Polizeiwache zu bringen, um weitere Ausschreitungen, die bei solchen Festen an der Tagesordnung seien, zu verhindern. Der hinausgeworfene habe aber das Zelt wieder betreten wollen. Weil zu befürchten gewesen sei, daß es in dem Zelte durch die Rückkehr zu einem Tumulte komme, habe er dann den Händler gewaltig zur Wache gebracht. Auf der Wache sei Leiwon in drohender Haltung auf ihn zugekommen. Um einen Angriff abzuwehren, habe er dann den Leiwon mit dessen Spazierstock in die Seite geschlagen. Infolge beleidigender Neußerungen des Verhafteten sei er in große Aufregung geraten und habe den Mann dann mit der Hand in das Gesicht geschlagen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich denn dazu für berechtigt gehalten habe, entgegnete der Angeklagte, die Erwiderung der Beleidigung mit einem Schläge ins Gesicht sei nach seiner Ansicht nicht irrtümlich. Dem hielt der Vorsitzende entgegen, daß das doch eine eigentümliche Anschauung sei, die jedenfalls nicht auf der Polizeiwache beigebracht worden sei.

Wesentlich anders stellte der Richter den Vorfall dar. Er bekundete: Der Beamte habe ihn, als er aus dem Zelte hinausgeworfen wurde, ohne weiteres festgehalten und nicht mehr losgelassen. Auf dem Wege zur Wache habe Gold gesagt: „Wir wollen dich Bärtschchen schon kriegen!“ Im Hausflur der Wache ist Leiwon von hinten anscheinend mit dem Säbel über den Kopf geschlagen worden, so daß er in die Arnie sank. Dann habe ihn der Schuhmann in die Wachtube gestoßen und unbarbarisch auf ihn eingeschlagen. Auf dem Wege von der Wache zum Arrestlokale in der Bügelstraße hat Leiwon dem Beamten gegenüber gedroht, er habe ihn nicht für einen so schlechten Kerl gehalten, er sei wirklich der schönste Junge in Weiderich. Als Antwort habe er von Gold drei Faustschläge ins Gesicht erhalten. Trotz seiner wiederholten Witten sei er nicht nach Hause entlassen worden. Polizeikommissar Limbeck stellte dem Beamten ein gutes Zeugnis aus, jedoch sei er dem Publikum gegenüber zu schneidig gewesen. In Gegenwart des Kommissars war zunächst zwischen dem Angeklagten und Leiwon ein Vergleich zustande gekommen, nach dem der Angeklagte als Sühne einen Geldbetrag an die Armen der Stadt zahlen sollte. Auf Drängen seiner Freunde hielt Leiwon jedoch an diesem Vergleiche nicht fest, sondern erstattete Anzeige. Diese beantwortete Gold mit einer Anzeige wegen Widerstandleistung, Sachbeschädigung, Beleidigung und offensichtlich falscher Anschuldigung. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts wurde der Schuhmann unter Ausschluß mildernder Umstände wegen vorläufiger Körperverletzung und Freiheitsberaubung im Amte zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Abessinier-Brunnen
zum Selbstausstellen für 3 m Tiefe schon v. 12 M. an. Hochpumpen, Garten- und Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Illustrierte Preisliste gratis.
Koblank & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N. Reinickendorfer Str. 95.

„Keglerheim“, am Troptower Park 19, schattiger Garten, 6 Sommer- und Winterterrasse, neu renoviert. Saal, Vereinen best. empf., reichhalt. Speisekarte, gute Biere. **Heinrich Kompf.**

Frans.-engl.-ital.-deutsche Zeitungen t. sprachl. Fortbild. liefert z. Brode gratis C. Völke, Chaur-de-Fonds-31 (Schweiz)

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12, Ecke Schulstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von guten, selbstangefertigten **Frühjahrs-Anzügen und Paletots** für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen unter Garantie guten tadellosen Sitzes von 45 Mark an.
Lieferant der Konsumgenossenschaft E. G. m. b. H. Berlin und Umgebung.
Heute von 8-10 Uhr geöffnet.

Rur seinem hervorragend feinen Geschmack verdankt der **Kapitän-Kautabak** den guten Ruf, den er unstreitig besitzt. Machen Sie einen Versuch mit dem echten Kapitän-Kautabak und Sie werden von seiner Güte überzeugt sein.
Vertaufstellen, wo auch die K. Kautabakdosen gratis verabfolgt werden, weist gern nach:
C. Röcker, Berlin, Grünertweg 119 (Königl. 8861).

Restaurant zum Deutschen Sport
Inb. Alb. Müller, Mahldorf a. Ostbahn, Berliner Str. 68
empfiehlt seine neu renovierten Lokale den Arbeiter-Nachfahrern und Ausflüglern zur gefälligen Benutzung. 4706

Wie man über Kathreiners Malzkaffee urteilt:

„... Ich kauft immer wieder zu Kathreiners Malzkaffee zurück. Im Waden, die fällt noch für mich.“

Auf der Ausstellung „Das Kind“ in den Hallen am Zoo wird richtig zubereiteter Kathreiners Malzkaffee jedem Besucher kostenlos serviert; überzeugen Sie sich von dem vortrefflichen Geschmack!

Die ersten Sommer-Tage
haben natürlich sofort eine starke Nachfrage nach Popeline-Paletots zur Folge gehabt.

Bei enormer Auswahl in Farben und Grössen (auch für starke Damen) können Sie diese ideale Sommerkleidung bei uns schon jetzt zu ganz billigen Preisen haben

C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Jug. Kostüm aus gut. blauem Kammg. m. reiz. Bulgarenkrag. **16.75**

Kostüm reich verschnürt, blau Kammgarn, 1a. Qualität und Verarbeitung **31.00**

Hocheleg. Kostüm aus pa. blau Kammg., Twill, ganz vorzüglich verarb. u. tadellos. Sitz **32.50**

Königstrasse 33 **Chausseestrasse 113**

Am Himmelfahrtstage bleiben unsere Geschäfte geschlossen!

Popeline-Paletot auseries, gute Qualität in vielen schönen Sommerfarben **20.50**

Popeline-Paletot mit schönem imitiert. Spachtelkragen und Soidenpaspel **nur 9.75**

Reiz. Kleid aus vorzüglichem Wasch-Volle mit imit. Mandelk. **21.25**

Vornehme



Bekleidung
fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen
Mass - Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate



Nur:
Rosenthaler Strasse 36
1. Etage,
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse,
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Albessinier-
Pumpen
zum Selbstausstellen für
Gartenbesitzer u. Land-
kolonisten von 8 W. an
Bläsepumpen,
Gartensprizen,
Filter, Röhren,
Schläuche usw. billigst.
Erdböhrer leihweise.
Karl Köchlin & Co.
Berlin SW.,
Mpl. 1076. Alte Jakobstr. 20/22

Keine Fittalen.
1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-
Moden
fertig und nach Maß!
Garantie für tadel-
losen Sitz.
Jonas
Kurzberg
Oranienstr. 160!
Zwischen Moritz- u. Oranienplatz

OR. v. M. 6.— an
Petershausen
Neu erschlossenes Gelände, be-
ginnend ca. 7 Min. v. Bahnh.
Friedrichsdorfer, Strecke Strassberg.
Kostenfreie Auskunft b. u. Ver-
treter Puk's 1. u. Verkaufs-
pavillon a. Bahnh. Friedrichsdorfer.
Mieschalke & Nitsche,
BERLIN, Neue Königstr. 16.
Fabr.-Amt Königstr. 6376.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Umstellung frei.
Ohne Zweifel die beste und wirkfamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Dankkraut.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (SO 41): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-
Apothek, Barnimstr. 23. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Fahrräder! Vorteile, wie sonst nirgends geboten,
finden Sie bei uns.
Unsere neuen Modelle 1913 „Fakir“ und „Limania“-Räder
sind erstklassige, dauerhafte Präzisionsmaschinen.
Es kostet Sie nichts! Sie erhalten bei uns 32 Mark
fertige neue Fahrräder mit Gummi schon v. 32 an.
Besichtigen Sie
ohne Kaufzwang
unser Lager
von
über 3000 Rädern.
Garantie-Fahrräder „Volksliebhaber“, vollständig komplett mit Gummi.
Tourenräder M. 43. Halbrenner M. 47.50. Damenräder M. 54

Bis 50% billiger als gleichwertige Markenräder sind unsere „Fakir“- u. „Limania“-Räder Modell 1913.
Gratis! Umsonst! erhält jeder Käufer eines Fakir- oder Limania-Rades
1 elegante Carbid-Lampe | 1 Garnitur | 1000-Mark-Versicherung gegen Todesfall, Invalidität
1 Glocke | 1 Reserve-Reifen
Alle Fahrrad-Ersatzteile! Alle Fahrrad-Zubehörtteile! zu vollkommen wasser-
festen Katalogpreisen! Wir liefern alles, was wir inserieren.
Keine Lockpreise!
Unser Schräger Laufmangel M. 8.—
15 Monate Garantie Laufmangel M. 8.—
Luftschlauch M. 1.80, 2.—, 2.40, 12 Monate Garantie: 5.50, 5.50, 6.—
Unter Garantie! Frische diesjährige Ware. Keine Gelegenheitskäufe! Keine Partieware. —
Keine Lockpreise! Keine Partieware. —
Keine Gelegenheitskäufe! Keine Partieware. —
Keine Gelegenheitskäufe! Keine Partieware. —
Carbidlaternen! Pedale M. 1.—, Ketten 85 Pf., Sättel, Rucksäcke, Gamaschen.
Eigene Fahrrad-Reparatur-Werksatt für alle Systeme! | Schnelle Ausführung! billige Preise! gewissenhafte Arbeit!
Sie sparen Geld beim Einkauf, wenn Sie bei uns kaufen!
Jetzt! erschienener Prachtkatalog, Fahrradkatalog Saison 1913 auf Verlangen umsonst u. portofrei!
M. Liemann, Berlin, Prenzlauer Strasse 46,
2 Minuten vom Alexanderplatz. — Beste Verbindung überallhin.
10,000 qm Geschäfte in eigenen Häusern. Ständiges Warenlager Wert über 1,000,000 Mark.
Seit 25 Jahren bekannt als reelle und leistungsfähige Bezugsquelle.
Fahrgeldvergütung bei Ein- | Donnerstag (Himmelfahrtstag) geöffnet
käufen von 40 Mark an. | von 8—10 u. 12—2 Uhr.
Sonntag, den 4. Mai, geöffnet
von 8—10 und 12—6 Uhr.

JUNO
2 Pfg.
QUALITÄTS
CIGARETTE
Joseffi

Falkenhagen West
Neuerschlossene Waldjähnde.
□-Rate von 15 Mark an
ab Lehntr. Bahnhof in 30 Min.
Direkt am Bahnhof Seefeld,
ab Charlottenburg (Bahnhof
Jungfernheide) in 20 Minuten.
Fertige Sommerhäuser
von M. 300, 500, 700 auf-
wärts. **Eigenheim** bereits
u. 650 an. Auskunft auf
dem Terrain: Hans-Strasse.
Billigste und schönste Kolonie
westlich Berlin Hochwald-
Villen u. Landbaustellen. monatl. Zins resp. Mietaufwand M. 25.—
Preis M. 10000
monatlicher Mietaufwand M. 25.—
Jagd Gelegenheit in der Nähe **Jagdmitbenutzung**
Kleine Anzahlung. — Lang- | event. auch
jähr. Amortisat., Hypothek | **Mieschalke & Nitsche,** BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 16
(Ami Königstr. 6376). Illust. Prospekt gratis.

Moor- u. Stahibad BUKOWINE
Reg.-Bez. Breslau, direkte Bahnverbindung Linie Ols-Ostrow.
Heilbewährt seit 1796 gegen Rheumatismus, Gicht, Bluterkrankheit,
Nerven- und Frauenleiden. — Natürliche, Moor- u. Stahibäder,
Elektrische- und Kohlensäurebäder, sowie alle anderen mediz.
Zusatzbäder. — Wohlfühler, angenehmer Badesentficht. Neues
modern eingerichtetes Logierhaus. 25 Zimmer. Herrliche aus-
gedehnte Waldungen. — Badekratz: Medizinalrat Dr. Furch,
Dr. Kummer und Dr. Oczegowski. — Prospekte bereitwilligst
durch die Graf-Strachwitz'schen Badegäste. Nitza u. Woltersdorf

GLOGAU
Sonntag von 8—10 u. 2—6 Uhr
geöffnet.

Auf Abzahlung
Möbel Möbel

| | | | |
|----------|----------|-----------|----|
| 1 Zimmer | Mark 138 | Anzahlung | 13 |
| 1 Zimmer | Mark 187 | Anzahlung | 18 |
| 2 Zimmer | Mark 389 | Anzahlung | 35 |
| 2 Zimmer | Mark 537 | Anzahlung | 45 |
| 3 Zimmer | Mark 772 | Anzahlung | 65 |

Komplette
Wohnungseinrichtungen
von Mark 400 bis Mark 5000

Einzelne Möbel
Anzahlung von Mark 3 an

Auf Abzahlung
Moderne
**Jackett-
Anzüge**
In allen Farben
Blusen, Kostüme
Kostümröcke
Anzahlung
5

Die neuesten
Frühjahrs-Herren- u. Damen-
Paletots
saubere Konfektion
Schicke Kleider
Anzahlung
8

JACOB str. 73
Alte Jakobstr. 73
I., II., III., IV. Etage.
Sonntag von 8—10 u. 2—6 Uhr
geöffnet.

Apotheker Kumbler's „Berliner Stahlbrunnen“

seit 27 Jahren von bewährter Heilkraft bei

Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden, Magen-, Darm-, Leber-, Gallenstein-, Nieren- und Blasenleiden, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Lungenkatarrh, Atembeschwerden, Herzleiden, :: Leiden der Wechseljahre, Epilepsie, Schlagader-Verkalkung, Zuckerkrankheit ::

Bequeme Hauskur ohne Diät. — Garantiert unschädlich. — Aerztlich empfohlen.

Einige Erfolg-Bestätigungen,

wie sie uns täglich einlaufen, sämtlich streng wahrheitsgemäß. Originale können eingesehen werden.

Ich erlaube hierdurch, die leeren Flaschen abholen zu lassen, gleichzeitig bemerke ich, daß mir die Kur sehr gute Dienste gegen mein **Rheumatismus** getan hat, sodaß ich mich entschlossen habe, dieselbe jedes Jahr zu wiederholen. Ich gestatte Ihnen, meinen Kurerfolg in Ihren Anzeigen zu veröffentlichen.
Berlin, 16. März 1913.
Emil Umnuss, Poststr. 39, IV.

Verzeihen Sie, daß ich Sie solange auf mein Schreiben warten ließ. Ich wollte sehen, ob sich Rückfälle einstellen würden, was bis jetzt noch nicht der Fall ist, wofür ich herzlich danke. Ich litt an so hartnäckiger **Verstopfung**, hatte oft 4-5 Tage **keinen Stuhl**, dazu **Kopfschmerzen** und **Rückenschmerzen**. Ferner litt ich an **Verdauungsstörungen** und an **Schlaflosigkeit**. Schon nach Verbrauch von 30 Flaschen Ihres „Berliner Stahlbrunnens“ verspürte ich Besserung, nun hat mich der Gebrauch von 60 Flaschen wieder hergestellt. Essen und Trinken schmeckt und schlafen kann ich auch sehr gut. Ich werde jede Gelegenheit wahrnehmen, Ihren Brunnen zu empfehlen.
Köln, 7. Februar 1913. Maria Gothan.

Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich durch Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ von meinem **Herz- und Magenleiden** befreit hergestellt bin, daß ich seit einigen Wochen meinem Dienst wieder vorstehen kann. Ich war sehr **matt**, hatte **keinen Appetit** und **schwitzte** bei der geringsten Anstrengung. Nachdem ich ungefähr 10 Flaschen getrunken hatte, machte sich auch der übertriebene **Nachtschweiß** nicht mehr bemerkbar. Vor mehreren Jahren hatte ich Ihren Brunnen schon mit Erfolg angewandt und kann ihn jedermann empfehlen.
Pudow (Mar), 30. Januar 1913. Lemko.
Gendarmenwachtstr.

Sie sehr zufrieden mit der Brunnenkur, mein **Allgemeinbefinden** hat sich enorm gebessert, was bei meinem Körperzustand und **Lähmung** viel sagen will. Auch den **krankhaften Fettsatz** habe viel verloren.
Neudöln, 22. Januar 1913. Frau Martha Altmann.
Reuterstraße 84.

Ich litt an großer **Blutarmut** und konnte nicht schlafen, auch hatte ich **heftige Magenschmerzen** und konnte fast kein Essen mehr vertragen. Nachdem ich 120 Flaschen von Ihrem „Berliner Stahlbrunnen“ getrunken habe, habe ich wieder Blut bekommen, der Schlaf hat sich wieder eingestellt und die Magenbeschwerden sind besser geworden. Ich bin 61 Jahre alt. Meine Tochter trank 60 Flaschen „Berliner Stahlbrunnen“ gegen **rheumatische Rückenschmerzen**. Schon bei der 8. Flasche machte sich der Erfolg bemerkbar und besserte sich täglich zusehends. Jetzt kann sie sich wieder flink bewegen. Meine Tochter wird die Kur im Frühjahr wiederholen. Wir sind Ihnen sehr dankbar und werden Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ mit gutem Gewissen weiter empfehlen.
Berlin, 5. Januar 1913. Fr. E. Zepernik.
Goghtowskystr. 24, IV.

Auf Ihre gütige Anfrage teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen nicht nur die Erlaubnis gebe, sondern ich möchte Sie sogar bitten, meinen **guten Erfolg** mit Ihrem Berliner Stahlbrunnen zu veröffentlichen. Ich danke Gott, daß ich durch Zufall Ihr Inserat in der Zeitung vom 18. August gelesen habe, bin ich doch durch die Kur so gut geholfen worden. Ich werde Ihren Brunnen überall empfehlen.
Berlin, 16. Januar 1913. Frau E. Zepernik.
Goghtowskystraße 24 IV.

Bitte hiermit, die 30 leeren Flaschen abholen zu lassen, da nach Anordnung des Arztes die Kur beendet ist. Mein **Gelenkrheumatismus** hat sich so gebessert, daß ich wenig mehr davon spüre, was ich wohl erst dem Stahlbrunnen verdanke, denn trotz der Krankenhausbehandlung, der verordneten Lohannis- und Gichtbäder, elektrischer Bestrahlung und Einreibungen der verschiedensten Art wollten Schmerzen und Steifigkeit der Gelenke nicht weichen, teilweise war sogar wieder starke Geschwulst vorhanden, besonders im Knie, daß mir das Gehen schwer fiel und ich schon dachte, wieder arbeitsunfähig zu werden. Nach Gebrauch von 60 Flaschen habe ich richtige Besserung verspürt und jetzt fühle ich mich wirklich wohl. Die Gelenkigkeit hat sich wieder eingestellt; der Appetit war vorher nicht der beste, jetzt aber schmeckt alles ausgezeichnet und auch an Körpergewicht habe ich zugenommen. Seinerzeit war bei meiner **Arbeitsunfähigkeit** die Diagnose auf **Gelenkrheumatismus** und im späteren Verlauf auf **Neuralgie** gestellt worden, so daß also beides vorhanden gewesen ist.
Charlottenburg, 4. Dezember 1912. Ferdinand Gielohnar.
Potsdamer Str. 44.

Wir liefern für Groß-Berlin frei Haus und nehmen die leeren Flaschen zurück. Für Stadttinneres erfolgt tägliche Zustellung, für Stadtfühleres zweimalige Zustellung à 15 Flaschen (Pfand 1.50), für Vororte Zustellung von 30 Flaschen zusammen (Pfand 3.00), für Provinz oder Ausland Bahnliste à 30 Flaschen (Pfand 5.00) frei zur Bahn. Der Kur-Preis ist voranzuzahlen und kosten 30 Flaschen 10.— Mark, 60 Flaschen 17.—, 90 Flaschen 24.—, 120 Flaschen 30.—, Nachbestellungen vor Ablauf von 10 Wochen sind 2.— Mark billiger.

„Berliner Stahlbrunnen“ (Apotheker Kumbler's Erben) G. m. b. H., Berlin NW, Marienstrasse 30.

Fabrik gegründet 1855. Fernsprech-Anschlüsse: Amt Norden 5631 und 4832.

Ihr Berliner Stahlbrunnen ist mir ein sehr lieber Hausfreund geworden, welchen ich nicht mehr entbehren kann. Bei **träger Verdauung, Nierenbeschwerden, Leberleiden** und besonders **Gallensteinen** hat er mir die unerschöpflichen Erleichterungen verschafft. Eine solche Kur ist mir immer ausgezeichnet bekommen, zumal dieselbe nicht die geringsten Beschwerden verursacht und ohne jede Berufshörung ausgeführt werden kann. Ich hatte stets einige Flaschen auf Lager, um immer auf obige Leiden gerüstet zu sein. Von meiner Auserkennung wollen Sie, bitte, durch Veröffentlichung Gebrauch machen zu Ruh und Segen der leidenden Menschheit.
Wronke, Prov. Posen, 18. Oktober 1912. Eocius, Pfarrer.

Nachdem ich 60 Flaschen von Ihrem Berliner Stahlbrunnen getrunken habe, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß er mir sehr gut bekommen ist. Ich war so **steif in den Gliedern**, hauptsächlich in den **Füssen**, daß es mir eine **Qual** war, wenn ich **Treppen steigen** oder überhaupt gehen sollte; die **Strümpfe anziehen** mußte mein Mann mir. Auf einen Stuhl steigen, war ein Ding der Unmöglichkeit. Dank Ihrem Stahlbrunnen ist mir wieder so leicht und gelenkig in den Füssen, daß ich gar nicht müde werde. Ich werde Ihren Stahlbrunnen daher auch jedem weiterempfehlen.
Berlin, 16. Oktober 1912. Frau Marie Schulz.
Fochstr. 32 d, II.

Indem ich Sie bitte, die leeren Flaschen abholen zu lassen, kann ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Berliner Stahlbrunnen meine **Magen- und Kreuzschmerzen** gänzlich gebessert hat, und spreche ich Ihnen dafür meinen besten Dank aus.
Berlin, 15. Oktober 1912. Frau Anna Reak.
Korfbreer Str. 22.

Ich bezog von Ihnen 4 Kisten à 30 Fl. Berliner Stahlbrunnen. Heute sende ich die leeren Fl. zurück und bitte mir den Restbetrag nach Abrechnung der Fracht gütigst einzulösen. Ich habe Ihren Stahlbrunnen weiterempfohlen, und wenn Sie von hier noch nicht Aufträge erhalten haben, werden Ihnen solche wohl bald zugehen. Nachstehendes Schreiben können Sie veröffentlichen, denn sehr viele Patienten wissen von Ihrem Brunnen nichts. Ich habe gelegentlich von einem **Pfarrer** Ihre Adresse erfahren.
Dobenzalka, 20. Septbr. 1912. W. Drews, Inspektor.
Ritzschhofstraße 4.

Ich litt seit 30 Jahren an **chronischem Magen- und Dickdarmkatarrh** verbunden mit **hartnäckiger Verstopfung, Blutandrang** nach dem Kopfe, **heftigen Kreuzschmerzen** und **allgemeiner Körperschwäche**. Ich konnte zuletzt die Stelle eines Landwirtschaftsinspektors nicht mehr ausfüllen und begab mich 13 Wochen nach Posen zu einem Spezialarzt. Habe Karlsbader, Rißfing und Marienbader Brunnen getrunken, aber dieselben wirkten bei der hartnäckigen Verstopfung nicht genügend. Ihr Stahlbrunnen hat alle anderen Brunnen übertrifft, er hat mir außerordentliche Dienste getan und ich kann ihn ähnlich Leidenden nur empfehlen. Ich hatte mir das Leiden durch ein kaltes Glas Bier zugezogen.
Dobenzalka, 20. Septbr. 1912. W. Drews, Wirtschaftsinspektor.
Ritzschhofstraße 4.

Ihr Berliner Stahlbrunnen hat meiner Frau bei ihrer **Basedowischen Krankheit** wunderbare Dienste geleistet. Als einziges Mittel galt die **Entfernung einiger Herzdrüsen**. Ihr Stahlbrunnen aber hat meine Frau wieder auf die Beine gebracht, und ich habe ihn schon sehr viel weiter empfohlen.
Berlin, 26. August 1912. Carl Järschke.
Prenzlauer Str. 27.

Teile Ihnen gerne mit, daß ich den Berliner Stahlbrunnen wegen **Appetitlosigkeit** und **allgemeiner Körperschwäche** getrunken habe, und hat mir derselbe stets gute Dienste getan.
Senzle, 27. August 1912. Frau E. Gaude.

Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß ich dank Ihrem Berliner Stahlbrunnen von meinem **Blasenleiden** (sowie **Kopfschmerzen** gänzlich befreit bin.
Berlin, 28. August 1912. Frau Hulda Schneego.
Scherestraße 5, II.

Kann Ihnen mitteilen, daß Ihr Berliner Stahlbrunnen meiner Schwiegermutter von einem **Nieren- und Blasenleiden** geholfen hat. Außerdem hat sie guten **Appetit** und **gesundes Allgemeinbefinden** danach bekommen.
Berlin, 18. August 1912. R. Roschke.
Antwerper Str. 6.

Meine Frau wurde schon mehrere Jahre lang in Zwischenräumen von 2-4 Wochen von schweren **Gallensteinkoliken** befallen und geplagt, so daß ich mich zu einem Versuch mit Ihrem „Stahlbrunnen“ entschloß. Nach Gebrauch von 120 Flaschen ist das Befinden so gebessert, daß wir schon beinahe 1 Jahr kein Heilmittel mehr brauchen. Die Anfälle kommen ja vereinzelt noch wieder, sind aber ganz leichter Natur und glaube ich, daß nach einer noch beachtlichen Nachkur mit dem Brunnen auch der letzte Rest des Leidens beseitigt sein wird. Ich werde den „Stahlbrunnen“, schon weil er sich so gut und leicht nehmen läßt, stets weiter empfehlen.
Zempehof, 10. August 1912. Friedrich Kokort.
Berliner Str. 41-42.

Ich bestätige Ihnen hiermit, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen bei **Eiterung und Blutung der Lunge** sowie bei **Verdauungsbeschwerden** und **Hartleibigkeit** sehr gute Dienste geleistet hat und ich mein heutiges **gutes Aussehen** Ihrem Brunnen zu danken habe. Ich erlaube Ihnen, zum Wohle der Leidenden hieroben Gebrauch zu machen, und bin gern bereit, jedem Anfragenden Auskunft zu erteilen.
Berlin, 21. August 1912. Frau Ottilie Habenstoh.
Barthener Str. 46.

Ich bestätige hiermit, daß mich Ihr Berliner Stahlbrunnen vor Jahren von **Magen- und Leberleiden** geheilt hat. Im vorigen Jahre aber stellten sich wieder Beschwerden ein, ich fühlte mich krank, es wurde wieder besser, ich war mismutig, und so wechselte das. Im April habe ich dann wieder die Kur begonnen und bin mit dem Erfolg wieder zufrieden. Die **Magen- und Leberbeschwerden** haben aufgehört, die **Seitenschmerzen** sind bis jetzt fort, ich fühle mich ganz gesund. Wenn Sie von meinem Bericht Gebrauch machen wollen, so würde es mich freuen, wenn hierdurch Leidende gebessert oder noch besser geheilt würden. Mir sagte man vor 4 Jahren, lieber Freund, Ihre Schmerzen können geändert werden, aber „was zerstört ist an Ihrer Leber, läßt sich nicht mehr heilen“. Jedenfalls hatte man sich getrrt, und ich werde im Bekanntenkreise Ihren Berliner Stahlbrunnen empfehlen.
Sitzbüberg, 15. August 1912. Wilhelm Carl.
Reue Bahnhofstr. 20.

Vor 6 Jahren habe ich zum erstenmal Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ gebraucht. Damals war mein **Magen** durch häufiges Ausspülen so **geschwächt**, daß die **Verdauung** völlig verlagte. Nach dem Gebrauch von 30 Flaschen Stahlbrunnen war ich wieder völlig hergestellt und konnte alles vertragen. Zwei Jahre später trank ich wieder 30 Flaschen wegen **allgemeiner Schwäche** und **Blutarmut**, auch ließ ich ein bei mir in Diensten stehendes schwächliches Mädchen die Kur gebrauchen und der Erfolg war jedesmal vorzüglich. Da ich mich augenblicklich wieder nicht ganz wohl fühle, so will ich meine Kräfte auffrischen und erlaube Sie daher um 30 Flaschen.
Charlottenburg, 14. August 1912. Frau Olga Göhring.
Colanderstr. 32.

Meine Frau war krank an **Herzbeutel-Wassersucht**. Alle Medikamente waren vergebens, so daß an ihr Auskommen nicht mehr zu denken war. Da wurde mir Ihr Stahlbrunnen empfohlen. Nach Gebrauch der vierten Flasche stellte sich schon Besserung ein und nach Gebrauch der Riste war meine Frau wieder gesund hergestellt, so daß sie ihre häusliche Arbeit wieder machen kann, wofür ich Ihnen noch nachträglich meinen besten Dank ausspreche.
Brieskow, 10. August 1912. Aufseher Friedrich Bramert.

Ihr Brunnen hat mir bei starker **Blutarmut, chronischem Darm- und Magenkatarrh, Magenkrampf** und **Verstopfung** gute Dienste getan. Bin ein ganzes Jahr nicht vom Arzte fortgekommen. Nach dem Verbrauch von 30 Fl. fühle ich mich gestärkt, habe ganz anderen Lebensmut. Essen und Trinken schmeckt wieder, was ich nur Ihnen zu verdanken habe. Ich bitte Sie, dies zum Wohle der Menschheit zu veröffentlichen. Nochmals meinen herzlichsten Dank!
Berlin, 9. August 1912. Liebenwalder Str. 16a. Frau Berta Hildebrandt.

Teile Ihnen hierdurch mit, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen sehr gute Dienste geleistet hat, da ich doch jahrelang an **Herz-Nervenschmerzen**, verbunden mit furchtbaren **Kopf- und Magenschmerzen**, gelitten habe. Jetzt will ich versuchen, mit Ihrem Stahlbrunnen gegen **Veitstanz** bei meiner Enkelin, da ich hoffe, derselbe wird auch gegen dieses Leiden helfen.
Berlin, 5. Juni 1912. Frau Wilhelmine Fitting.
Stolpische Str. 43, Quergebäude I.

Erfuche um Abholung der leeren Flaschen. Der Brunnen hat meiner Frau gegen **Nervenschmerzen** und mir zur **allgemeinen Erholung der Körperkräfte** geholfen.
Charlottenburg, 13. Mai 1912. Paul Haring.
Wilmerdorfer Str. 107.

Ihr Stahlbrunnen hat sich bei meinem langjährigen **Gelenkrheumatismus** sowie **Blutarmut** sehr gut bewährt. Um einer Wiederkehr meines Leidens vorzubeugen, bin ich entschlossen, jedes Jahr im Frühling und Herbst eine Trinkkur zu wiederholen.
Berlin, 6. Mai 1912. H. Glöckenkamp.
Georgenkirchstr. 1a.

Ihr Stahlbrunnen hat mir sehr gute Dienste getan. **Luftröhrenkatarrh** und **Asthma** sind gänzlich verschwunden, wofür ich Ihnen meinen besten Dank sage. Ich kann es jedem Leidenden empfehlen.
Pankow, 9. Mai 1912. Frau Kattich.
Grunowstraße 4.

Druckkosten mit weiteren Hellersteigen kostenlos.

Aus der Frauenbewegung.

Wir feiern unter Blütenfest!

Kein Festgeläute von den Glockenstühlen, kein frommes Orgelspiel, kein Herzensschimmer und keines Priesters Singen und Beten in den Prachtgewölbten düsterer, kälter Kirchen, unserer Fest zu Ehren.

Als das internationale Proletariat 1889 aus eigener Machtvollkommenheit den Tag des ersten Maien zum Weltfeiertage einsetzte, da stockte der Bourgeoisie der Verzweiflung vor feiger Angst.

Der Haß der besitzenden Klassen entflammte, ihre Brutalität wurde wach und suchte sich ihre Opfer. 1891 empfing der Weltfeiertag seine Bluttouffe in Frankreich, dem Lande der bürgerlichen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Das Proletariat ließ sich die Freude an seinem Fest nicht nehmen und nicht die tröghige Zuvorsicht. Es wirkte und der Haß seiner Feinde bewies es ihm, daß es mit der Kaiserfeier seiner Kammern eine neue Waffe einverleibt hatte, die sich in seinem Befreiungskampfe bewähren würde.

Der revolutionäre Geist ist in der Kaiserfeier heute noch lebendig.

Er spricht aus der Forderung nach politischer Gleichberechtigung für alle Glieder des Proletariats. Die Eroberung der politischen Macht ist für die unterdrückten Massen die erste Vorbedingung zur Beseitigung des Klassenstaats, zum Aufbau der neuen Gesellschaft.

Er spricht aus der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach durchgreifendem Schutz der Arbeitskraft. Im neunhundertsten, sagt Marx, beginnt die geistige Wiedergeburt des Proletariats, im achtundzwanzigsten wird sie vollendet.

Der revolutionäre Geist unseres Maienfestes offenbart sich aber am deutlichsten in der Forderung des Völkerfriedens. Mit dieser Forderung sagt das arbeitende Volk dem mächtigsten Zwinger des Kapitalismus Kampf an und Vernichtung.

Kampf und Vernichtung dem Imperialismus, der nur dem Profitinteresse der Kapitalisten dient. Um feindwilligen Bleichen die Knochen unserer Söhne in den Sümpfen Chinas in den Sandwüsten Südwestafrikas.

Aus dem Völkerfrieden nur kann die Völkerrfreiheit erblühen. Erst müssen wir weit über wüstes Land, über harte, blutgetränkte Felder schreiten, erst müssen wir die dichten Dornenhecken niederreißen, bevor wir unseren Fuß setzen können in das gelobte Land des freien Menschentums.

Das ist es, was der Maienitag uns Frauen gibt: daß er uns hinaushebt aus dem engen Kreis unseres Schaffens, unserer Sorgen, daß er uns die Schönheit der Welt sehen und das Glück der Freiheit ahnen läßt.

Zu Millionen stehen wir. Unsere Saaten keimen, die Ähren schwellen am Baume unserer Zukunft und öffnen sich im Maiensonnenschein.

Wir feiern heut das Blütenfest: Die Sonne der Menschheit steigt und läßt uns fern Entfern die Früchte reifen.

Suffragettes und Suffragists.

Zwei Engländerinnen hielten in diesen Tagen öffentliche Vorträge über die Frauenstimmrechtsbewegung in ihrem Lande ab. Der Kulturbund Agard, ein bürgerlicher Diskussionsklub zur Förderung sozialistischer Fragen, hatte sich in Mrs. Ashton eine Suffragette, eine Vertreterin jener streitbaren Richtung der Stimmrechtsbewegung verschrieben.

Als Vertreterin der Suffragist-Bewegung, der gemäßigten, älteren und viel umfassenderen Richtung in der englischen Frauenstimmrechtsbewegung sprach Mrs. Sheepshanks im Verband für Frauenstimmrecht. Die Referentin würdigte in einem Rückblick auf das neunzehnte Jahrhundert das Erwachen der Frau zum Verständnis öffentlicher Angelegenheiten.

Als Vertreterin der Suffragist-Bewegung, der gemäßigten, älteren und viel umfassenderen Richtung in der englischen Frauenstimmrechtsbewegung sprach Mrs. Sheepshanks im Verband für Frauenstimmrecht. Die Referentin würdigte in einem Rückblick auf das neunzehnte Jahrhundert das Erwachen der Frau zum Verständnis öffentlicher Angelegenheiten.

Frauenarbeit.

Arbeiterinnenausbeutung und bürgerliche Wohlstätigkeit. Das „gute Herz“ der Bourgeoisie will sich oft betätigen, wo Verstand und soziale Einsicht die schärfsten Maßnahmen fordern müßten. So wurde dieser Tage in der bürgerlichen Presse aus Brüssel berichtet, es habe sich dort um „wohlthätigen Damen und freigebigen Männern“ ein Komitee gebildet, um den armen Mädchen Blumen in die Wohnung zu schenken.

Die Frau im Handwerk und Gewerbe. Auf der Hauptversammlung des Verbandes für handwerksmäßige und fadengewerbliche Ausbildung der Frau (am 25. und 26. April) berichtete Dr. Elisabeth Lüders in ihrer Begrüßungsrede über den Stand der heutigen Ausbildung der weiblichen Arbeiterin.

Handwerkerinnen; es sind jetzt 63, 1911 waren es 5. In 36 Kammerbezirken sind jetzt 939 Frauen Mitglieder der Gesellenprüfungs-ausschüsse, in 39 Bezirken 685 Frauen in den Meisterprüfungs-kommissionen.

Frauenstimmrecht.

Frauen vor dem englischen Unterhause. Genosse Reiz Gardie hat der englischen Volkvertretung eine Petition unterbreitet, die die Unterschriften der Schriftführerinnen folgender Frauenorganisationen trägt: der Genossenschaftsgilde der Nationalen Verbandes der Hebammen.

Erstens — weil die Frauen als Lohnarbeiterinnen in der wirtschaftlichen Welt eine stärkere Position einnehmen als die Männer und deshalb besonders des Schutzes des Stimmrechts bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung, die Arbeiterinnen betrifft, bedürfen.

Zu gleicher Zeit reichte auch Lord Robert Cecil eine ähnliche Petition für vier bürgerliche Frauenorganisationen ein. Die von Herrin Dickinson eingebrachte Frauenstimmrechtsvorlage wird am 6. Mai zur zweiten Lesung kommen.

Bei den italienischen Parlamentswahlen wird zum ersten Male auch eine Frau kandidieren und zwar ist es die Dichterin Grazia Deledda.

Mutter und Kind.

Ein merkwürdiger Gerichtsfall, der einen Einblick in die Entwicklung der englischen Frauen zur Selbstständigkeit gewährt, erging vor einigen Tagen in einer kleinen Stadt in Lancashire. Eine Weberin, die 25 Schilling die Woche verdient, verlor ihre Liebhaber, den Vater ihres Kindes, auf Alimmente. Die Verteidigung des Beklagten war, daß er sich mehrere Male bereit erklärt habe, das Mädchen zu heiraten, worauf diese jedoch nicht eingegangen wolle.

Bürgerliche Bewegung.

Der österreichische Frauenbundesstag wurde in Graz abgehalten. Frau Daisy Minor setzte sich besonders für die Ausgestaltung der Kostümliehanstalt für Schauspielerinnen ein. Frau Ulstein forderte eine ländliche Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.

Achtung! Gewerkschaften. Achtung!

Oeffentliche politische

Versammlungen am 1. Mai

Sämtliche Versammlungen finden mittags 12 Uhr mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

- Glaser.** Ausflug mit Frauen nach Friedrichshagen am Raggelsee. Treffpunkt um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus; Abmarsch um Punkt 8 1/2 Uhr nach dem Schlesiens Bahnhof. Mitteilnehmer am Ausflug schließen sich der Versammlung der Glasarbeiter an.
- Glasarbeiter, Glasschleifer, Glasbläser, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.** Comenius-Säle, Remeler Straße 67. Referent: Genosse J. Knoll. Treffpunkt um 10 1/2 Uhr bei Johann, Neue Jakobstraße 26. Abmarsch 11 1/2 Uhr.
- Graphisches Gewerbe.** Gruppenversammlung: **Bockbrauerei** (Keiner Saal), Am Tempelhofer Berg. Referent: Genosse Wasthul.
- Alle dazu gehörigen Branchen: Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Schriftsetzer, Photographen, Stereotypsetzer, Lithographen und Steinbrücker, Typographen, Notensetzer, Formsetzer und Tapetenbrücker kommen in der Gruppenversammlung zusammen.
- Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, Kaufleute und Lagerhalter.** In den Prachtssälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10. Referent: Genosse Erich Antner.
- Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe.** In den Konordia-Festsälen, Andreasstr. 64. Referent: Genosse Strödel.
- Ehrensache eines jeden Kollegen muß es sein, für einen wirklich guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Erscheint wie immer in Massen.
- Federbearbeitung.** Gruppenversammlung bei Schmidt, Prinzessallee 33. Referent: Genosse Fromke.
- Brauerei- und Mühlenarbeiter.** in Havertands Festsälen (früher Dehls Festsäle), Neue Friedrichstraße 35. Referent: Genosse Gustav Pink.
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.** In Boeters Festsälen, Weberstraße 17. Referent: Genosse Stefan Gultische.
- Fleischer. Treffpunkt 11 Uhr bei Schäfer, Eilbühlstraße 11.
- Gastwirtsgehilfen, Caféangestellte, Hotelbediener, Friseur, Barbier, Gärtner, Musiker, Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, Zigarrensortierer gehen direkt in die Versammlung.
- Schneider und Schneiderinnen, Wäsche- und Krawattenarbeiterinnen und Zuschneider.** Im „Elysium“, Landsberger Allee 40. Referent: Genosse Sabath und in „Kellers Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97. Referent: Genosse Schärtl.
- Wäsche-, Krawatten- und Korsettbranche.** Treffpunkt vormittags 10 Uhr: Sunasäle, Neue Adalstr. 7.
- Asphalteure und Pappdachdecker.** Im „Gewerkschaftshaus“ (Saal D), Engländer 15. Referent: Genosse H. Ritter.
- Bäcker und Konditoren.** Im „Marinehaus“ (großer Saal), Brandenburger Ufer 1. Referent: Genosse Felix Zubeil.
- Holz-, Stein- und Gipsbildhauer und Modelleure.** In der „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15. Referent: Genosse Rudolf Wiffel.
- Bootsbauer.** Im Arbeiternachweislokal, Stralauer Allee 17a. Referent: Genosse Richter.
- Bureau-Angestellte** begeben sich in die ihnen am nächsten gelegenen Versammlungen.
- Dattcher** treffen sich vormittags 10 1/2 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshaus und gehen in die Versammlung der Holzarbeiter nach der „Neuen Welt“.
- Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.** Im Lokal „Zur Königsbank“ (Brewers Festsäle), Dr. Frankfurter Str. 117. Ref.: Gen. Max Schütte.
- Treffpunkt: Buchbinderbranche 10 Uhr bei Verch, Ritterstr. 75.
Kartonbranche 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engländer 15.
Zugspapierbranche 10 Uhr im „Fürstehof“, Köpenicker Straße 137.
- Deutscher Bauarbeiter-Verband.** Alle Branchen in der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg. Referent: Genosse S. Rahenstein.
- Dachdecker.** In Fritz Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39. Referent: Genosse Robert Fendel.
- Fabrikarbeiter.** 2 Versammlungen im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 2c. Referenten: Genosse Adler-Harburg und Genosse Kamp-Dielefeld.
- Gemeindearbeiter.** In den „Andreas-Festsälen“ (großer Saal), Andreasstr. 21. Referent: Genosse Dr. Breitscheid.
- Holzarbeiter.** Für alle Branchen in der „Neuen Welt“, Halenheide 108-114. Referent: Genosse S. Silberichmidt.
- Bürstenmacher. Treffpunkt vormittags 10 Uhr, bei Breuch, Holzmarktstraße 65.
- Hutmacher, Blumen-, Federnarbeiter und -Arbeiterinnen.** In „Wolfgang-Festsälen“, Adlerstr. 6/7. Ref.: Gen. Frau Clara Wehl.
- Kupferschmiede.** Bei Obiglo, Schmiedstr. 23/24. Referent: Genosse Gocht.
- Kürschner.** In den „Winkler-Festsälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a. Referent: Genosse Klüh.
- Maler und Lackierer.** In „Allems Festsälen“, Colenheide 14/15. Referent: Genosse E. Dittmer.
- Metallarbeiter.** In der Brauerei Friedrichshagen, Am Friedrichshagen 16-23. Referent: Genosse Robert Schmidt.
- Maschinisten und Heizer.** In den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 57. Referent: Genosse Franz Schefel.
- Schuhwaren-Industrie.** Im „Schweizer Garten“, Am Friedrichshagen 29/32. Referent: Genosse Sassenbach.
- Porzellanarbeiter und Schildermaler.** Im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engländer 15. Referent: Genosse Johann Schneider.
- Sattler und Portefeuilier.** In den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 55/59. Ref.: Gen. C. Böhner.
- Steinarbeiter.** In den „Germania-Prachtssälen“, Chausseestr. 110 (großer Saal). Referent: Genosse Georg Lebedour.
- Steinseher, Rammer und Steinhauer.** In den „Sophien-Sälen“ (großer Saal), Sophienstr. 17/19. Referent: Genosse Dr. Wehl.
- Tapezierer.** In „Wendts Festsälen“, Beuthstraße 21. Referent: Genosse F. Spliedt.
- Textilarbeiter.** In den „Prachtssälen Alt-Berlin“, Blumenstr. 10. Referent: Genosse Karl Schröder
- Theater- und Kino-Angestellte** begeben sich in die ihnen am nächsten gelegenen Versammlungen.
- Töpfer.** Im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal), Engländer 15. Referent: Genosse H. Schmitt.
- Zimmerer.** In der „Brauerei Königsstadt“, Schönhauser Allee 10. Referent: Genosse Dr. Mosch.

Alle in Berlin stattfindenden Versammlungen gelten durch dieses Inserat als genügend angemeldet.

Außerdem finden in **Groß-Berlin** noch folgende Versammlungen der Unterkommissionen zur Gewerkschaftskommission und anderer Vororte statt:

- Adlershof.** Nachmittags 2 Uhr bei Wölke, Bismarckstr. 24. Referent: Genosse G. Weber.
- Charlottenburg.** Im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3 (großer und Keiner Saal). Referenten: die Genossen E. Bernstein und G. Lehmann.
- Erkner.** Im Lokal „Zum alten Krug“, Inhaber Degebrodt. Referent: Genosse Klingler.
- Groß-Lichterfelde.** Vormittags 8 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104. Referent: Genosse R. Pelzig.
- Köpenick.** Im „Köpenicker Gesellschaftshaus“, Inhaber Jarius, Grünauer Str. 31. Referent: Genosse Max Groger.
- Friedrichshagen.** Vormittags 8 Uhr: Zusammenkunft in Konrads Festsälen, Friedrichstr. 187 (dieselbe Bäder absteigepunkt). Um 9 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang nach Ravenstein.
- Lichtenberg.** 2 Versammlungen: Im Lokal „Bellevue“, Hauptstr. 4. Referent: Genosse W. Köffel. Im Restaurant P. Schwarz, Mühlendammstr. 25/26. Referent: Genosse W. Düwel.
- Nieder-Schönhausen.** Im „Carlsdorf“, Inhaber Mahne, Charlottenstraße. Referent: Genosse Pittin.
- Reinickendorf-Ost.** Im „Seebad“, Resdenzstr. 49. Referent: Genosse Mirus.
- Reinickendorf-West.** Im Restaurant „Waldschlösschen“, Eichhornstraße, Ecke Waldstraße. Referent: Genosse Künstler.
- Neukölln.** 3 Versammlungen: Partis Festsäle, Hermannstr. 49/50; R. Fellsch's Festsäle, Anesebeckstr. 48/49 und für den Verband der Bauarbeiter in den „Bürgerläden“, Bergstraße 147. Referenten: die Genossen Jies, Stähler, J. Hartmann.
- Pankow.** Im Koczius Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4. Referent: Genosse Schlichting.
- Schöneberg.** In den „Neuen Nathausälen“, Weininger Str. 8. Referent: Genosse Ernst Ost.
- Tegel.** In Trapp's Festsälen, Bahnhofstr. 1. Referent: Genosse R. Bahn.
- Tempelhof-Mariendorf-Marienfelde.** Bei Grahl, Mariendorf, Chausseestraße. Referent: Genosse Langnitsche.
- Weißensee.** Im „Schloß Weikensee“, Königs-Chaussee 1/4. Referent: Genosse Koblenger.
- Steglitz-Friedenau.** Im „Dirkenwäldchen“, Schäferstraße. Referent: Genosse Siller.
- Ober-Schöneweide.** Im „Moerers Blumengarten“. Referent: Genosse G. Zernide.
- Hennigsdorf a. H.** Referent: Genosse Stahl.
- Alt-Glienicke.** Bei Rodenbusch, Rudower Str. 54. Referent: Genossin Beria Lungwig.
- Bruchmühle.** Im „Hungrigen Wolf“, Böfsee bei Eggersdorf. Referent: Genossin Martha Demming.
- Königs-Wusterhausen.** Im „Alten Schützenhaus“. Referent: G. Wähler.
- Schenkendorf.** Bei Otto Pätz. Referent: Fr. Wehl.
- Schwargendorf.** Im „Waldkater“, Barnimländer Str. 14/15. Referent: Genosse Johannsen.

Die Anmeldung der Versammlungen der Vororte haben die Funktionäre der einzelnen Orte in der ortsüblichen Weise zu betreiben. Die Bureaus der Versammlungen werden beauftragt, über die Zahl der Versammlungsbesucher der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, schriftliche Mitteilung zu machen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Alwin Körsten, Engländer 15 I.

Mai-Feier

der sozialdemokratischen Wahlvereine

am Donnerstag, den 1. Mai 1913.

Nachmittags- und Abend-Veranstaltungen.

Tagesordnung in den Versammlungen:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Berlin.

Café Gärtner, Holfsteiner Ufer 27/28.
Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Kllems Festsäle, Hasenheide 13/15.
Neue Welt, Hasenheide 108—114.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Ludwig, Treptow, Am Treptower Park.
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain Nr. 16—23.

Mentes Volksgarten, (Inh. W. Schröter, Lichtenberg, Röderstr. 28/29).
Glycium, Landsberger Allee 40/41.
Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29.
Schweizergarten, Am Königstor.
Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Prater-Theater, Kastanien-Allee 7—9.
Ohiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24.
Borussia-Säle, Uderstr. 6/7.
Kastanienwäldchen, Inh. Walter, Badstr. 16.

Josef Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Bockbrauerei, Abt. II, Chausseestr. 64.
Voigt-Theater, Badstr. 58.
Volksgarten-Theater, Badstr. 8.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Brauerei Patzenhofer, Turmstr. 25.
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Moabiter Gesellschaftshaus, Bieleffstr. 24.
Insel-Restaurant, Plöhensee.

Referenten:

Dr. A. Bernstein — Otto Büchner — Klara Bohm-Schuch — Martha Demming — Wilh. Dentzer — Oskar Ewald — Richard Fischer — Paul Hirsch — Karl Jahn — Martha Jeetze — Hermann Kuntze — Wilhelm Kubig — Willi Kühne — Joachim Klüb — Paul Littin — Andreas Mirus — Anna Nemitz — Wilhelm Pfannkuch — Oskar Riedel — Fritz Ruf — Max Sallen — Karl Thielicke — Georg Ucko — Hans Weber — Hermann Weise — Walter Zimmermann.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Adlershof, Wöllstein, Bismarckstr. 24.
Alt-Glienike, Rodenbusch, Rudower Str. 51.
Baumschulenweg, Sauers Gesellschaftshaus, Baumschulenstr. 78.
Bohnsdorf, Villa Kahl.
Britz, Raddatz, Chausseestr. 39.
Charlottenburg, Volkshaus, Reijnenstr. 3.
Höpenich, Stadttheater, Wilhelmstraße.
Jabendorf, Haaker.
Diensdorf, Restaurant Zum Scharmützelsee.
Eichwalde, Wittes Waldschlösschen.
Gr.-Besten, Restaurant Heinicke.
Gr.-Lichterfelde, Wahrensdorf, Baeferstr. 7. Konzert und Tanz bei Erpel, Berliner Straße 129 und E. Richter, Chausseestr. 104.

Grünau, Duchauffour, Gravelotte.
Halbe, Karl Schulze.
Johannisthal, Lindenhof, Friedrichstr. 60.
Königs-Wusterhausen, Wedhorn, Altes Schützenhaus. Gemeinamer Spaziergang nach Neue Mühle (Tormann).
Lankwih, Prochatzka, Viktoriapl. 41.
Lichtenrade-Mariensfelde, Wirtshaus Lichtenrade, am Bahnhof.
Mariendorf, R. Laar, Chausseestr. 305.
Mittenwalde, Ernst Neumann, Gasthof zum Kronprinzen.
Nenkölln, Vereinsbrauerei.
Nieder-Schöneweide, Neptunshain.
Nowawes, Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41/43 und M. Singer, Preierstr. 31.
Petersdorf, Restaurant Schweizergarten.

Rudow, Restaurant Lindespark.
Schenkedorf, Otto Pätzsch.
Schmargendorf, Schützenhaus, Gumbelstraße.
Schöneberg, Schloßbrauerei, Hauptstr. 122/124.
Steglitz-Friedenau, Birkenwäldchen, Schützenstraße.
Teltow, Restaurant Bonow, Berliner Str. 16.
Tempelhof, Wilhelmshagen, Berliner Str. 9.
Trebbin, Gesellschaftshaus.
Treptow, Beylers Gesellschaftshaus, Treptower Park 20.
Wannsee, Fürstenhof, O. Ackermann.
Wilmersdorf, Viktoriapark, Wilhelmshagen.
Zehlendorf, Wilhelm Meck, Gesellschaftshaus, Scharfstraße 12.
Zernsdorf-Friedersdorf, Versammlung in Dannenreich.

Referenten:

Max Barth — Marie Böhm — Hermann Clajus — Wilhelm Conrad — Ernst Däumig — Agnes Fahrenwald — Theodor Glocke — Julius Grunow — Konrad Hänisch — Kurt Heinig — Paul John — Richard Küter — Paul Lange — Bruno Lieske — Albin Mohs — Leo Ostrowski — Theodor Richter — Minna Reichert — Regina Ruben — Hermann Sonnenburg — Alfred Scholz — Tost — Fritz Voß.

Wahlkreis Niederbarnim.

Altlandsberg (Süd), Thomas Schmidt.
Bernau, Franz Salzmann, Boddorfer Straße.
Birkenwerder-Borgsdorf, Gesellschaftshaus, Birkenwerder, Hauptstr. 10.
Borsigwalde, Borsigwalder Festsäle, Konradstr. 42.
Bruchmühle, Hungeriger Wolf, Böhsee bei Eggersdorf.
Erhuer, Alter Krug, Inh. Degebrodt.
Franz-Buchholz, Kähne, Berliner Str. 39.
Friedrichsfelde, Bürgers Volksgarten, Prinzenallee 30.
Friedrichshagen, Eiskeller, Friedrichstr. 96/97.
Friedrichsthal, Zu den vier Linden.
Hermisdorf-Glienike, Altermann, Glienike, Kronprinzenstraße.
Hertzfelde, Goldener Stern, Hauptstr. 57.

Hohen-Neuendorf-Bergfelde-Stolpe, Waldschänke, am Bahnhof Stolpe.
Hohen-Schönhausen, Weber, Wilhelmshagen.
Karlshorst, Fürstenbad, Inh. Barfeld.
Kaulsdorf, Wilder Eber, Giesestraße.
Lichtenberg, Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5. Café Bellevue, Hauptstr. 2. Paul Schwarz, Wöllendorferstr. 25.
Mahlsdorf, Linke, Grunowstraße.
Mühlenbeck-Buchhorst, Witwe Meyer.
Nieder-Schönhausen, Manke, Charlottenstraße.
Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof.
Oranienburg, Waldhaus Sandhausen.
Pankow, Zum Kurfürst, Berliner Str. 102. Roczycki, Kreuzstr. 3/4.

Reinickendorf-Ost, Kastanienwäldchen, Schönholz 14. Volksgarten, Hauptstr. 50/51.
Reinickendorf-West, Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 101—104.
Rosenthal, Milbrodt, Kronprinzenstr. 15.
Röntgenal, Marx, Bärwolfstr. 12.
Rudersdorf, Mibler, Sallberge, Schulstr. 45.
Schöneiche, Muhms Waldschlösschen, Inh. Rauendorf, Rudersdorfer Mühle.
Stralau, Markgrafensäle, Markgrafendamm.
Tegel, H. Gamm, Bahnhofstr. 1. R. Klippenstein, Spandauer Str. 4.
Waidmannslust, Schweizerhaus, Dianastr. 25.
Weißensee, Schloß Weißensee.
Wittenau, Schulz, Hauptstr. 65.
Woltersdorf.

Referenten:

Hermann Barenthin — Ernst Blanke — Martha Demming — Robert Fendel — August Gebert — Karl Giebel — Joseph Hartmann — Max Hecht — E. Hegewaldt — Max Jakobsen — Karl Knoll — Karl Klingler — F. Künstler — H. Langhammer — Franz Marks — Karl Melle — Wilhelm Nitschke — August Pattloch — Albert Regge — Artur Stadthagen — Franz Stimming — Hermann Spieckermann — Wilhelm Schenk — Max Schütte — Alwin Schulze — Fritz Tarnow — Max Thieme — Franz Wendel — Hermann Wilke — Adolf Zeuner.

Die **Abendfeiern** sind zusammengesetzt aus festreden, Konzert-Aufführungen, turnerischen Aufführungen, Gesangsvorträgen des Arbeiter-Sängerbundes, Darbietungen des Arbeiter-Radfahrerbundes sowie Spezialitäten-Vorstellungen.

➡ **Anmeldungen der Festreden** sind durch die Kreise resp. Orte zu bewirken. ➡

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Anarchisten! Sozialisten!

Donnerstag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr,
bei Fey, Brunnenstraße 184:

Öffentliche Mai-Versammlung

Tagesordnung:

Der erste Mai.

Referent: Genosse **Hans Loos**,
Freie Aussprache.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

6755

Der Einberufer
Union anarchistischer Vereine Berlins und der Umgebung.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Treibriemensattler.

Achtung!

Achtung!

Sonnabend, 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz's Prachtfäden,
Rüdingstr. 17 (Eingang Königsgraben):

Branchen-Versammlung.

Da eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt, so ersuchen wir
die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Branchenleitung.

Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Sonnabend, den 3. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr,
in Schmidt's Festsäle, Prinzen-Allee 33:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung. — 2. Verhandlungsgegenstände.

1345

Zahlreicher Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Wegen des großen Andranges im paritätischen Arbeits-
nachweis ist für die arbeitslosen Kollegen, die im Osten und
Nordosten wohnen und bei der Arbeitsvermittlung noch nicht
an der Reihe sind, in der

Bornborfer Straße 17, Hof parterre, eine
Kontrollstelle

errichtet worden, in der sich die Arbeitslosen täglich in der
Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags die Arbeitslosenkarte ab-
stempeln lassen können.

Drechsler-, Treppengeländer- und Lugnumöbel-Branche.

Montag, den 5. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tagesordnung:

1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. — 2. Verhand-
lungsgegenstände.

6912

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

C. 54, Linienstr. 83/85.

Verwaltung:
Telephon: Amt Norden 1987.

Kassierer:
Amt Norden 185.

Arbeitsnachweis:
Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 4. Mai 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags

Wahlen der 44 Delegierten

für den
diesjährigen Verbandstag in Breslau
sowie der

2 Revisoren für die Ortsverwaltung

in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Restaurant, Ravenstr. 6.
- Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder
Straße 42.
- Voigts Theater, Badstr. 58.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Mitschkes Restaurant, Reichenberger Str. 86.
- Eickes Restaurant, Schönleinstr. 6.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Späths Restaurant, Georgenkirchstr. 65.
- Heekers Restaurant, Samariterstr. 11.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Roll, Straßmannstr. 29.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
- „ Zibell, Elbestr. 8.
- „ Iden, Harzer Str. 88.
- „ Rückheim, Bergstr. 97.
- Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5.
- Baumschulenweg, Boches Restaurant, Baumschulen-
straße 67.
- Tempelhof, Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick,
Bahnhofstr. 44.
- Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
- Lichtenberg, Ertel, Pfarrstr. 74.
- Steglitz, Albrechtshof, Albrechtstr. 11.
- Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhof-
straße 18.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.

Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.
Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke
Auguste-Victoria-Allee.
Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 3/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen
verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege **Wilhelm Siering**, Linienstr. 83/85.

Montag, den 5. Mai 1913:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharussäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends
8 1/2 Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swine-
münder Straße 42, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Hallers Restaurant, Berliner Str. 84, abends 8 Uhr.
- Moabit: Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24,
abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg,
Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comenius-Säle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant J. Ertel, Pfarrstraße 74,
abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau-Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2,
abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251,
abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Rottbuser Damm 76,
abends 8 1/2 Uhr.
- Südost: Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: Petris Kirchengarten, Rueschedstr. 113, abends
8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstr. 11, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Stippekohls Fest-
säle in Köpenick,
Schönleiner Str. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannis-
thal u. Umg.: Prochowski, Ober-Schöne-
weide, Rathausstr. 13 (gegenüber der Post),
abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Dertz' Festsäle, Surstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Allgemeine Versammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins.

Tagesordnung:
1. Welche Lehren ziehen wir aus der gegenwärtigen Kinokrise?
2. Diskussion. 3. Verhandlungs- und Branchenangelegenheiten. 117/9
Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Minstergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Zentralverband der freien Händler!

Parteigenossen! Berücksichtigt bei der kommenden Maifeier unsere
Händler. Die diesjährige Kontrollkarte ist grün.

Die Gausleitung.

Vom 5. bis 10. Mai 1913

werde ich im
Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22,
anwesend sein, um

künstliche Augen

direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen
und einzupassen.

F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Erstklassig!
„Unsere Marine“
2 Pfg. Cigarette

Georg A. Jasmatzki Akt. Ges. Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik



GEORGE JASMATZKI AKT. GES. DRESDEN.

KREDIT GARDEROBE

gewähre ich einem jeden mit kleinster Anzahlung

HERREN DAMEN KINDER

in ganz kolossaler Auswahl.
Speziell empfehle ich
zu billigsten Preisen —

Anzüge u. Paletots
Kostüme u. Kleider
Damenwäsche
Schuhwaren schwarz u. farblich.

MÖBEL

Komplette
Wohnungs- u. Einrichtungen,
1- u. 2-Zimmer-Wohnungen
in jeder gewünschten Holz-
und Stilart.

Hugo Udo Cohn
Nr. 13 Rottbuser Damm Nr. 13

Gratis! Heute von 8—10 Uhr,
Sonntag von 8—10 Uhr
u. von 2—6 Uhr geöffnet! **Gratis!**

Kino-Billette. Kino-Billette.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge,
Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9—18 M. Ferner Gelegen-
heitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme,
Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20—35 M. Extra-Angebot in
Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und
Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten 10% extra

Responsible Redakteur: Alfred Dieckmann, Neukölln. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ed. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Kesseltreiben gegen Arbeiter-Turnvereine.

Der ungeheuerliche, von uns bereits besprochene Beschluß der vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts vom 6. Februar 1913 hat die Schulbehörden wieder angereizt, gegen Arbeiter-Turnvereine vorzugehen. Bekanntlich hatten die Senate ganz im Sinne der Schmalzgefellen aus der tollsten Reaktionszeit die Ansicht des zweiten Strafsenats umgestoßen, der dem Gesetz entsprechend unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Weber, und den Genossen Bildung von der Anklage der Aufforderung zum Ungehörigem gegen die gefehrvolligen Anordnungen des Kultusministers Holle und seiner ihm nachgeordneten Behörden freigesprochen hatte. Der Kultusminister Holle hatte sich angemacht, in einem Geheimverlaß vom 7. August 1907 die ihm unterstellten Schulaufsichtsbehörden anzuweisen, die Rabinetsorder vom 10. Juni 1834 und die Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 zum Vorwand zu nehmen, um den Arbeiter-Turnerbund zu hindern, der nicht mehr schulpflichtigen Jugend Turnunterricht zu erteilen. Es sollte ein Erlaubnisbescheinigung gefordert und die Ausstellung wegen „Mangels sittlicher Tüchtigkeit“ verweigert werden, wenn die zum Turnunterricht durchaus geeignete Person ein Sozialdemokrat wäre. Der zweite Senat nahm an, zum Verlangen eines Erlaubnisbescheins sei die Schulbehörde überhaupt nicht berechtigt. Die vereinigten Strafsenate erklärten hiergegen, ohne auf den Erlaß des Kultusministers einzugehen, zur Jugend im Sinne jener Rabinetsorder gehörten auch nicht mehr schulpflichtige Personen, die in einem noch schulpflichtigen Alter „Privatunterricht“ erhalten.

Rundmehr scheinen einige Schulaufsichtsbehörden von neuem auf dem vom Reichsgericht, II. Strafsenate für gefehrvollig anerkannten Wege vorzugehen. Insbesondere richten sich die Verfolgungen gegen den Turnverein Fichte. Die Schulaufsichtsbehörde hatte einigen Lehrern unterzagt, Unterricht in den Jugendabteilungen des Turnvereins „Fichte“ zu erteilen und scheint nun erneut den Magistrat zu Berlin aufgefordert zu haben, die Turnhallen zu entziehen, falls die Leiter keinen Unterrichtserlaubnisbescheinigung aufweisen. Dafür, daß sie keinen Erlaubnisbescheinigung erhalten, soll wohl dann die Behörde nach Schema Holle sorgen.

Der Magistrat hatte leider früher einem solchen Ansinnen des Provinzialschulcollegiums entsprochen, hatte aber auf sozialdemokratische Anregung hin, als das Erkenntnis des Reichsgerichts ergangen war, die Benutzung der Hallen abermals gestattet. Jetzt hat der Oberbürgermeister Vermuth aber folgendes Schreiben an den Turnverein „Fichte“ gerichtet:

An den Turnverein „Fichte“, z. S. Herrn Eugen Gottschalk, Reutlin, Berlin, den 4. April 1913.
Magistrat, Berlin, den 4. April 1913.
J. Nr. Gen. 144/15 Sch. III. 13.
Nach dem Beschluß der vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts vom 7. Dezember 1912 unterliegt der an jugendliche Personen erteilte Privatunterricht den Bestimmungen der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839, ohne daß es dabei, wie bisher angenommen wurde, auf den Gesichtspunkt des Erlaßes oder der Ergänzung des Unterrichts einer öffentlichen Schule ankommt. Es bedürfen deshalb die Leiter des Privatunterrichts jugendlicher Personen der Erlaubnis der Schulaufsichtsbehörden. Demgemäß werden die Turnvereine, denen für die Turnübungen ihrer Jugendabteilungen städtische Schulturnhallen überlassen sind, hierdurch aufgefordert, uns bis zum 1. Juni d. J. die Unterrichtserlaubnisbescheinigung für die Leiter dieser Turnübungen einzureichen. Wird uns dieser Nachweis nicht erbracht, so müßte die Benutzung der städtischen Schulturnhallen den Jugendabteilungen vom 1. Juli d. J. ab entzogen werden.
Vermuth.

Diese Aufforderung ist durchaus nicht durch den Beschluß der vereinigten Senate gerechtfertigt. Diese haben keineswegs die Fragen erörtert, ob der „Turnverein Fichte“ Unterricht erteile. Turnübungen gehören nicht zum Unterricht. Die vereinigten Senate haben ferner nicht entschieden, geschweige besagt, daß Turnunterricht Unterricht im Sinne der Rabinetsorder von 1834 sei. Sie konnten das auch nicht, denn Turnen war ja damals als höchst staatsfeindlich in Preußen verboten und wurde erst durch Rabinetsorder vom 6. Juni 1842 in Preußen zugelassen, die das vordem verbotene Turnen als einen „notwendigen und unentbehrlichen Bestandteil der Erziehung der männlichen Jugend“ anerkannte. Aber selbst wenn man annehmen würde, die Schulaufsichtsbehörde könne Erlaubnisbescheinigung für den Turnunterricht verlangen und der Verein „Fichte“ erteile Turnunterricht, so muß man im vorliegenden Falle annehmen, so lange der Geheimverlaß des Kultusministers nicht aufgehoben ist: die Schulaufsichtsbehörde will nicht ihrer vermeintlichen Pflicht genügen, sich zu überzeugen, ob die Leiter des Turnunterrichts die „sittliche Tüchtigkeit“ hierzu besitzen, sondern beachtlich, im Sinne des Holle-Erlasses unter dem Vorwande ihrer Aufsichtspflicht zuzugreifen, den Turnlehrern die Genehmigung zu verweigern, die Sozialdemokraten sind. Das wäre aber ein offensichtlich grober Verstoß gegen die Verfassung, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz verlangt. Die Stadtverwaltung macht sich zur Mitschuldigen an diesem der Verfassung, und der Gleichberechtigung der Bürger ins Gesicht schlagenden und nichtigen Absicht des Kultusministers Holle, wenn sie jetzt die städtischen Schulen dem Turnverein „Fichte“ verschließen will. Keineswegs endlich folgt aus dem Beschluß der vereinigten Strafsenate, daß die Schulhallen dem Verein zu entziehen seien. Der Turnverein ist um Rücknahme der Verfügung eingekommen. Wir zweifeln nicht daran, daß seinem berechtigten Verlangen Rechnung getragen wird.

Auch an anderen Orten wird gegen die Turner mobil gemacht. So hatte in Friedrichsfelde der Amtsvorsteher unterzagt, in der Vubischen Privatturnhalle zu turnen, weil den baupolizeilichen Vorschriften nicht genügt sei. Leider ist unterlassen worden, gegen diese Verfügung das Verwaltungsstreitverfahren zu beschreiten. Rundmehr ist eine Strafe von 30 M. festgesetzt, weil in der Privatturnhalle geturnt sein soll.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Aus Neu-Rittau wird uns mitgeteilt, daß der Gastwirt Gärlich, „Gasthof am Spreehab“ sein Lokal für die organisierte Arbeiterschaft ständig verweigert, aber heute am 1. Mai eine Raifeier auf eigene Rechnung veranstaltet, um die Ausflügler irre zu führen, und sein Portemnaie auch mit Arbeitergroßen zu füllen. Wir ersuchen die organisierte Arbeiterschaft dringend, das Lokal streng zu meiden.

Folgende Lokale stehen der Partei und Gewerkschaften zu den bekanntesten Bedingungen zur Verfügung.
In Weissenhof N.O. Das Lokal „Alpenrose“ Inh. Franz Spata, Berliner Allee 60 und Gustav Seifert, Lichtenberger Str. 15.

In Neu-Zepernitz. Das Restaurant zum „Feldschlößchen“, Inh. Paul Burzsch, Buch, Bernauer Chaussee.

In Johannisthal N.O. Das Lokal „Bürgergarten“, Inh. G. Böhme.

In Köpenick hat das Lokal „Weltrestaurant“, in Müggelsee in der Gasthof zum alten Krug den Besitzer gewechselt. Beide Lokale stehen uns noch wie vor zur Verfügung.

In Rudow bei Johannisthal ist das Lokal von Fritz Heinze, Restaurant zum Juliuspark, gesperrt und wird erjucht, dasselbe streng zu meiden.

In Lichtenrade weigern sich die Lokalbesitzer Sommer, Täsch und Stieler, ihre Lokale uns zur Verfügung zu stellen; wir ersuchen deshalb, die Lokale streng zu meiden. Dasselbe trifft für Schöneberg L. i. d. N. O. zu. Dort haben die Herren Gastwirte Koep, Salzmann und Schiffe wiederholt die Lokalkommission abgewiesen und verweigern beharrlich ihre Lokale. Wir ersuchen, auch hier dieselben streng zu meiden.

Wir bitten, die Lokalliste genau zu beachten.
Die Lokalkommission.

Landtagwahlagitacion.

Am Sonntag, den 4. Mai, findet im 5., 6. und 7. Landtagwahlbezirk eine Flugblattverbreitung dort den bekannten Stellen aus statt. Um rege Beteiligung ersuchen Die Komitees.

Vierter Wahlkreis: Abteilung 34 und 35 veranstalten am Sonntag, den 4. Mai, im Hoftheater eine Theatervorstellung. Zur Aufführung gelangt „Napoleon Bonaparte“. Billetts a 30 Pf. bis 1,00 M. sind noch zu haben bei F. Schulz, Schreinerstraße 18.

Neukölln. Am Freitag abend findet die Flugblattverbreitung für die Frauenversammlung am Montag, den 5. Mai statt. Die Parteigenossinnen und Genossen wollen vollzählig in den Lesabendlokale erscheinen, damit die Verbreitung prompt erfolgen kann.

Gleichzeitig gelangen die Plakate zur Ausgabe. Lichtenberg. Die Genossen zur Landagitacion (einschl. Oberbarnim) treffen sich morgen, Freitag abend 8 1/2 Uhr bei Wegger, Gärtelstr. 4, Groß-Schönebeck und Obleute um 8 Uhr.

Friedersdorf. Am Sonntag, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Richter (am Bahnhof), eine öffentliche Landtagwählerversammlung statt.

Handzettelverbreitung hierzu am Sonntag vormittag. Material ist am Sonnabend abend vom Genossen Große abzuholen.

Mühlenbeck (Bezirk Niederhönhausen). Sonntag, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr im Gasthof zur Sonne (Znh. A. Wörch) öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die preussische Volksvertretung im Dreiklassenhaus! Referent: Parteisekretär Genosse Braun-Berlin. Diskussion. Parteigenossen Mühlenbeds, agitieren für guten Besuch dieser Versammlung.

Dreiwitz bei Bannsee. Am 1. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Lokal „Zur freien Aussicht“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Klüh über die bevorstehende Landtagwahl referieren wird. Die Genossen von Dreiwitz und Umgegend werden ersucht, für zahlreichen Versammlungsbesuch zu sorgen.

Berliner Nachrichten.

Flugblattverbreitung am Sonntag

ist selbstverständlich erlaubt, wenn sie in der bisherigen Weise unter Beobachtung der über die „Sonntagsheiligung“ gegebenen Vorschriften ausgeführt wird. Daß an Sonntagen bis 10 Uhr vormittags Flugblätter ausgetragen werden dürfen, weiß jeder und jede unserer tätigen Genossen und Genossinnen — und sollte auch jeder Polizist wissen. Am letzten Sonntag hat im Hause Eberswalder Straße 16 ein Kriminalbeamter schon nach 1/10 Uhr einen unserer Genossen, der dort soeben seine Flugblätter abgegeben hatte, angehalten und zum Polizeibureau abgeführt. Der Beamte machte dem Sittierten Vorhaltungen darüber, daß er jetzt Flugblätter austrage, was nicht erlaubt sei. Auch im Bureau wurde ihm für seine Sittierung kein anderer Grund angegeben. Vielleicht haben die Polizeibeamten es für staats- und kirchengefährlich gehalten, daß unser Genosse in diesem Hause die Flugblätter in einem Augenblick verteilte, wo auf dem Hof gerade ein Sängerkhor verammelt war und fromme Lieder vortrug. Daß unser Genosse sich in der Erfüllung seiner Pflicht dadurch nicht stören ließ, konnte vom Polizeibureau aus bemerkbar werden. Das Bureau befindet sich nämlich im Hause Eberswalder Straße 16, und während der Befangenvorträge standen an den Fenstern einige Beamte, die den Sängern zuhörten. Auch der Genosse, dem hier die Flugblattverbreitung übertragen worden war, wohnt zufällig in demselben Hause und zwar schon seit 14 Jahren. Auf dem Polizeibureau konnte daher seine Persönlichkeit mit geringer Mühe zweifelsfrei festgestellt werden, da ja zur Prüfung seiner Personalangaben nicht erst eine Anfrage bei einem anderen Bureau nötig war. Man prüfte aber so gründlich, daß man zu weiterer Kontrolle ihm auch noch die Personalien seiner Angehörigen abfragte. Sein Aufenthalt auf dem Polizeibureau wurde dadurch beträchtlich in die Länge gezogen, aber die ganze Zeit bis 10 Uhr ging schließlich doch nicht drauf. Er mußte entlassen werden, noch ehe 10 Uhr herangekommen war. Die Polizeibeamten hatten wohl inzwischen selber erkannt, daß keine Gesetzesbestimmung und keine Polizeiverordnung das verbietet. Hätte er durch die Flugblattverteilung sich einer Uebertretung schuldig gemacht, so wären ihm ja auch nicht die Flugblätter anstandslos zurückgegeben worden.

Von dem Wissensdurst der Polizei.

die es zur besseren „Ueberswachung“ der sozialdemokratischen Partei für dringend nötig zu halten scheint, sich eine Liste der Bezirksführer anzulegen, werden uns weitere Proben gemeldet. Am Sonnabend berichteten wir, daß im Reichstagswahlkreis IV in mehreren Bezirken die Kriminalbeamten der zuständigen

Polizeibureaus in die Zahlabendlödale gekommen waren und ohne weiteres die Gastwirte aufgefordert hatten, ihnen Namen und Wohnung der Bezirksführer anzugeben. Wohlgemerkt: nicht gewöhnliche Achtgroßenjungen hatten diese „Materialbeschaffung“ übernommen, sondern richtige Kriminalbeamte, die den Wirten als solche bekannt waren und auch selber annehmen konnten, daß sie bekannt seien. Jetzt wird uns weiter aus dem Reichstagswahlkreis Berlin IV mitgeteilt, daß noch am nächsten Tage, am Sonntag, in einigen anderen Bezirken die Polizei ihre Fragerei nach den Bezirksführern fortgesetzt hat, und zwar wieder durch die Kriminalbeamten der Reviere. Die früheren Fälle waren aus dem Nordosten und dem Osten gemeldet worden, die neuesten dagegen sind im Südosten vorgekommen. Uns wird gesagt, daß in zwei Lokalen die Wirte, ungeachtet unserer am Sonnabend veröffentlichten Warnung, den Kriminalbeamten noch am Sonntag die gewünschte Auskunft gegeben haben. In einem dritten Lokal dagegen hat die Frau des Wirtes dem Beamten weiter nichts als die Adresse des Vereinsvorsitzenden genannt, die der Polizei ja bekannt ist. Wir stellen nochmals fest, daß niemand verpflichtet ist, der Polizei auf solche Fragen mit einer Auskunft zu dienen. Und wir wiederholen: Vorsicht gegenüber der Wisbegier von Polizisten!

Stadtverordneten-Erwahl.

Durch das Ableben des Stadtverordneten K. Braze ist im 3. Gemeindevahlbezirk der 2. Abteilung (südliche Friedrichstadt) eine Erwahl notwendig geworden. Das Mandat von Braze lief 1915 ab. Die Erwahl soll Mitte Juli stattfinden.

Eine Erwahl für den kürzlich verstorbenen Stadtverordneten G. Bitterhoff, der den 38. Gemeindevahlbezirk vertrat, soll vorläufig nicht stattfinden, weil dessen Mandat sowieso abgelaufen wäre. Die Erwahl soll im Herbst mit den allgemeinen Stadtverordnetenwahlen stattfinden. Herr Bitterhoff vertrat die 8. Abteilung im 38. Gemeindevahlbezirk.

Verlängerung der Hunde- und Katzenperre.

Wenn die Hundebesitzer gehofft hatten, daß die Hundeporre bald ihr Ende erreichen und damit auch viele Unbequemlichkeiten verschwinden würden, so sehen sie sich in dieser Hoffnung getäuscht. Die Polizeibehörde in Spandau hat gestern durch eine Verfügung über den Landespolizeibezirk Spandau die Sperre auf die Dauer von drei Monaten verlängert. Diese Maßregel hat sich als notwendig herausgestellt, nachdem gestern festgestellt worden war, daß ein Kehlpscher einer Spandauer Familie von der Tollwut befallen worden war. Der Hund war entlaufen und hatte sich längere Zeit in Charlottenburg aufgehalten. Als er wieder nach Hause zurückkam, fiel es auf, daß das sonst sehr zutrauliche Tier ein eigenartiges Benehmen an den Tag legte und nach allen Personen, die sich ihm näherten, in bösarziger Weise schnappte. Die Eigentümerin des Hundes rechnete mit der Möglichkeit, daß der Kehlpscher in Charlottenburg von einem tollwütigen Hundebissen wurde. Sie benachrichtigte die Polizei und den zuständigen Tierarzt. Dieser untersuchte den Hund und tötete ihn wegen dringenden Tollwutverdachts. Der Kopf des Tieres wurde an das Institut für Infektionskrankheiten in Moabit gesandt, wo festgestellt wurde, daß der Kehlpscher tatsächlich tollwütig war. Auf dem Berliner Polizeipräsidium wurde mitgeteilt, daß infolge des Spandauer Tollwutfalles die im Landespolizeibezirk Berlin zurzeit bestehende Hunde- und Katzenperre auf Grund der gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen auf weitere drei Monate verlängert werden müsse, da der tollwütige Spandauer Hund sich auch im Landespolizeibezirk Berlin aufgehalten hat.

Die Jubiläumsfeiern wollen in diesem Jahre kein Ende nehmen. Noch haben die Jahrsfeierfesten nicht ihr Ende erreicht, so beginnen in „gut gesinnten“ Kreisen die Vorbereitungen zu dem Regierungsjubiläum des Kaisers, das um Mitte Juni stattfinden soll. Die deutschen Städte bereiten Subjigungen und Stiftungen vor und in Berlin ist ein Komitee zusammengetreten, das sich die Ausschmückung der Berliner Straßen zum Ziel gesetzt hat. Künstler sind unter dem Bürgermeister Reide zusammengetreten, um die Ausschmückung der Straßen und Plätze systematisch zu organisieren. An die Berliner Bürger ist ein Aufruf erlassen worden, in dem zur Straßenschmückung aufgefordert wird. Die Straßen in der Nähe des Schlosses sollen besonders individuell ausgestattet werden, da auf Wunsch des Kaisers von einer Illumination abgesehen werden soll.

Unsere Byzantiner und Hoflieferanten werden sicherlich die Jubiläumsfeier erneut dazu benutzen, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Der am 1. Mai in Kraft tretende Eisenbahnsfahrplan zwischen Spandau und Berlin resp. Charlottenburg weist eine ganz erhebliche Vermehrung der Sonntagzüge auf. Von Spandau nach Berlin-Lehrter Bahnhof verkehren jetzt 24 Sonntagzüge gegen 9 im Vorjahre, von Berlin-Lehrter Bahnhof nach Spandau jetzt 18 gegen 8 im Vorjahre. Auch die Sonntagzüge nach Charlottenburg resp. Schleißheim Bahnhof haben eine Vermehrung erfahren. Der Wochenfahrplan weist nur unwesentliche Veränderungen auf.

Nochmals: Für Arbeiterwitwen kein Geld in der Kasse!

Im Rathhaus unserer Stadt Berlin kann man sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß der „Vorwärts“ festgenagelt hat, wie es am 1. April vielen Witwen ehemaliger Gemeinbedarbeiter mit den ihnen aus Mitteln der Gaswerke zu zahlenden Unterstützungen ergangen ist. Daß die Zahlung der Unterstützung für April zunächst verweigert wurde mit dem Bemerkten, es sei hierfür noch kein Geld in der Kasse, hat bisher niemand zu bestreiten versucht und es kann ja auch gar nicht bestritten werden. Zum zweiten Male wird aber jetzt das Nachrichtenamt des Magistrats gegen den „Vorwärts“ in Bewegung gesetzt, um in unserer erneuten Erörterung dieser Vorlämmissen an Bedenksamkeiten heranzutragen, wie wenn dadurch die Hauptsache, die Zahlungsbewerigung, etwas von ihrer Bedeutung verlieren könnte.

Welche Bedeutung sie für die davon betroffenen Arbeiterwitwen und erwerbsunfähigen Arbeiter hat, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man sieht, um was für Personen es sich handelt. Viele davon sind hochbetagt und gebrechlich, so daß sie bei ihrer Erwerbsunfähigkeit die Unterstützung bitter nötig haben und jede Zahlungsverzögerung schwer empfinden müssen. Bedürftig aus irgendeinem Grunde sind natürlich alle, sonst würde ihnen ja überhaupt keine Unterstützung gegeben werden. Daß es nicht Pensionen sind, auf die sie einen Anspruch hätten, sondern Unterstützungen, die man ihnen aus Barmherzigkeit bewilligt, hob das Nachrichtenamt ausdrücklich hervor. Selbstverständlich wußten auch wir das, ohne daß wir deshalb auf das Wort „Pension“ verzichteten wollten. Die Auftraggeber des Nachrichtenamts scheinen aber nicht erkannt zu haben, daß durch diese Feststellung die ganze Angelegenheit in ein noch schlimmeres Licht gerückt wurde, nur aus Gnade

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Zur Ungültigkeit der Gemeindevorstandsliste. Der Bezirksausschuss hat, wie wir im letzten Stadterordnetenbericht bereits mitteilten, der Klage des Genossen Stadterordneten Jahn auf Ungültigkeitserklärung der Liste der stimmberechtigten Bürger der Stadtgemeinde Lichtenberg insoweit stattgegeben, als er anerkannt hat, daß der Preussische Eisenbahnbesitzer und die Friedrichsberger Bank zu Unrecht in die Wählerliste aufgenommen sind. Durch die gescheiterte Auffassung der Wählerliste sind etwa 800 Wähler der zweiten Klasse in die dritte verschoben. Der Bezirksausschuss nimmt in Uebereinstimmung mit der Judikatur des Oberverwaltungsgerichts an: der Jahn dürfte nicht eingetragen werden, da er Staatssteuern nicht zahlt; die Friedrichsberger Bank dürfte als eingetragene Genossenschaft Aufnahme nicht finden. Trotz der Klarheit der Rechtslage haben die bürgerlichen Vertreter im Lichtenberger Parlament Anfechtung der Entscheidung beschlossen.

Neukölln.

Aus der Magistratssitzung. Das für den Neubau der städtischen Desinfektionsanstalt benötigte Grundstück am Mittelbuschweg soll zum 1. September 1913 mieth. bezw. pachtfrei gemacht werden. — Zur Veranstaltung kostenloser populärer Vorträge zur Aufklärung der minderbemittelten Bevölkerung über die wichtigsten Fragen des Zivil-, Prozess- und Versicherungsrechts durch die hiesige Rechtsauskunftsstelle an 12 Abenden in der Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 1. April n. J. soll der Sitzungssaal im alten Rathaus unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. — Der Entwurf des Vertrages mit der Gemeinde Berlin-Brig wegen Übernahme des Anschlagwesens in Berlin-Brig wird gemäß dem Beschluß der Verkehrsdeputation genehmigt. — Der Magistrat beschließt die Vermehrung der Zahl der Anschlagfahnen entsprechend dem vorgelegten Plane um 30 Stück. — Wegen des Rückganges des städtischen Sechsstückverkaufs wird der Verkauf vom 1. Mai d. J. ab bis auf weiteres eingestellt. Die Wiedereröffnung im September d. J. wird vorbehalten. — Die Inbetriebnahme der neuen Pavillons im städtischen Krankenhaus soll Anfang Mai d. J. erfolgen.

Eine Familienpartie nach den Rüggebergen veranstaltet am Sonntag, den 4. Mai, der hiesige Wahlverein. Treffpunkt: Morgens 7 Uhr am Rathaus. Bahnfahrt mit zweimal Ueberlegen pro Person 60 Pf. Kinder unter 10 Jahren 35 Pf. Für Nachzügler mittags 1 Uhr im Gasthof zum Rüggeheim. Um rege Beteiligung, besonders von Kindern, wird gebeten.

Steglitz.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst einen interessanten Bericht des Genossen Ahmann aus dem Gemeindevorstand entgegen. Einige aus dem Kreise der Versammlungsbesucher an ihn gerichtete Wünsche betrafen unser Vertreter nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Den Quartals- und Jahresbericht erstattete Genosse Splies, den von der Verbandsgeneralversammlung Genosse Bierschenk. An den Bericht des letzteren knüpfte sich eine kurze Diskussion. Der Vorsitzende ersuchte am Schlusse der Versammlung noch zu rege Beteiligung an den Raideveranstaltungen.

Treptow-Baumshulenberg.

Eine liberale Wählerversammlung tagte am Dienstagabend im Sauerischen Saal in der Baumshulenstraße. Die liberalen Männer nahmen die ganzen vorderen Ränge ein, war doch die Besucherzahl nach und nach auf fast 30 Personen „angewachsen“. Herr Kraus, der auf den Einladungen wohl nur als Zugzwinger angelündigt war, erschien nicht. Dafür sprang ein Rechtsanwalt aus Charlottenburg ein. Dann bemühte sich der angeblich national-liberale Amtsgerichtsrat Piepmann konservative Auffassungen zu vertreten, was ihm auch sehr gut gelang. Bezüglich der Heeresvorlage waren sich beide Redner einig, daß im Weltkrieg gar nicht genug getan werden kann. Weil sie aber auch das Koalitionsrecht erhalten und nur die „Auswüchse“ bestrafen wollen, glaubten sie ein Anrecht auf die Stimmen der sozialdemokratischen Wähler ohne jede Gegenleistung zu haben, zumal doch ihr Kandidat Kraus auch für ein besseres Wahlrecht eintrete. Genosse Gernoth trat den Herren besonders mit dem Hinweis auf das zweiseitige Verhalten der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage und der Stellung der angeblich Liberalen zu den Arbeiterfragen entgegen und wies auf die Notwendigkeit ihres Verlangens der sozialdemokratischen Stichwahlhilfe ohne Abtretung eines Mandates hin. Freilich, unsere Liberalen trugen sich mit großen Hoffnungen: sie glauben im Kreis an die erste Stelle zu rücken. Das ist für sie um so leichter, da sie allein in unserem Ort für sich mehr Wähler herausgerechnet haben, als überhaupt zu wählen sind. Doch lassen wir sie, der Wahltag dürfte sie eines anderen belehren trotz der ungerechten Dreiklassenteilung.

Weißensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Gemeindevorsteher Köhler, Vertreter der 1. Abteilung, hat sein Mandat niedergelegt mit der Begründung, daß er den Vorwürfen aus dem Wege gehen wolle, zu unrecht in der Vertretung zu sitzen. Bei der Rewahl stellte er sich wieder zur Verfügung. Bei Bekanntgabe der Berichte des Gemeinde- und des Schulrates erwähnte Genosse Laubmann die im Hochsommer vorigen Jahres herrschende Diphtherie-Epidemie und die Unmöglichkeit der Fokalisierung der Kinder, da das hiesige Krankenhaus wegen Platzmangels die Aufnahme verweigert. Bürgermeister Dr. Boelck verurteilte eine darauf bezugnehmende Note im „Vorwärts“, durch welche angeblich unzulässigerweise die Bevölkerung beunruhigt worden sei. Die Note habe veranlaßt, daß der Kreisarzt eine peinliche Untersuchung vorgenommen und festgestellt habe, daß die Diphtheriefälle durchaus den Normalzustand nicht überschritten hätten. Die Aufnahme im hiesigen Krankenhaus habe des Umbaus wegen nicht erfolgen können, jedoch sei Ersatz geschaffen worden durch Vereinbarungen mit dem Pantower und Kleinandendorfer Krankenhäusern. Ihm schloß sich der Gemeindevorsteher Dr. Dyrenfurth an. Genosse Laubmann wies nach, daß alle diese Maßnahmen erst nach dem Erscheinen der „Vorwärts“-Note erfolgt seien, was jedoch von der Gegenseite bestritten wurde. Der Vertrag mit einer Firma, die im Ort drei öffentliche Telephonzellen aufstellen will, soll gelöst werden, wenn die Firma sich nicht verpflichtet, bis zum 1. Juli d. J. den Vertrag zu erfüllen. Das Schulgeld für die zweite Klasse der Präparandenanstalt soll auf 130 M. jährlich festgelegt werden, während das Schulgeld für die dritte Klasse 120 M. beträgt. Die Gemeindevorstellung hatte sich mit der Petition des Bürgervereins in der Frage des Wald- und Wiefengürtels um Berlin zu beschäftigen. Es wurde hervorgehoben, daß die großen Waldkäufe des Zweifverbandes für die nordöstlichen Vororte, und speziell den unsrigen, gar keine Vorteile böten, da die Entfernungen 12—18 Kilometer betragen; um zu ihnen zu gelangen, bedürfe es größerer Zeitverluste und Strapazen. Die von den Gemeinden aufzubringenden Kosten stehen in keinem Verhältnis für die Bevorrugung des Besiens. Die Gemeindevorstellung wünscht die Aufforstung eines Geländes des nordöstlichen Teiles von Groß-Beerlin und schloß sich der Petition des Bürgervereins an. — In der geheimen Sitzung wurde über mehrere Grundstücksverkäufe verhandelt. Eine Mitteilung der Eisenbahnverwaltung, die Ringbahnstation Weissensee in Greifswalder Straße umzuändern, fand Zustimmung, man hätte sogar gewünscht, daß es schon früher geschehen wäre, denn die trostlosen Zustände der Greifswalder Straße, die zum Teil auch heute noch nicht behoben sind, gingen teils auf das Konto Weissensee, weil der 1 Kilometer von der Grenze liegende Bahnhof Weissensee auf dem Ort hinfiele.

Ober-Schönau.

Die zweite Flugbahnabsicht soll auf der Wasserfläche zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und dem Restaurant Strand-

schloß ihren Flug erhalten. Das Projekt sieht im Gegensatz zu dem ersten Anlauf eine noch der Wasserseite vollständig offene Halle vor mit einer durch Bojen abgegrenzten Wasserfläche für Schwimmer. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß mit der Eröffnung in Bälde gerechnet werden kann; die Kosten des Baues werden sich auf circa 8000 M. belaufen.

Rettingsbezeichnungen auf den Spreerbrücken. Die hiesige Arbeiter-Samariterkolonne ist mit einem Antrage an die Gemeindeverwaltung herangetreten, für genügende Rettungsbezeichnungen Sorge zu tragen. Die Gemeindevorstandskommission hat daraufhin beschlossen, auf dem Kaisersteg einen zweiten und auf der Treselowstraße vier Rettungsringe anzubringen. Wegen der Stubentrübende, die Eigentum der Kreise ist, soll besonders verhandelt werden.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurden die Revisionen vom 27. Februar und 23. März sowie die außerordentliche Revision vom 8. März zur Kenntnis genommen. Bei der Verlegung von Arbeiten und Verierung für die neue Gemeindebauanstalt erhielt die Firma Müller auf Antrag des Gemeindevorstandes den Zuschlag für Lieferung einer elektrischen Hebeanlage, die dadurch erforderlich wurde, weil die Abortanlagen an die Kanalisation angeschlossen werden sollten. Durch die Übernahme der Müggelseebahn sind der Gemeinde außer der Kaufsumme von 1000 M. noch 337,30 M. Unkosten entstanden, die einstimmig bewilligt wurden. Ein Antrag, die unterirdische Entwässerungsanlage in der Straße 14 vorzunehmen, fand Annahme. Eine ausgedehnte Debatte entstand bei dem Punkt Erziehung eines kommunalen Friedhofes. Diese Angelegenheit beschäftigt die Vertretung schon seit einigen Jahren. Bürgermeister Dr. Stiller teilte hierzu mit, daß die Regierung dem Antrag der Gemeindevorstellung auf Erziehung eines kommunalen Friedhofes nicht zugestimmt habe, da nach Ansicht der Regierung die Kirchengemeinde die Wünsche der politischen Gemeinde nach Möglichkeit berücksichtigen hätte. Für die Erziehung eines Leinertshaus mit Leinertshalle neben dem hiesigen Friedhof wolle die Regierung die Zustimmung erteilen. Interessant war dann die Mitteilung des Bürgermeisters, daß der informierende Bericht der Gemeindevorstellung an die Regierung zwecks Anlegung eines kommunalen Friedhofes im Landratsamt liegengeblieben war und die ablehnende Antwort ohne Kenntnis dieses Berichts erfolgt sei. Trotzdem der Bericht nachträglich der Regierung noch vorgelegt wurde, konnte sie sich nicht entschließen, von dem gefassten Beschluß abzugehen, da die Kirchengemeinde der politischen in weitestem Maße entgegengekommen sei. Auf Grund dieser Ausführungen stellten sich alle Gemeindevorsteher auf den Standpunkt, von dem früher gefassten Beschluß nicht abzugeben. Nur der Vertreter Görling, welcher gleichzeitig Mitglied der Kirchengemeinde ist, vertrat die Ansicht, daß die Kirchengemeinde alles getan habe, um eine Einigung zu erzielen und die Gemeindevorstellung sich nur noch endlich zufriedengeben solle, da doch alle staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften in würdiger Weise ihre Toten bestatten könnten. Nur bei den Dissidenten möchte man eine Ausnahme machen, da es doch nicht angehe, daß schließlich auch dissidentische Leiden auf dem kirchlichen Friedhof gehalten werden. — Unsere Genossen Larnow und Rieke vertraten ganz entschieden die Auffassung, sich nicht bei dem Bescheid der Regierung zu beruhigen, sondern weiter zu gehen und ev. im Verwaltungsstreitverfahren die Angelegenheit zu regeln. Im übrigen sei es von der Kirchenbehörde nicht loyal, bei der Regierung gegen den kommunalen Friedhof Protest zu erheben. Es sei festzustellen, daß der Friedhof bis vor etwa 20 Jahren der politischen Gemeinde gehört habe. Mit welchem Recht wolle man nun die Dissidenten anders behandeln, indem man bei Begräbnissen nicht die geringste Toleration wolle lassen. Selbst bei Begräbnissen von Kirchenangehörigen, an denen kein Geistlicher teilnimmt, verbiete man Grab- und Bestattungen usw. Aus all diesen Gründen sei die Anlegung eines kommunalen Friedhofes die einzig richtige Lösung. Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen, auf dem früher gefassten Beschluß bestehen zu bleiben und dem Gemeindevorstand die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu überlassen.

Rosenthal.

Ueber die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes wurde in der letzten Stadterordnetenversammlung beraten. Der Magistrat machte den Vorschlag, das Bürgergeld ab 1. April nicht mehr zu erheben. Dagegen wandten sich verschiedene Stadterordnete; sie hielten es an der Zeit, dasselbe sofort aufzuheben. Beschlossen wurde, für das nächste Etatsjahr das Bürgergeld nicht mehr zu erheben. Nachständliche Ansuchen vertrat hierbei der Stadterordnete Käfer, er hätte es bezahlen müssen, dann könnten es die anderen auch bezahlen. — Zum Ratmann wurde bis 1. April 1917 Stadterordnete gewählt. Als Stabschef fungiert auf 6 Jahre Kaufmann Wege, als Stellvertreter Stabschefmeister Wulpe. Der Bericht des Schulrates lautete im allgemeinen günstig, sowohl für die neu eingeschulften, als auch für die älteren Kinder.

Nieder-Schönhausen.

Das erste Anspiel für unsere Kinder findet am Sonntag, den 4. Mai statt. Die Eltern werden ersucht, sich mit ihren Kindern recht zahlreich einzufinden. Treffpunkt pünktlich 1/2 2 Uhr am Vertaploß, von da Abmarsch nach dem Lokal von Bettelorn, Bismarckplatz, wo am dem Spielplatz die Spiele beginnen.

Bernau.

In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde zunächst von der Forstdeputation erklärt, daß die Forstarbeiter wegen der weichen Holzpreise noch bei der Forstdeputation irgendetwas bekommen wegen Lohnzahlung vorgebracht hätten; es sei daher die Kritik bei der Stadterordnetenversammlung wohl nicht berechtigt gewesen. Genosse Krüger erwiderte, daß ihm wiederholt Beschwerden von den Arbeitern darüber ausgegangen seien, daß ihnen die Preise der Schlagelöhne nicht bezahlt wären. Die Tatsache, daß ihnen bei Beginn der Arbeit der Tarif vorgelesen werde, schließe das nicht aus, daß die Arbeiter die Preise nicht erhalten könnten. Genosse Krüger beantragte daher, die Tarife drucken zu lassen und jedem Arbeiter bei Beginn der Arbeit ein Exemplar auszuhandigen, diesem Vorschlag wurde auch zugestimmt. Der Magistratsvorlage betreffend Anschaffung von Ventilapparaten für das Krankenhaus erzielte die Versammlung gleichfalls die Genehmigung. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde sodann die Magistratsvorlage angenommen, wonach sich Bernau an der Adresse des Reichsverbandes deutscher Städte zum Regierungsjubiläum des Kaisers beteiligen wolle. Der Antrag unserer Genossen die Wählermännerwahl durch Freiwahl vollziehen zu lassen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen sowie eines Bürgerlichen abgelehnt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Mariendorf. Morgen Freitag, den 2. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Maiverfammlungen.

Zeltow. Nachmittags 2 Uhr Versammlung. Hieraus Umzug mit Musik durch die Stadt.

Niederlehme. Der Abmarsch zur Versammlung erfolgt 11 Uhr vormittags vom Lokal Jägerbusch (S. 22).

Müggelsee. Die angeordnete Raideversammlung am 3. Mai findet nicht statt. Dafür wird während des Bergens, welches am 3. Mai bei Bäd-stein beginnt, Genosse G. O. K. die Festrede halten.

Grünau. Der geplante Raideumzug ist polizeilich verboten worden. Die Versammlungsteilnehmer wollen sich daher an dem gemeinschaftlichen Auszug nach Gadowe und an dem dort um 3 Uhr stattfindenden Umzug beteiligen.

Grün. 2 Uhr nachmittags Gewerkschaftsversammlung bei A. Rodde, Chaussee 32.

Frank. Buchholz. Treffpunkt zur Beteiligung an der Vormittags-versammlung in Nieder-Schönhausen um 10 Uhr in Köhners Gesellschaftshaus.

und Warmherzigkeit, und bei zweifelsfrei nachgewiesener Bedürftigkeit werden die Unterstüßungen gegeben — und trotzdem bringt man es fertig, die Bedürftigen aus lediglich formalen Gründen mit leeren Händen nach Hause zu schicken! Trifft die durch das Nachrichtenamt dargelegte Meinung zu, daß die Gaswerke am 1. April noch nicht zahlen dürfen, dann müssen wir annehmen, daß sämtliche 100 Personen, die jetzt aus Mitteln der Gaswerke unterstützt werden, am 1. April zunächst die Zahlung verweigert worden ist. Verweigert wurde die Zahlung also z. B. einer 78-jährigen Witwe, einer 79-jährigen Witwe, einer 71-jährigen, rheumatischen leidenden Witwe (deren Mann, nebenbei bemerkt, 30 Jahre hindurch Arbeiter der Gaswerke war), einer 78-jährigen kranken Witwe (deren Mann es auf nicht weniger als 44 Jahre Dienst bei den Gaswerken gebracht hatte), einer 80-jährigen kranken Witwe (deren Mann 23 Jahre den Gaswerken diente), einer 79-jährigen sehr gebrechlichen Witwe, einem 74-jährigen ehemaligen Arbeiter, der wegen eines Nervenleidens ebenso wie seine kranke Frau erwerbsunfähig ist, einem 88-jährigen ehemaligen Laternenwächter, der durch Betriebs-unfall seine Erwerbsfähigkeit verlor, einem 88-jährigen ehemaligen Arbeiter, der 33 Jahre den Gaswerken diente, bis er durch Rheumatismus erwerbsunfähig wurde, und so fort. So sehen die Leute aus, für die am Monatsersten kein Geld in der Kasse war! Diese Angaben über ihre Verhältnisse sind das Ergebnis nicht unserer Ermittlungen, sondern der amtlichen Feststellungen, die als Grundlage für die Bewilligungen der Unterstüßungen dienen haben.

Gegenüber einer solchen Fülle allerläuglicher Se-dürftigkeit, von der wir hier nur ein paar Proben angeführt haben, hat man im Rathaus noch den Mut, zum zweiten Male gegen den „Vorwärts“ das Wort zu ergreifen und jene nach wie vor unbegreifliche Verzögerung der Auszahlung zu beschönigen! Die 100 Unterstüßungs-empfänger erhalten im Monat zusammen 2388 Mark. Es wäre unzulässig und unmöglich gewesen, diese 2388 Mark sogleich am 1. April auszuzahlen? Ach, man soll sich doch nicht lächerlich machen mit dieser Behauptung! Rein, die verantwortlichen Personen hätten wirklich besser daran getan, still zu schweigen und jeder weiteren Erörterung dieser unheimlichen Angelegenheit aus dem Wege zu gehen. Es wird übrigens beabsichtigt, legt zum Schluß die neueste Ausgabe des Nachrichtenamtes, künftig ein anderes Verfahren einzuführen, „um so unerfreuliche Vorkommnisse zu vermeiden“. Inwieweit sie sind in der Tat höchst unerfreulich! Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Veränderung und Vesserung wieder mal dem „Vorwärts“ zu danken ist.

Die Frau aus Eifersucht erstochen.

Gestern nachmittags 1 1/2 Uhr erstach mit einem Messer nach vorausgegangenem Streite aus Eifersucht der 29 Jahre alte Kohle-leger Bruno Siwert seine 29 Jahre alte, von ihm gekennnte lebende Ehefrau Maria, geb. Deuschmann, in ihrer Stollpische Str. 40 gelegenen Wohnung und brachte sich hierauf selbst mehrere Messerstiche bei. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht und der Täter als Polizeigefangener zur Charité übergeführt.

Einen tödlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, über den wir bereits berichteten. In der Leipziger Straße geriet der Friseur Paul Süßemann auf der Heimkehr von der Baumblüte in Werder unter einen Kraftomnibus und erlitt Beinbrüche und innere Verletzungen. Der Verunglückte ist gestern in der Charité gestorben.

Einen unheimlichen Fund machte gestern der Sohn eines Kaufmanns aus der Kurzstraße 18. Als er abends nach Hause kam, lag vor der Tür auf der Treppe ein Paket, ein verdächtig brauner Pappkarton. In der Verpackung, die jemand etwas für ihn habe abgeben wollen, nahm er den Karton mit in die Wohnung und öffnete ihn dort. Zu seinem Schrecken aber fand er darin jetzt die Leiche eines 14 Tage alten Mädchens, das erdrosselt worden war und die Schür noch um den Hals hatte. Der junge Mann übergab den graulichen Fund der Revierpolizei, die ihn nach dem Schauhaus bringen ließ. Wer die Mutter ist, und wer den Karton auf die Treppe gestellt hat, konnte noch nicht ermittelt werden.

Bei einer Gasexplosion schwer verunglückt ist gestern gegen Abend der Hauswirt Ludwig Wulf in der Taborstr. 24. Im ersten Stock des Hauses war nachmittags ein starker Gasgeruch von den Mietern wahrgenommen worden. Wulf wurde infolgedessen herbeigerufen und beging nun die Unvorsichtigkeit, die Gasleitung mit einem brennenden Streichholz abzuleuchten. Plötzlich entzündete sich ausgeströmtes Gas und es erfolgte eine heftige Explosion. Durch den Luftdruck wurde der Hauswirt von der Treppe her geschleudert und eine lange Stichtamme stieß ihm schwere Verbrennungen im Gesicht und an den Händen zu. Die alarmierte Feuerwehr legte dem Verunglückten die ersten Verbände an. Feuer war bei der Explosion in der Wohnung weiter nicht entstanden.

An die Neue Freie Volkshöhle ist jetzt das im Scheinviertel liegende Gelände für den Theaterbau aufgegeben worden. Die Bauausführung dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Man hofft bis zum 1. Juni nächsten Jahres das Theater fertigstellen zu können.

In das Schmiergebeturwesen leuchtete eine Verhandlung hinein, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt die erste Strafkammer des Landgerichts I befasste. Unter der Anklage der Bestechung hatte sich der Stadtdiener Georg B. I. a. zu verantworten. Der Angeklagte, welcher früher den Posten eines städtischen Gartentechnikers in Broomberg bekleidet hatte, war von dem Berliner Magistrat als Stadtdiener angestellt und als Beamter vereidigt worden. Zu seinen Obliegenheiten gehörte u. a. auch die Bestellung der verschiedenen Gärtnereintüten, wie Gummischläuche, Messinghähne usw., welche die Stadtverwaltung seit längerer Zeit von der Firma Otto Meyer bezog. Nachdem der Angeklagte eine Bestellung von Gartenschläuchen und anderer Artikel in Höhe von 380 M. gemacht hatte, erhielt er von der Firma Meyer eine Provision von 99 M. 40 Pf. Wie der Inhaber der Firma, der Kaufmann Lenz, vor Gericht bekundete, sei es in seiner Branche gang und gäbe, daß an die Landschaftsgärtner eine Provision gezahlt werde und zwar 13 Proz. auf Messingteile und 25 Proz. auf Gummischläuche. Der Zeuge bekundete ferner, daß er jedenfalls diese übliche Provision nicht gezahlt hätte, wenn er gewußt hätte, daß Blau städtischer Beamter sei. Rechtsanwält Dr. Max Levi machte für den Angeklagten als strafmildernde Umstände geltend, daß er aus seinen früheren Stellen in Pridalgartenerien noch gewohnt sei, Provisionen zu erhalten, und er sich deshalb der Strafbarkeit seiner Handlungsweise gar nicht recht bewußt gewesen sei. — Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 30 Mark Geldstrafe.

Die Sonne als Kuchehörerin! Im Deutschen Opernhaus in Charlottenburg haben gestern mittags 2 Uhr zwei Schicksale der Feuerwehr vor. Die Ursache des Alarms war die hohe Temperatur, die auf die automatische Feuermelder bedar einwirkte, daß eine Klappe sich selbsttätig auslöste und die Feuerwehr ummäßig alarmierte. Abends machte sich um so angenehmer die Durchluftvorrichtung des Deutschen Opernhauses geltend, die an warmen Tagen kalte Luft in den Zuschauerraum presst und die Temperatur während der Vorstellung auf einem stets gleichen und angemessenen Niveau hält.

Kasall oder Selbstmord? Aus dem Wasser gelandet wurde gestern abend gegen 7 1/2 Uhr die Leiche eines jungen Mannes, der Papiere auf den Namen eines 21 Jahre alten Schlossergesellen Bruno Weiner bei sich hatte. Sie trieb im Engelbecken, wurde von Schwämmern geborgen und auf Veranlassung der Revierpolizei nach dem Schauhaus gebracht. Wo der Verlorene gewohnt hat, weiß man nicht. Auch über seine persönlichen Verhältnisse ist nichts Näheres bekannt. Spuren äußerer Gewalt waren an der Leiche nicht zu sehen. Ob ein Unglücksfall oder ein Selbstmord vorliegt, läßt sich vorläufig nicht sagen.

Hus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In der Kahlanlage der Bricketfabrik Mariannes Glud bei Kausche (Kauß) ereignete sich Mittwoch vormittag 10 1/2 Uhr eine Kohlenstauberstossion. Drei Monteure wurden schwer, drei Hilfsmonteure und vier Arbeiter leichter verletzt. Sämtliche Verunglückte wurden in das Knappschaftskrankenhaus nach Klettwitz übergeführt. Mit der Beseitigung des durch die Explosion entstandenen Brandes sind drei Feuerwehren beschäftigt.

Krieg im Frieden.

Ein schweres Unglück ereignete sich, wie die „Volkzeitung für Weihen“ berichtet, auf dem Pionierübungsplatz Weida bei Kiesa. Mannschaften des sächsischen Pionierbataillons Nr. 22 waren mit Sprengübungen beschäftigt. Dabei wurden neun Pioniere und ein Unteroffizier schwer verletzt; ein Gefreiter ist bereits gestorben, 3 Mann haben das Augenlicht eingebüßt. Alle Verletzten sollen schrecklich zugerichtet sein. Die Ursache des Unglücks soll in unzulänglicher Beschaffenheit der Zündschnur zu suchen sein.

Schwarz-gelbe Justiz.

Die Wiener Geschworenen, vor die das Justizministerium alle politischen Prozesse gegen italienische Staatsangehörige wegen der „Unzuverlässigkeit“ der Triester und Südtiroler Geschworenen verwirft, haben nun zum überhaupst ersten Male in einem Hochverratsprozess ein „Schuldig!“ gesprochen. Ein junger Triestiner von 18 Jahren hat als 17 1/2-jähriger in Rom eine Schrift drucken lassen, die zur Tötung des Kaisers von Oesterreich auffordert. Der Post ließ sich der „Verbrecher“ die Flugblätter nach Triest schicken, obgleich er wusste, daß alle Postpakete aus dem Auslande natürlich zollamtlich geöffnet werden müssen. Zum Ueberflus hob er sein Manuskript noch sorgfältig dabei auf — kurz, ein dummer Junge, wie er im Bude steht. Die Wiener Geschworenen aber sprachen ihn schuldig und die Richter schickten ihn auf fünf Jahre ins Zuchthaus nach dem Hochverratsprozessparagrafen, nach dem jeder ein Verbrecher begeht, der „etwas unternimmt“, um den Kaiser körperlich zu verletzen.

In Südungarn dagegen, wo man wahrlich keine Sympathie für die Winderbeitnation hat, wurde ein großserbischer Agitator, der „Es lebe Serbien! Bei Durazzo sehen wir uns wieder!“ gerufen hatte, von der Anklage des Hochverrats freigesprochen!

Aus dem Lande der Yankee's.

Das im Lande der Truist auch Särge wie jede beliebige andere Ware behandelt werden, wird niemand wundernehmen. Ist es doch allgemein bekannt, daß in Amerika der Mensch, kaum daß er gestorben ist, zum Spekulationsobjekt wird. Der Leichenbestattungsunternehmer übernimmt die Leiche, wäscht sie, macht Einspritzungen, die die Verwesung verzögern sollen, kassiert den Leichnam, zieht ihn an, schminkt ihn, parfümiert ihn, legt ihn in den Sarg und fährt ihn auf. Den Gipfel der Spekulation auf diesem so interessanten Gebiete hat man aber, wie dem „Giornale d'Italia“ aus New York berichtet wird, vor kurzem erreicht: man hat in einer größeren amerikanischen Stadt einen ganzen „Stod“ Särge, die zum größten Teil schon bei überseeischen Leichtentransporten benutzt waren, zu Ausnahmepreisen — ob mit oder ohne Marktmotoren, wird leider nicht mitgeteilt — verkauft; man konnte einen leidlich anständigen Sarg schon für 40 Pfennig haben, und wer gar 1.50 M. ausgab, konnte sich einen schweren Eichenfarg mit Metallverzierung nach Hause tragen. Eine Leichenbestattungs-gesellschaft hatte diese Särge vor fünfzehn Jahren im großen gekauft, um die Preise auf dem Sargmarkt diktieren zu können und den Yankee's das Sterben zu verteuern; jetzt waren die Särge aber unmoderne, veraltete Stapelware geworden: denn der Mensch ist eitel und wünscht auch im Tode frische und nicht übertragene Trödelware; dazu kam noch, daß das ganze Kirchhofsterrain, auf dem die gebrauchten Särge untergebracht

gewesen waren, feucht war, so daß die Leichenlasten sehr gelitten hatten. Der Kirchhofswächter und Totengräber hatte bereits einige Särge zertrümmert und die Bretter beim Bau eines Getreidespeichers benutzt. Die anderen Särge wurden zum größten Teil von Bauern gekauft: sie wollen Krippen für das Vieh und Dachschindeln daraus machen.

Kleine Notizen.

Genickstarre in Hannover. Unter dem Verdacht der Genickstarre sind beim 2. Bataillon des Infanterie-Regiments 74 drei Soldaten in das Garnison-Lazarett gebracht worden. Die Feststellungen der Ärzte ergaben verhältnismäßig leichte Erscheinungen von Gehirnhautentzündung. Die Erkrankten befinden sich angeblich bereits auf dem Wege der Besserung. Die bakteriologische Untersuchung nach Erregern der epidemischen Genickstarre ist negativ ausgefallen. Daher glaubt man, daß die zur Voricht getroffenen strengen Ab-sperrungsmaßnahmen in kurzer Zeit aufgehoben werden können.

Opfer eines militärischen Gewaltmarchs. Aus Straßburg wird gemeldet: Bei dem Gewaltmarsch am Mittwoch sind unter dem Einfluß der Hitze etwa 150 Mann zusammengebrochen. Die vor der Stadt Zurückgebliebenen konnten, nachdem sie ausgeruht hatten, dem Lazarett zugeführt werden. Von den in der Stadt zusammengebrochenen wurden 17 in das Lazarett gebracht, 3 von ihnen sind schwer erkrankt, während die übrigen als rezivierkrank bereits wieder entlassen wurden. Im Laufe der Nacht wurden weitere 10 von der Kaserne ins Lazarett gebracht. — So sehr übertrieben waren also die zuerst aufgetauchten Gerüchte doch nicht, wie es das offiziöse „Volkliche Telegraphenbureau“ hinzustellen suchte.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich. Wie aus Kobex (Departement Ardennen) gemeldet wird, ereignete sich bei Severac ein schwerer Eisenbahnunfall. Mehrere Reisende sollen getötet und gegen zwanzig verwundet worden sein.

Erdbeben. In Patras (Griechenland) sind um Mitternacht zwei starke Erdstöße wahrgenommen worden. Die Bevölkerung verließ erschreckt ihre Häuser. Zur selben Zeit verspürte man Erdstöße in Pyrgos, Zante, Argion und Missolonghi.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Sämtliche Touren am 1. Mai fallen aus.
Touren zum Sonntag, den 4. Mai, 1. Abt., 6 Uhr: Lanke (Schornsteinfeger). 1 Uhr: Busch. Start: Köpenicker Str. 12. 2. Abt., 6 1/2 Uhr: Brücklang. 1 Uhr: Papenberge (Donars). Start: Schönleinstr. 6. 3. Abt., 6 Uhr: Streifzüge über Gärtnern, Golen. 12 1/2 Uhr: Wichmanke (Mitte). Start: Kautzer Platz 12. 4. Abt., 6 Uhr: Tempel. 12 Uhr: Wittenwalde. Start: Köpenicker Platz. 5. Abt., 6 Uhr: Köpenicker. 1 Uhr: Gornitz. Start: Gornitz. 6. Abt., 6 Uhr: Berliner Schweiz (Gärtner). 1 Uhr: Köpenick (Schweizer Garten). Start: Oberberger Str. 28. 7. Abt., 7 Uhr: Jüntenburg (Baumgärtner). 1 1/2 Uhr: Sautwinkel (Jägerhand). Start: Schulstr. 29. 8. Abt., 8 Uhr: Heilig. 1 1/2 Uhr: Zehlendorf (Viel). 11. Abt. Am 7. Mai, 9 Uhr: Gornitz. Start: Gr. Hamburger Str. 18/19.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Ortsgruppe Berlin). Sonntag, den 4. Mai: Wanderung von Grüneberg nach Heideberg, Oranienburg. Abfahrt nach Grünberg vom Stettiner Bahnhof 6.42 (Bernau). Gaste willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ (St. Berlin). Sonntag, 4. Mai. 1. Jüderthal der Hebe-Schneid a. D. (Rachstour). Abf. Sonntagabend 9.05 Uhr abends. Schillerstr. Bahnhof (Prinzener Bahnhstg). 2. Birkenwerder-See. Abf. Stettiner Vorortbahnhof 6.45 Uhr vormittags. 3. Schmöwitz-Steinberg-Grün. Abf. Südlicher Bahnhof 7.40 Uhr vormittags. 4. Spandau-Teigel. Abf. Lehrter Fernbahnhof 1.35 Uhr. Gaste willkommen.

Zur Beachtung! Das Pfingsttourprogramm ist erschienen. Interessenten erhalten dasselbe kostenlos in der Geschäftsstelle des Bundes: Herrn Dehse, Berlin N, Bogenstr. 19.

Unternommen werden Touren in die Sächsische Schweiz, nach Rügen, in die Prignitz, Redenswalder Forst, Templiner Schweiz, Schlanhetal, Ringenwalder Forst u. a. Teilnehmer wollen sich wegen Quartier, Treffpunkt und event. Nachträge schriftlich an die im Programm bekannt gegebenen Führer wenden.

Freie Turnerschaft Neudölln-Preis. Am Sonntag, den 4. Mai, findet eine Jugendturnfahrt über Grünau-Rüggelheim nach Friedriehsbagen statt. Treffpunkt: Morgens 7 Uhr am Rathaus. Schlußzeit mit zweimal Ueberlegen pro Person 60 Pf. Kinder unter 10 Jahren 35 Pf. für Kochzettel: Mittags 1 Uhr im Gasthof „Zum Rüggelheim“.

Jugendveranstaltungen.

Neudölln. In den Pfingstfeiertagen finden für die Jugend Neudölln außer einer eintägigen, folgende größere Wanderungen statt: I. 2-tägige Wanderfahrt nach Neudölln: Neudölln-Steinberg-Neubrandenburg-Benzlin-Neudölln. Fahrgehl und Uebernachten stellt sich für 2 und 3 Tage gleich hoch und zwar 6 M. — II. 2-3-tägige Wanderfahrt nach dem Schlanhetal. Fahrgehl und Schläfen für 2 Tage 5 M., für 3 Tage 6 M. — III. Nacht-Wanderfahrt nach dem Blumental. Fahrgehl, Uebernachten, Kaffee und Kuchen 2.10 M. Für diese Wanderungen liegen im Jugendheim Teilnehmerlisten aus. Schluß der Listen Montag, den 5. Mai. Am gleichen Tage findet im Heim 8 1/2 Uhr eine Teilnehmerversammlung statt. — Die Sonderausgabe unseres Mitteilungsblattes für Spiel, Sport und Wandern ist erschienen.

Eingegangene Druckschriften.

Das deutsche Geopent in England. Volklicher Roman von E. Phillips Oppenheim. Uebersetzung von F. v. G. Berlin W 8, Neumann Neudölln Verlag, 2 M.

Ueber die Schönheit böhlicher Bilder. Von M. Brod. 3.50 M., gebd. 4 M. — Geichte, Essays und andere Geichten von Eke Labster-Schüler. 4 M., gebd. 5 M. H. Wolf, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 29. April 1913, nach Ermittlungen des König. Preisprüfungsamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20.88 bis 21.00, mittel 20.64—20.76, geringe 20.40—20.52, Roggen, gute Sorte 16.38—16.40, mittel 16.24—16.36, geringe 16.30—16.32 (ab Bahn), Futtergerste, gute Sorte 16.20—16.70, mittel 15.60—16.10, geringe 15.00—15.50, Hafer, gute Sorte 18.00—19.80, mittel 17.00—17.90 (frei Wagen und ab Bahn), Weis (unigeb), gute Sorte 15.20—15.40, Weis (wunder), gute Sorte 15.90—15.80, Weisstroh 4.00—4.40, Heu 5.60—7.40.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Roden 30.00—50.00, Speisebohnen, weiße 35.00—60.00, Äpfel 35.00—60.00, Kartoffeln (Kleinhbl.) 5.00—8.00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.60—2.40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1.30—1.80, Schweinefleisch 1.40—2.00, Kalbfleisch 1.40—2.40, Hammelfleisch 1.50—2.40, Butter 2.30—3.00, 60 Stück Eier 2.80—4.80, 1 Kilogramm Karotten 1.40—2.40, Rabe 1.80—3.20, Sander 1.40—3.60, Hechte 1.40—2.70, Barsche 1.00—2.40, Schleie 1.60—3.20, Hele 0.80—1.60, 60 Stück Störche 1.60—45.00.

Witterungsübersicht vom 30. April 1913.

| Stationen | Barometer-Höhe mm | Windrichtung | Windstärke | Temperatur in Grad C | Stationen | Barometer-Höhe mm | Windrichtung | Windstärke | Temperatur in Grad C |
|--------------|-------------------|--------------|------------|----------------------|------------|-------------------|--------------|------------|----------------------|
| Großensee | 763 | SD | 3 | 17 | Heparanda | 773 | ED | 4 | Schnee |
| Damburg | 761 | D | 2 | 18 | Petersburg | 773 | ED | 3 | Schnee |
| Berlin | 762 | SD | 1 | 19 | Seily | 757 | SD | 3 | halb Bd. |
| Frankf. a.M. | 761 | SD | 1 | 16 | Überdeen | 754 | ED | 1 | bedekt |
| München | 761 | SD | 2 | 17 | Paris | 769 | SD | 2 | Heiter |
| Wien | 764 | ED | 1 | 13 | | | | | |

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. Mai 1913. Zunächst normgemäß heiter, sehr warm, bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung mit etwas Abkühlung.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Wasserstand | am 29. 4. | am 28. 4. | Wasserstand | am 29. 4. | am 28. 4. |
|-------------------|-----------|-----------|--------------------|-----------|-----------|
| Memel, Lübt | 444 | 444 | Saale, Großh. | 110 | 110 |
| Bregel, Jüterburg | 179 | 179 | Havel, Spandau | 50 | 50 |
| Beichsel, Thon | 376 | 376 | Havel, Haldenow | 40 | 40 |
| Oder, Ratibor | 198 | 198 | Spree, Spremberg | 76 | 76 |
| Krosen | 208 | 208 | Bestrom | 80 | 80 |
| Frankfurt | 196 | 196 | Defer, Witten | 173 | 173 |
| W. lthe, Schrimm | 224 | 224 | Witten, Witten | 254 | 254 |
| Sandberg | 96 | 96 | Rhein, Maxilianbau | 448 | 448 |
| Rege, Gordam | 28 | 28 | Raub | 242 | 242 |
| Elbe, Leitmeritz | 2 | 2 | Rhein | 268 | 268 |
| Bresden | -123 | -123 | Neckar, Goldbrom | 89 | 89 |
| Bard | 145 | 145 | Rain, Qanau | 154 | 154 |
| Magdeburg | 123 | 123 | Rojet, Krier | - | - |

+ bedeutet Wass., - Fall. - ?) Unterpegel. - ?) Nach telegraphischer Meldung hat die Weichsel bei Thon heute mit 378 cm den Höchststand der diesmaligen Anschwellung erreicht.

Leiser's Halbschuhe

Bedeutend vergrößert:

Oranien-Str. 47a
Oranien-Str. 34
Müller-Str. 3a

König-Str. 34
Tauglensstraße 20
Leipziger Str. 65

Friedenau, Rheinstr. 14
Neukölln, Bergstr. 7-8
Moabit, Turmstraße 50

Braun Chevreaux
Schwarz Rob.-Chevreaux mit Lackkappe.
M 5 90



Braun Chevreaux
Schwarz Rob.-Chevreaux mit Lackkappe.
M 6 50



Goodyear-Well
Gelb Boxcaif
in Chromlack
Schwarz Chevreaux
M 10 90



grau, beige, braun Chevreaux. Weiß Nupuck.
10 90



Goodyear-Well in Chromlack m. Schwarz. Stoff-Einsätze. Beige, grau, braun Chevreaux. Hellgelb Boxcaif.
M 10 90



Goodyear-Well in Chromlack. Hellgelb Boxcaif.
M 10 90



Beige u. grau Chevreaux mit Samtkalb-Einsatz, weiß Nupuck.
M 12 50



Herren-Halbschuh, braun Chevreaux, braun Boxcaif auch mit Schnallen und Riemen, in Chromlack.
M 12 50



